KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten





Nr. 154 März/April 2011 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 154 März/April 2011 berichten wir über:



Zigtausende protestierten auch in diesem Jahr am Jahrestag der Inhaftierung von Öcalan und forderten seine Freiheit.



Am 15. Februar hat sich der 17-jährige Mustafa Malçok aus Amed aus Protest am 12. Jahrestag der Inhaftierung Öcalans verbrannt. Foto: DIHA



Nach Informationen, die dem IHD vorliegen, wurden seit 1989 469 Leichen in 114 Massengräbern verscharrt. Die Bevölkerung fordert Aufklärung. Foto: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

gerade haben die kurdische Freiheitsbewegung, ein großer Teil des kurdischen Volkes und ihre MitkämpferInnen und UnterstützerInnen weltweit ihren zwölften „schwarzen Tag“ begangen, den Jahrestag der internationalen Verschwörung gegen Abdullah Öcalan und seiner Verschleppung. Sozusagen als Jahresauftakt für eine Reihe von Mobilisierungen unter dem Motto „Freiheit für Öcalan, Frieden in Kurdistan – wir grüßen die Demokratische Autonomie“.

Mit dem Blick auf die nächste politische Wegmarke: die bevorstehende türkische Parlamentswahl im Juni und die Entscheidung der Bewegung jetzt im März, ob für eine Verlängerung ihrer bisherigen einseitigen Waffenpause oder gar Konkretisierung als Waffenstillstand eine hinreichende politische Grundlage vorhanden ist. Denn niemand weiß, in welche Richtung sich das „Jahr der Wende“ in Nordkurdistan entwickeln wird, Krieg und weitere Unterdrückung und Zerstörung oder Annäherung durch Dialog.

Im Wandel begriffen ist auf jeden Fall die nordkurdische Gesellschaft. Der Kampf um das Projekt der „Demokratischen Autonomie“, im Moment die ideologisch und praktisch fortschrittlichste Perspektive im Hinblick auf die selbstbestimmte Freiheit, findet seinen Ausdruck in allen politischen Institutionen und auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Ob als konkrete Ausgestaltung der Vision vom (be)frei(t)en Leben, ob als Reaktion auf ausbleibende substantielle Antworten vonseiten der naturgemäß um ihre Pfründe und Macht bangenden türkischen Hegemonie – die Selbstorganisierung von der gesellschaftlichen Basis her geht voran.

Und so stellen wir in dieser Ausgabe trotz seines unseren Seitenrahmen sprengenden Formats den DTK-„Modellentwurf für ein Demokratisches Autonomes Kurdistan“ vor, ein ausgearbeitetes Konzept. Erklärtermaßen nicht nur für die Kurdinnen und Kurden in Nordkurdistan gedacht, sondern vorgeschlagen als Blaupause für die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft in der ganzen nah-/mittelöstlichen Welt und darüber hinaus. Kein Wunder, dass die Autorinnen und Autoren der vorliegenden Ausgabe immer wieder mit Sympathie, allerdings auch kritisch analytisch auf die jüngsten Erhebungen in den arabischen Staaten hinweisen.

Einen weiteren Schwerpunkt in diesem Heft bilden die Situation und der Aufbruch der Frauen. Unter verschiedenen Aspekten berichten Frauen von ihrem Leben, ihrer Arbeit, ihrem Kampf – aus den Gefängnissen, in denen sie wegen ihres Soseins inhaftiert sind, und aus den Bergen, in denen sie darum kämpfen. Ein lohnender Einblick!

Besonders bedanken wir uns bei der Journalistin Hamdiye Çiftçi, die wegen ihrer Pressearbeit schon seit Monaten inhaftiert ist. Auch sie wurde im Rahmen der sogenannten KCK-Operationen, die bisher tausende Menschen, PolitikerInnen, BürgermeisterInnen und MenschenrechtsaktivistInnen ins Gefängnis gebracht haben, festgenommen. Mit der Rubrik – Stimmen aus dem Gefängnis – gibt sie uns einen Zugang in ihren Knastalltag und den ihrer Mitgefangenen. Nehmen wir uns die Zeit und durchbrechen einen Moment die Mauern, die uns von den Menschen trennen sollen.

Wir wünschen Ihnen/Euch mit dieser Ausgabe eine gewinnbringende Lektüre.

Ihre Redaktion

Aktuelle Bewertung

Das Jahr der Wende für die Region wie für die Türkei

Songül Karabulut

Es sind historische Zeiten, die wir durchleben. Die Systemkrise macht sich überall bemerkbar und die Reaktionen darauf nehmen mit jedem Tag zu. Ob organisiert oder nicht organisiert, die Menschen reagieren auf diese Krise, bringen ihre Forderungen zur Sprache und zwingen die Machthaber in die Knie. Die Botschaft der jüngsten Entwicklungen in den arabischen Ländern wie Tunesien, Jemen und Ägypten ist in diesem Sinne eindeutig. Die Menschen wollen kein Regime, das über ihre Köpfe und ihre Interessen hinweg auf ihre Kosten seine Macht ausübt. Inwieweit diese Menschen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen, ist eine andere Frage. Sie können und wollen den gegebenen Zustand nicht mehr hinnehmen. Die Zumutbarkeitsgrenze ist überschritten. Wenn andere arabische und nicht arabische Regime in der Region glauben, mit Gewalt möglichen Reaktionen vorbeugen zu können, dann irren sie sich. Denn irgendwann kommt der Punkt, an dem die Angstschwelle übertreten wird. Was dann? Wie viele HerrscherInnen in der Menschheitsgeschichte sind denselben Weg gegangen? Warum ist es so schwer, aus der Geschichte zu lernen?

Macht lässt erblinden. Macht lässt abheben und führt zu Realitätsverlust. Ahmet Altan brachte in seiner Kolumne kürzlich einen Pinochet-Witz, der zutreffend die Situation von MachthaberInnen beschreibt, die die Entwicklungen nicht richtig lesen können: An Pinochets Sterbebett tritt sein Assistent: „Das Volk ist gekommen, um von Ihnen Abschied zu nehmen, mein Herr." Pinochet öffnet mit Mühe seine Augen: „Wohin gehen sie denn?"

Einer der Staaten, die die Entwicklungen ganz und gar falsch einschätzen, ist die Türkei. Ohne auf die eigenen Probleme zu achten und ohne aus den Mängeln der heute von ihrer Bevölkerung gestürzten Regime Lehren zu ziehen, präsentiert sie sich als Modellstaat. Dass sie im Rahmen des US-Projekts „Großraum Mittlerer Osten" als Muster für ein Regime des gemäßigten Islam aufgebaut wird, ist kein Geheimnis. Aber sie ist in keiner Weise ein Modell, das den Interessen ihrer Bevölkerung entspricht, sie ist das Modell der imperialen Mächte. Aber die Regierungs-Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung AKP sollte nicht vergessen, dass Regime, die im Rahmen politischer Konstellationen in bestimmten historischen Momenten von westlichen Mächten als Modell aufgebaut werden, von denselben Kräften auch attackiert oder fallengelassen werden, sobald ihre Mission erfüllt ist. Saddam Hussein ist ein solches Beispiel. Und zuletzt Husni Mubarak.

Warum kann die Türkei mit ihrer gegenwärtigen Mentalität und Struktur kein Modell für diejenigen darstellen, die Demokratie, Freiheit, Gleichberechtigung und Wohlstand fordern?

Die Türkei ist ein überaus zentralistisch strukturiertes Land. Der Staat als Apparat ist übermächtig, während seine BürgerInnen diesem Staat untergeordnet sind. Deren Vielfalt erkennt die türkische nationalstaatliche Mentalität nicht an. Ethnische, religiöse und kulturelle Unterschiede werden als Gefahr gesehen und als solche bekämpft. Von der Entstehung der türkischen Republik bis heute gilt die Devise „ein Staat, eine Flagge, eine Sprache, eine Nation". Dafür wurde im Verlauf der Geschichte blutige und weiße Assimilationspolitik gegen die gesellschaftliche Vielfalt angewandt, bis in die Gegenwart. Heute sind aus diesem Grunde ethnische Gruppen, in erster Linie die kurdische, sowie religiöse Gruppen wie die Aleviten dem türkischen Staat gegenüber äußerst skeptisch eingestellt. Der hat das große Problem, nicht alle innerhalb seiner Grenzen lebenden Menschen zu umfassen. Er sieht in allen, die ihre unterschiedlichen eigenen Identitäten wahren, eine Gefahr für seine Existenz, während die Menschen in diesem Staat ein Unterdrückungsregime sehen, das sie ihrer universellen Rechte beraubt.

Verfassung und Rechtsprechung in der Türkei sind darauf ausgerichtet, die Existenz des Staates gegenüber seinen BürgerInnen zu schützen, wenn nötig mit Gewalt. Als höchstes Gut gilt der Staat. Die wie jüngst in Motkî (Mutki) erneut auf die Tagesordnung gekommenen Massengräber* offenbaren, zu welchen illegalen Machenschaften ein Staat mit einer solchen Mentalität im Stande ist. Mit der Haftentlassung von Hisbo-Kontra-Mitgliedern ist erneut die Verbindung zwischen Staat und illegalen paramilitärischen, in staatlichem Namen zu Morden befugten Gruppen augenfällig geworden. [*mehr dazu auf S. 10 ff.*] Anstatt mit ihrer dunklen Geschichte abzurechnen, entwickelt die Türkei neue Szenarien, wie diese Terrorgruppen erneut gegen die KurdInnen eingesetzt werden können. Hinter der Freilassung der Hisbo-Kontra-Mitglieder steht das Konzept, eine Alternative zur kurdischen Freiheitsbewegung in Kurdistan aufzubauen. Die Forderung nach Wahrheitskommissionen wird einfach ignoriert. Aber Kurdistan, das in dem 30-jährigen Krieg in ein Leichenfeld verwandelt wurde, hält immer wieder den Spiegel vor. Heute Motkî

*In der Nähe von Bidlîs (Bitlis) wurden bei Untersuchungen eines Massengrabs auf einer Müllhalde von Motkî (Mutki) menschliche Überreste von 18 Personen gefunden.

(Mutki), morgen Amed (Diyarbakır), Êlih (Batman), Cizîr (Cizre), Wan (Van) …

Nicht nur politisch, auch ökonomisch balanciert die Bevölkerung am Abgrund. In der Türkei betrug die offizielle Arbeitslosenrate 2010 fast 11 %, wobei die eigentliche Quote viel höher liegt und bestimmte Regionen stärker betroffen sind als andere. Die Arbeitsbedingungen sind sehr schlecht. Die ArbeitnehmerInnen, deren Arbeitskraft ausgebeutet wird, müssen zudem auch um Leben und Gesundheit fürchten. Arbeitsunfälle mit tödlichem Ausgang sind keine Seltenheit in der Türkei. Ein großer Teil der mehr als 70 Millionen EinwohnerInnen lebt unterhalb der Armutsgrenze; die Armut ist auf dem Land verbreiteter als in der Stadt und nimmt mit der Familiengröße zu. Auf der anderen Seite gibt es eine Gruppe, die immer reicher wird. Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer. Das sind allgemeine schwerwiegende Probleme der Türkei, mit denen sie seit Jahrzehnten zu kämpfen hat. Nun möchte ich kurz die aktuelle politische Lage in der Türkei zu beleuchten versuchen.

Ein kritischer Monat?

Seit dem 13. August 2010 währt eine von der kurdischen Freiheitsbewegung erklärte einseitige Waffenpause. Auch halten die Gespräche auf der Gefängnisinsel Imralı zwischen dem kurdischen Volksvertreter Abdullah Öcalan und VertreterInnen staatlicher Organe an. Aber diesen beiden Faktoren folgten bislang keinerlei positive Schritte, die darauf hindeuten könnten, dass sich der Weg für eine Lösung entwickelt. Weder wurden kurdische PolitikerInnen, die im Rahmen des sogenannten KCK-Verfahrens vor Gericht stehen, freigesprochen, noch wurde ihrer Forderung, sich in ihrer Muttersprache Kurdisch zu verteidigen, entsprochen. [*vgl. Artikel S. 8 f.*] Die politischen Operationen halten hingegen weiter an. Razzien und Festnahmen finden parallel zum laufenden Verfahren statt. Während kurdische PolitikerInnen und AktivistInnen vor dem Inkrafttreten einer Strafgesetzbuchänderung, die die Untersuchungshaftzeit künftig auf zehn Jahre begrenzt, in Schnellverfahren noch eilig zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden und so ihre politischen Aktivitäten vor der Parlamentswahl verhindert worden sind, kamen Mitglieder von Banden und Terrorgruppen wie der Hisbo-Kontra aus dem Gefängnis frei.

Tausende Imams werden als Geistliche nach Kurdistan geschickt. Auch die türkische Hisbollah gibt sich als eine kurdisch-islamische Bewegung aus, mit dem Ziel, die religiösen Sensibilitäten der kurdischen Bevölkerung dazu zu missbrauchen, sie von ihrer ethnischen Identität abzubringen. Während sich die AKP auf die sunnitischen KurdInnen konzentriert, hat es die Republikanische Volkspartei CHP auf die alevitischen abgesehen. Auch das ein Kuhhandel für die Wahl.

Parallel zu diesen Entwicklungen unternimmt die AKP-Regierung konkrete Schritte, das Militär zu einem Krieg zu befähigen. Rechtlich ist die Bildung einer 50 000-köpfigen bezahlten Armee so gut wie abgeschlossen. Man bemüht sich um die Anschaffung neuer Kriegsflugzeuge und Kriegsmittel. Nach der Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats am 29. Dezember 2010 wurde verlautbart, es sei über neue Vorkehrungen gegen den Terror beraten worden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die AKP-Regierung sich auf einen Krieg nach dem Ende der Phase der Waffenpause vorbereitet.

Obwohl offiziell bestritten ist es inzwischen bis zur Weltöffentlichkeit vorgedrungen, dass Delegierte im Namen des Staates mit Öcalan sprechen. Während des Dialogs mit ihm werden seine wöchentlichen anwaltlichen Kontakte willkürlich verhindert. Auch gibt es keine Verbesserung seiner Haftbedingungen. Dazu Herr Öcalan während seiner anwaltlichen Konsultation am 2. Februar: „*Ich möchte nicht auf meine Haftbedingungen hier eingehen, aber unter schweren Haftbedingungen kann ich bei solchen wichtigen Themen keine Verhandlung führen. Meine Möglichkeiten sind äußerst begrenzt. Ich habe auch ihnen* [gemeint die Delegation] *gegenüber meine Situation mit dem folgenden Beispiel versucht darzustellen: Es gibt ein Schwimmbecken, aber kein Wasser. Ihr sagt, ich soll in einem wasserlosen Becken schwimmen; wie kann ich im Trockenen schwimmen? Ich will nicht sagen, dass das Becken ganz leer ist, das Wasser reicht bis zu meinen Knien und ihr sagt, ich soll darin schwimmen, das kann ich nicht. Das Wasser muss mindestens bis unter mein Kinn reichen, damit ich mich frei bewegen kann. Dies kann auf eine kontrollierte Art und Weise passieren. Anderenfalls kann ich unter diesen Bedingungen meine Rolle im Hinblick auf die Lösung des Problems nicht spielen, niemand sollte das erwarten.*“ Während der Staat offiziell mit Öcalan spricht, werden Abgeordnete der Partei für Frieden und Demokratie BDP während den Parlamentssitzungen verbal und physisch angegriffen, weil sie „Herr Öcalan“ sagen.

Diese wenigen Beispiele reichen aus, um zu erkennen, dass die AKP-Regierung die nun seit sieben Monaten anhaltende Phase der Waffenpause nicht dazu nutzt, sich von ihren langjährigen elementaren Problemen zu lösen. Vielmehr geht es der AKP darum, ihre Macht in der bevorstehenden Parlamentswahl im Juni dieses Jahres zu stärken und die kurdische Befreiungsbewegung zu schwächen. Diese hatte erklärt, sie werde im März eine Zwischenbewertung der Lage vornehmen. Sollten bis dahin keine substantiellen Ansätze guten Willens von staatlicher Seite zu erkennen und dafür ersichtlich sein, dass die AKP-Regierung an ihrer Vernichtungspolitik festhält, würde die Waffenruhe erneut überdacht werden. Revolutionärer Volkswiderstand wäre die Alternative zur Phase der Waffenruhe. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass dieses Jahr im Zeichen des Wandels steht. Welcher Wandel es sein wird, hängt ganz allein von der Türkei ab. Wenn sie die Lösung der kurdischen Frage ernsthaft angeht, sich von der starren Nationalstaatsdoktrin in Richtung „Staat + Demokratie“ bewegt, die Vielfalt der Gesellschaft als Reichtum ihrer Demokratie betrachtet, die politische Teilnahme der Bevölkerung fördert, sich ihrer dunklen Geschichte stellt, sich von ihrer unbegründeten Spaltungsphobie befreit, ihre Bevölkerung ohne Ausgrenzung achtet und ihr vertraut – dann kann sie ein Modell für die Region verkörpern, ansonsten nicht. Vor diesem Hintergrund ist die AKP-Regierung gut beraten, die Entwicklungen in der arabischen Welt richtig zu lesen. ♦

Erklärung der Internationalen Initiative zum 12. Jahrestag der illegalen Verschleppung Abdullah Öcalans am 15. Februar 1999

Öcalan ante portas oder Die Waffe des Dialogs

Wer hätte gedacht, in den bewegten Tagen nach dem 15. Februar 1999, als der Kurdenführer Abdullah Öcalan völkerrechtswidrig von Kenia in die Türkei verschleppt wurde – unter maßgeblicher Beteiligung von CIA, MIT und Mossad, mit der Unterstützung Russlands, Griechenlands und anderer europäischer Staaten –, dass sich einmal ein türkischer Ministerpräsident wie Recep Tayyip Erdoğan gezwungen sieht zu bestätigen, dass staatliche Stellen mit dem »Staatsfeind Nr. 1« ernsthafte Gespräche über die Beilegung des Jahrzehnte währenden türkisch-kurdischen Konflikts führen.

Öcalan ante portas! – Die Einheit des türkischen Staates sei in Gefahr, hieß es immer wieder, die Verantwortlichen in Ankara ließen nichts unversucht, um Abdullah Öcalan politisch mundtot zu machen. Ob verschärfte Isolationshaft, Repression gegenüber seinen Rechtsanwälten oder Angriffe auf seine körperliche Unversehrtheit – allen staatlichen Anstrengungen zum Trotz setzte sich notgedrungen die Einsicht durch, dass, wenn überhaupt, eine Lösung nur mit Öcalan und nicht gegen ihn möglich ist. Daran ist der Kurdenführer nicht unschuldig. Statt auf Konfrontation setzte er auf Ausgleich; beharrlich forderte er den Dialog ein. Seine Vision von einer Lösung der kurdischen Frage innerhalb der bestehenden territorialen Grenzen der Türkei, auf dem Wege eines radikalen demokratischen Umbaus des Landes, ist nicht nur für Kurden attraktiv.

Noch dringt nichts wirklich Substanzielles aus den Gesprächen an die Öffentlichkeit. Doch die Positionen der Seiten sind klar. Für die türkische Seite gilt es, die kurdische Guerilla aus den Bergen zu holen, ohne wirklich etwas anzubieten. Kurdische Emanzipationsbestrebungen sollen, wenn überhaupt, im Rahmen von individuellen Rechten befriedigt werden. Forderungen nach Autonomie oder weitergehenden sprachlichen Rechten wird eine Absage erteilt. Die kurdische Seite sieht hingegen nur in einer neuen Verfassung, die die kulturellen, sprachlichen und politischen Rechte der Kurden garantiert, den Garanten für eine nachhaltige Lösung. Die Aussöhnung der Gesellschaft soll über eine Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen mit Hilfe von Wahrheitskommissionen gelingen – ähnlich denen in Südafrika.



15.-Februar-Proteste in Nordkurdistan. Fotos: DIHA

Es ist offensichtlich, dass die Positionen der Konfliktparteien noch sehr weit auseinander liegen. Doch das Tabu ist gebrochen – aus Feinden sind Gegner geworden, die mehr oder minder dem Wort den Vorzug geben. Die von der kurdischen Guerilla einseitig erklärte einjährige Feuerpause begleitet den Annäherungsprozess.

Dabei bleibt die Rolle der islamistisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) zwiespältig. An einer wirklichen Lösung des Konflikts scheint ihr nicht gelegen. Von ihrer viel gepriesenen »kurdischen Öffnung« ist nichts geblieben als Makulatur. Aber auch hinsichtlich anderer politischer Fragen strebt sie nach der Ausweitung ihrer Macht, anstatt sich um nachhaltige Lösungen zu bemühen. Ihr immer autokratischer werdender Regierungsstil verheißt nichts Gutes.

Immer noch ist die Menschenrechtslage katastrophal, systematische Folter weit verbreitet und sind extralegale Hinrichtungen in den kurdischen Gebieten ein probates Mittel staatlicher Repression. Ob Gewerkschaften, gesellschaftliche Minderheiten oder oppositionelle Bestrebungen auf der Straße – immer wieder kommt es zu massiven Gewalteinsätzen der Polizei. Der Türkei gelang es sogar, Russland zu überholen – kein Land bringt es derzeit auf mehr Verurteilungen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg.

Während sich in der Türkei immer mehr Unmut über das selbstherrliche Auftreten von Erdoğan breit macht, werden dieser und seine AKP von den westlichen Staaten hofiert. Aufgeschreckt von dem arabischen Erwachen und der Diktatorendämmerung in den arabischen Staaten, wird die Türkei als beispielhaftes Alternativmodell für die Vereinbarkeit von Islam und Demokratie gepriesen. Ob dies mit der Realität in der Türkei und der Region übereinstimmt, spielt keine wesentliche Rolle. Menschenrechtsverletzungen werden relativiert, die kurdische Frage erst gar nicht erwähnt und ein prosperierendes Wirtschaftswachstum gelobt, die dafür verantwortlichen alljährlichen milliardenschweren Kredite des IWF hingegen verschwiegen. Gefangen in einem strategischen Wunschdenken versuchen die westlichen Staaten, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben. Den konservativen religiösen Kräften in der Türkei, die verstohlen auf die iranische Gesellschaftsordnung schielen, freut es.

Der angestrebte demokratische Wandlungsprozess in der Türkei, begleitet von zivilgesellschaftlichen Initiativen, darf nur im geringen Maße auf substanzielle Unterstützung aus dem Ausland hoffen. Dies gilt im gleichen Maße für die kurdische Frage. Eine Lösung ist deshalb nur in der Türkei möglich.

Die Haltung der AKP in dieser Frage ist offensichtlich von einer Hinhaltetaktik bestimmt. Das Schweigen der Waffen bis zu den Parlamentswahlen im Juni 2011 kommt ihr zupass, mögliche Schritte werden auf die Zeit nach der Wahl verschoben. Demgegenüber hat Abdullah Öcalan den Druck erhöht: Ohne die Einrichtung einer Wahrheitskommission im Rahmen der türkischen Nationalversammlung sehe er sich außerstande, seine Rolle als Mittler zwischen der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und dem türkischen Staat auszufüllen.

Ein möglicher Friedensprozess bedarf jedoch seines konstruktiven Wirkens, für das ihm mehr Raum eingeräumt werden muss.

Deshalb unterstützt die Internationale Initiative »Freiheit für Abdullah Öcalan — Frieden in Kurdistan« die Forderung nach einer Umwandlung der Isolationshaft in einen Hausarrest, in dem ihm eine größere Teilhabe am politischen Prozess möglich ist. Die Chance auf einen Frieden darf nicht vertan werden – sie bedarf der Unterstützung aller Kräfte, die für einen umfassenden demokratischen Wandel in der Türkei und der Region eintreten. Der Dialog muss fortgesetzt werden – die einzige Waffe, die etwas aufzubauen vermag. ♦



KCK-Prozess – Eine Maßnahme unter vielen, um die Unnachgiebigkeit der KurdInnen in ihrem Verlangen nach Frieden und Gerechtigkeit zu brechen

Angeklagt stellvertretend für die gesamte kurdische Bevölkerung

Şoreş Yüksel, 11.02.2011

Durch die arabische Welt zieht seit einigen Wochen eine Widerstandswelle. Die Bevölkerung bekundet ausdrücklich ihre Unzufriedenheit und stellt sich gegen die Autokratie im eigenen Land. Parallel dazu kämpfen Kurdinnen und Kurden seit Jahrzehnten gegen die Politik des türkischen Staates, die sich darauf beschränkt, die kurdische Bevölkerung außer Gefecht zu setzen und ihren Willen zu brechen.

Der unnachgiebige und nachhaltige Widerstand der KurdInnen hat aber bisher alle politisch und militärisch motivierten Machenschaften des türkischen Regimes durchkreuzt. Inzwischen hat sich in den vergangenen Jahren an vielen Punkten ein „Umdenken" eingeschlichen, aber auch dies ist kein Argument, dass die türkische Regierung tatsächlich die Forderungen der kurdischen Bevölkerung, aber ebenso der weiteren ethnischen Gruppen in der Türkei verfassungsrechtlich anerkennt.

Der Wille zur Selbstverwaltung, den die Kurdinnen und Kurden umfangreich kommunizierten und der in den Medien eine Diskussionswelle auslöste, zeigt, dass sich WissenschaftlerInnen, FriedensaktivistInnen, JournalistInnen, MenschenrechtlerInnen, Fachleute mit der Thematik auseinandersetzen. Gleichzeitig erschließt sich aus den Debatten, dass die kurdische Bevölkerung in ihrer Entwicklung weit fortgeschritten ist und der Türkei diktiert, die Forderungen nach autonomer Selbstverwaltung öffentlich zu debattieren. Ob das Modell des Demokratischen Konföderalismus gewünscht oder geeignet erscheint für die AkteurInnen aus der türkischen Regierung, sei hier nicht beantwortet, zumal die Ansichten der DiskutantInnen differieren. Für die kurdischen AkteurInnen und ihre Öffentlichkeit scheint jedenfalls das Modell der Selbstverwaltung die primäre Lösung zu sein.

Bedeutung der KCK

Dieser Auffassung ist auch die Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans, KCK, die maßgeblich der Umsetzung des ethnisch übergreifenden Demokratiesystems dient.

Die KCK zielt auf den Aufbau einer „demokratischen Konföderation" als Lebensform für die kurdische Gesellschaft ab, allerdings ohne die bestehenden Staatsgrenzen, etwa der Türkei, anzutasten. Die KCK benennt Abdullah Öcalan als führenden Strategen und Theoretiker ihres Vorhabens. Ihr höchstes beschlussfassendes Gremium ist der Volkskongress Kurdistan, Kongra-Gel.

Die Bemühungen der BürgermeisterInnen und KommunalpolitikerInnen der später verbotenen Partei für eine Demokratische Gesellschaft, DTP, jetzt der Partei für Frieden und Demokratie, BDP, und FriedensaktivistInnen für die Beendigung der Kriminalisierung und Stigmatisierung der kurdischen Bevölkerung und für ein menschenwürdiges Leben kontert der Staat reaktionär. Der türkische Staat hat seit dem 14. April 2009 unter der Behauptung, die KCK sei eine terroristische Organisation, eine landesweite Repressionswelle gegen KurdInnen in Gang gesetzt und ca. 2200 Menschen, darunter zahlreiche KommunalpolitikerInnen der DTP und später der BDP inhaftiert. Mit dieser reaktionären Haltung erhofft sich der Staat erneut, den Widerstandsgeist der Bevölkerung zu brechen und sie in die Knie zu zwingen. Angesichts ihres ungebrochenen Verlangens wird der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit und Frieden immer lauter, so dass eine breite Öffentlichkeit weit über die Grenzen der Türkei hinaus die Geschehnisse und Entwicklungen insbesondere in Nordkurdistan/Türkei kritisch verfolgt.

Historischer Prozess

Der KCK-Prozess ist der größte Massenprozess in der Türkei seit dem Militärputsch 1980. Vom Prozess betroffen sind in erster Linie kurdische PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, JournalistInnen und FriedensaktivistInnen. Ein derartiger Prozess hat Einfluss auf die ganze Region im Mittleren Osten und ist als solcher zu verstehen.

Die 7 578 Seiten starke Anklageschrift beschuldigt die kurdischen PolitikerInnen, BürgermeisterInnen und MenschenrechtlerInnen der „Bedrohung der Einheit des Staates", ferner der „Mitgliedschaft in und Leitung der KCK" sowie der „Unterstützung und Beihilfe" zu deren Aktivitäten.

Nach circa 18-monatigen Inhaftierungswellen unter dem Motto „KCK-Operationen" war am 18. Oktober 2010 Prozessauftakt in Amed (Diyarbakır). Der erste Verhandlungstag wurde eröffnet mit der Feststellung der Personalien der Angeklagten. Diese wollten die Angaben in ihrer Muttersprache

Kurdisch erwidern. Allerdings akzeptierte das Gericht diesen Wunsch der Inhaftierten nicht und nahm stattdessen die in den Akten vermerkten Personalien zur Kenntnis. Das hat zur Folge, dass den Beschuldigten das Recht genommen wird, ihre Verteidigung auf Kurdisch zu formulieren.

Als die Angeklagten auf die Frage (auf Türkisch) nach ihrer Identität auf Kurdisch mit „Li vir im“ (Hier bin ich) und „Amade me“ (Wir sind bereit) antworteten, wurde zu Protokoll gegeben, dass „diese Worte in einer als Kurdisch angenommenen Sprache gesprochen wurden“. Nachdem mit der Aufnahme von Aussagen der Angeklagten zunächst begonnen worden war, wurden sofort, nachdem diese Kurdisch zu sprechen begonnen hatten, die Mikrofone abgeschaltet.

Aktuelle Situation im KCK-Prozess

Der Verhandlungstag am 1. Februar 2011, der 19., war erneut geprägt von den Forderungen der Inhaftierten, die konsequent ihr Recht auf Verteidigung in der Muttersprache „Kurdisch“ einforderten. Zuvor am 18. Verhandlungstag hatte auch der BDP-Bürgermeister aus Êlih (Batman), Necdet Atalay, stellvertretend für alle Betroffenen diese Forderung gestellt.

104 Häftlinge sollten am 19. Verhandlungstag auf der Anklagebank sitzen, davon waren 15 wegen Krankheit nicht anwesend und die Verhandlung begann mit den Angaben zur Person. Bei der Frage nach ihren Personalien schwiegen die ersten beiden Aufgerufenen, wogegen der Richter dann („Ihr wollt also nicht sprechen!“) für das Gerichtsprotokoll diktierte: „Alle an die Angeklagten gerichteten Fragen haben diese nicht beantwortet.“

Für die Verteidigung hatte zuerst Rechtsanwältin Meral Daniş Bektaş das Wort; und sie führte das Schweigen der Angeklagten auf die Rede des Bürgermeisters aus Êlih (Batman) zurück und erinnerte daran, dass Necdet Atalay selbst aufgrund der permanenten Ablehnung seiner Forderungen nach rechtmäßiger Behandlung und Verteidigung in kurdischer Sprache nicht an der heutigen Verhandlung teilnehme. Weil alle Anträge der Angeklagten abgelehnt und sie gegen ihren Willen in den Gerichtssaal geführt würden.

Der KCK-Prozess findet währenddessen nicht nur in der politisch brisanten kurdischen Stadt Amed (Diyarbakır) sein Zuhause. Derweil stehen weitere Prozesse im Rahmen der KCK-Operationen in den Städten Şirnex (Şırnak), Êlih (Batman), Mêrdîn (Mardin), Wan (Van), Adana, Mersin und Dîlok (Antep) an. Ein entsprechendes Verfahren in Sêrt (Siirt) steht noch aus; eine Anklage gegen die Verdächtigten ist jedoch auch nach einem Jahr Haft nicht erhoben worden.

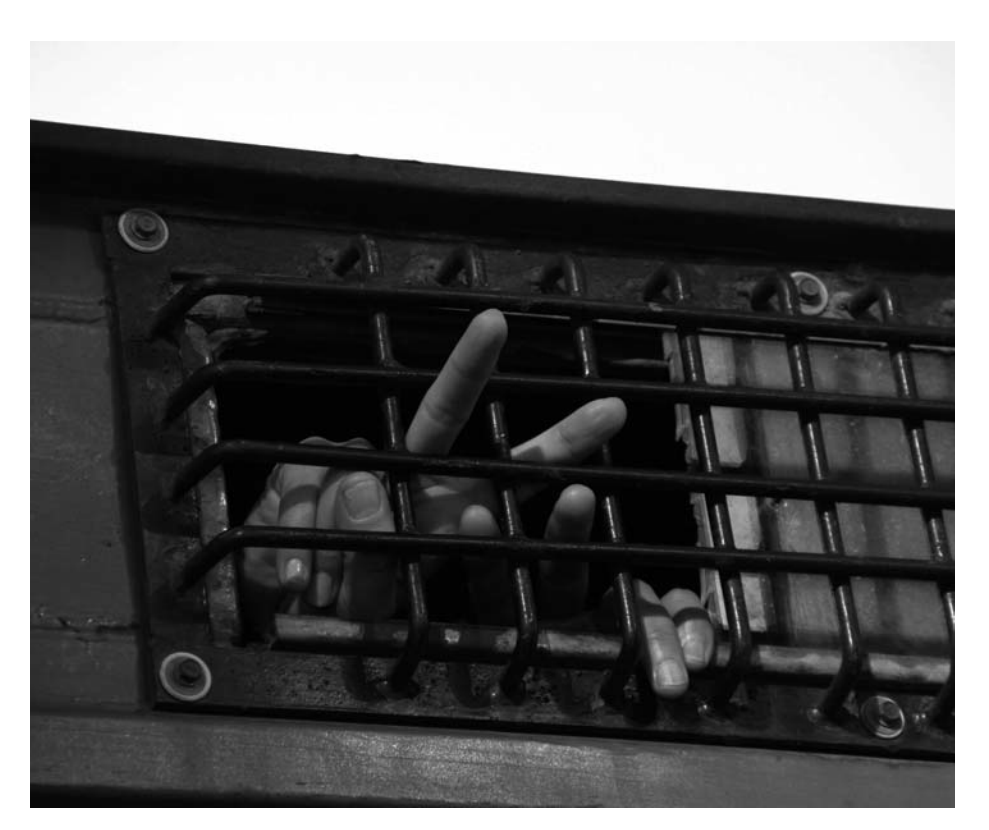
Im Zusammenhang mit dem KCK-Prozess und der Machtausübung der türkischen Regierung erinnert man sich an die Worte des Mitglieds des Deutschen Bundestags Andrej Hunko: „Für mich ist das eindeutig ein Schauprozess.“

Forderung an die internationale Gemeinschaft

Die KurdInnen erleiden seit Jahrzehnten schwerste Unterdrückung durch den türkischen Staat. Nicht zuletzt der KCK-Prozess ist dafür ein Indiz, aber die Operationen und der Prozess dauern nunmehr seit April 2009 an und werden ohne Beachtung jeglicher menschenrechtlicher Grundlagen fortgesetzt. Aus diesem Grund ist die internationale Öffentlichkeit angehalten, die Entwicklungen in Nordkurdistan/Türkei kritisch zu verfolgen und gegebenenfalls öffentlich zu verurteilen.

Gegenwärtig stehen stellvertretend für das gesamte kurdische Volk die Angeklagten im KCK-Prozess und aus diesem Grund verdienen sie die Solidarität aller KritikerInnen des türkischen Systems.

„Die türkische Regierung prozessiert nicht gegen VerbrecherInnen, hier wird ein politisch motivierter Prozess auf dem Rücken der KurdInnen geführt.“ ♦



Gefangenentransport zum KCK-Prozess in Amed Foto: DIHA

Neue Offensive des türkischen Staates gegen die PKK

Hisbollah

Baki Gül

Zu Beginn sollte Folgendes klargestellt werden: Die Hisbollah, die in der Türkei zur Diskussion steht, ist nicht mit der Hisbollah im Libanon zu verwechseln. Die in der Türkei als Hisbollah berüchtigte und seit ihrer Gründung bis heute in den kurdischen Gebieten mörderisch aktive Organisation wird in der Bevölkerung als Hisbo-Kontra bezeichnet. Ein offizielles Gründungsdatum und eine Gründungsversammlung sind nicht bekannt. Ihre Basis stützt sich auf die extrem religiösen und faschistischen Gruppierungen innerhalb der Nationaltürkischen Studentenvereinigung (Millî Türk Talebe Birliği, MTTB). Diese Organisation, von der nach dem Militärputsch vom 12. September 1980 nichts mehr zu hören gewesen war, trat später in den Jahren 1986–87 vielmehr als kleine Gruppierungen im Umfeld bestimmter Buchläden in Erscheinung. (Sidar Boran 2011, Nachrichtenagentur Firat – ANF)

Im fünften Kapitel des Buches „Kendi Dilinden Hizbullah" („Hisbollah in ihren eigenen Worten"; 2004) heißt es, die Organisation habe sich 1980 zu formieren begonnen. Aber es ist weder etwas darüber bekannt, dass zu dieser Zeit innerhalb der islamischen Bewegungen ein solches Gebilde entstand, noch gibt es irgendein schriftliches Gründungsdokument.

Im berüchtigten Ergenekon-Prozess sagte der JITEM-Gründer und Angeklagte Arif Doğan aus, er habe den getöteten Hisbollah-Anführer Hüseyin Velioğlu als Agenten benutzt. In seinem Buch „Ich habe JITEM gegründet" schreibt Doğan, er habe diese Organisation gegründet, um in Kurdistan die Unterstützung der politisierten kurdischen Gesellschaft für den Guerillakampf zu brechen. Zu Velioğlu heißt es: „Velioğlu war eine sehr religiöse und qualifizierte Person. Er war vielmehr ein sehr idealistischer Bursche. Wir ermöglichten es, dass Velioğlu mit einer Gruppe von Kadern seiner Wahl aktiv wurde. Sie wurden vorerst in der Region Gercüş eingesetzt. Velioğlu selbst bildete sie aus. Diese Ausbildung war nicht praktisch, sondern theoretisch. Sie sollten weiterhin zum Gebet gehen, wenn nötig sollten sie Prediger werden und in den Moscheen predigen. Wir stellten umgehend die Gruppen auf. Sie wurden ausgebildet und anschließend auf die verschiedenen Regionen verteilt. Als die Hisbo-Kontra in Batman ihre Arbeit aufnahm, war der selige Brigadegeneral Temel Cingöz Gendarmeriekommandant der Provinz Siirt. Ich mochte ihn wie einen eigenen älteren Bruder. Er war ein sehr aufrichtiger, ehrenhafter, würdevoller und heldenhafter Offizier. Er kam zu mir und sagte: ‚Arif, es heißt ja ‚das Horn übertrifft das Ohr', ich glaube du übertriffst mich.' Bezogen auf meinen Geheimdienstauszubildenden: ‚Bring ihn zu mir, ich möchte ihn küssen.' Ich habe die beiden Seligen [*Cingöz und Velioğlu*] außerhalb von Siirt zusammengebracht. Velioğlu hatte Angst, er glaubte, man werde ihn umbringen."

Diese Anekdoten von Arif Doğan, Offizier im Ruhestand, beziehen sich auf die 90er Jahre. In dem Buch „Hisbollah in ihren eigenen Worten" wird deren Geschichte in zwei Phasen unterteilt: „Die erste Phase dauerte vom Gründungsjahr 1979 bis 1991, die zweite Phase von 1991 bis 2000." 1991 erlebte die Hisbollah eine schwere, auch gewalttätige, interne Auseinandersetzung. Die Konfrontation verlief zwischen einer Gruppe, die mit den staatlichen Geheimdiensten und mit der Kontra-Guerilla kooperierte, und einer Gruppe, die eine unabhängige Linie verfolgen wollte.

So spaltete sich die Hisbollah-Organisation in Amed (Diyarbakır) in den Menzil- und den Ilim-Flügel. Velioğlu (Ilim) kooperierte mit staatlichen Geheimdiensten. Er ist dann am 17. Januar 2000 während einer staatlichen Operation in Istanbul von türkischen Sicherheitskräften getötet worden. Fidan Güngör (Menzil) hingegen nahm eine Position gegen den Staat ein und sprach sich gegen die Ermordung kurdischer PatriotInnen aus. Er wurde von Mitgliedern der Gruppe Velioğlu ermordet. Die Auseinandersetzung spitzte sich zu und eine Vielzahl von Angehörigen des Menzil-Flügels wurde getötet.

Sidar Boran, der Strukturen und Organisierung der Hisbollah in Kurdistan recherchiert hat, beschreibt die Ergebnisse in seiner bei ANF erschienenen Analyse (s. o.): „Hüseyin Durmaz (Velioğlu) wurde in der islamischen Gemeinschaft über seine Artikel in den Zeitschriften Tevhid, Yeryüzü und Objektif bekannt. Später bildete sich eine Gruppe in Diyarbakır im Umfeld des Buchladens Ilim neben der Ulu-Moschee. Mit staatlicher Unterstützung organisierten sie sich in Imam-Hatip-Schulen und Gebetskursen. Manche gingen nach der islamischen Revolution in den Iran, um sich dort religiöser und militärischer Ausbildung zu unterziehen. Dabei aufgezeichnete Propaganda-Videos wurden in die Türkei eingeschleust und zu Rekrutierungszwecken vor allem in Batman den Schülern der Imam-Hatip-Gymnasien gezeigt."

Ab den 90er Jahren wurden über 15 000 kurdische PatriotInnen durch die geheimen illegalen staatlichen Organisationen getötet. Es heißt, 80 % dieser Morde seien von der Hisbo-Kontra begangen worden. Der Widerstand der PKK gegen die

Hisbollah, die in der Region Angst und Schrecken verbreitete, schwächte sowohl den Staat als auch die Hisbo-Kontra.

Nach 1999 nahm der Staat eine Neubewertung der Situation vor. Es wurde eine Säuberungsaktion gegen die in Verbindung mit dem Staat stehende Hisbollah beschlossen – auf Grund der Gefahr, sie könne sich von ihm lösen und eine unabhängige Linie verfolgen. Dabei wurden wichtige führende Personen der Hisbollah wie Hüseyin Velioğlu getötet. Es kam auch zu einer Vielzahl von Festnahmen.

Aus allen Berichterstattungen über die Hisbollah wird deren Beziehung zum Staat ersichtlich. So gelangte am 16. Februar 1992 die Hisbollah unter der Überschrift „Hisbollah wird im Zentrum der Eingreiftruppen ausgebildet" auf das Titelblatt der Zeitschrift „2000'e Doğru". Der Journalist Halit Güngen, Verfasser dieses Artikels, wurde mit einem Kopfschuss ermordet. Diese Art von Mord ist später in Serie praktiziert worden.

Im Jahr 1992 unternahm die zur Untersuchung der „Morde unbekannter Täter" gebildete parlamentarische Untersuchungskommission Reisen in die kurdischen Provinzen, um die Hisbollah-Aktivitäten zu recherchieren. In ihrem Abschlussbericht heißt es, in Êlih (Batman) unterhalte die Hisbollah militärische Ausbildungslager und die Armee dulde sie. Doch der Staat leitete dazu keine Untersuchung ein.

Die Beziehungen zwischen Staat und Hisbollah dauerten auch nach 2000 an. Die AKP, die die KurdInnen mit dem Projekt des „gemäßigten Islam" türkisch kolonisiert behalten will, regte die Hisbollah dazu an, sich zu häuten. Daraufhin begann die Hisbo-Kontra, anstatt in den Untergrund zu gehen, auch mit den Möglichkeiten der AKP-Regierung sich in Vereinen, Stiftungen, Moscheen und zivilgesellschaftlichen Organisationen neu zu formieren.

Die AKP-Regierung, die mit der Zeit den Staat durchdrungen hat, ist bestrebt, die Hisbollah gegen die PKK noch verdeckter einzusetzen. Die AKP erhielt bei den Parlamentswahlen 2002 und 2007 sowie bei den Kommunalwahlen 2004 und 2009 die Unterstützung der Hisbollah. Die Beziehungen der AKP-Regierung zu religiösen Gemeinschaften, Sekten und der Hisbo-Kontra sind mit den jüngsten Haftentlassungen von u. a. Hisbollah-Mitgliedern erneut auf die Tagesordnung gekommen. Infolge einer Strafrechtsänderung wurden Hisbollah-Kader entlassen, die für mehrere Hundert Morde verantwortlich sind. Diese Haftentlassungen werden als AKP-Attacke gegen das Projekt der Demokratischen Autonomie der KurdInnen gewertet.

Nachdem dieser Vorstoß der AKP auf öffentliche Reaktionen gestoßen war, begann auch eine Debatte über das Verhältnis der AKP zur Hisbo-Kontra. Bei seinen anwaltlichen Konsultationen warnte Abdullah Öcalan, dass die AKP ihre eigene „grüne [*islamische*] Ergenekon" zu organisieren versuche, um so ihre Vorherrschaft innerhalb des Staates weiter auszubauen.

Der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei CHP, Kemal Kılıçdaroğlu, äußerte sich ebenfalls zur Beziehung zwischen AKP und Hisbollah.

Der türkische Ministerpräsident Erdoğan hingegen beantwortete die Einwürfe damit: „Die AKP mit der Hisbollah oder mit irgendeiner Terrororganisation in Verbindung zu bringen, ist unanständig und feige."

Wenn man sich aber die praktischen Beispiele anschaut, sieht man, dass die Realität nicht so ist, wie sie Erdoğan darzustellen versucht. In letzter Zeit werden in vielen Regionen Kurdistans Vereine mit der Hisbollah assoziiert.

Der Grund dafür liegt in der Tatsache, dass deren Gründungsmitglieder Verbindungen zur Hisbollah aufweisen.

Als Beispiel kann der Verein Mustazaf-Der in Amed (Diyarbakır) angeführt werden, dessen Vorsitzender Ishak Sağlam bereits in einem Hisbollah-Verfahren verurteilt wurde. Ein anderer Verein mit Hisbollah-Verbindung ist der Ihya-Der. Personen, die bei Razzien in diesem Verein festgenommen wurden, stehen in Beziehung zur Hisbollah.

Auffällig ist zudem, dass in den kurdischen Provinzen die Zahl der der Hisbollah nahestehenden Vereine nach dem „Rückkehrergesetz" zugenommen hat. [*Das „Gesetz zur gesellschaftlichen Reintegration", eines der vielen bisherigen Reue- oder Amnestiegesetze der Türkei, eigentlich gegen die PKK-KämpferInnen gerichtet, wurde am 29. Juli 2003 im Parlament verabschiedet.*]

Dank dieses Gesetzes wurden etwa 2000 Hisbollah-Gefangene aus den Gefängnissen entlassen, die sich an Vereinsorganisationen beteiligt haben.

Strafgesetzbuchänderung im Rahmen der EU-Anpassung

Im Rahmen der EU-Anpassung wurde in der Türkei mit einer Änderung im Strafgesetzbuch die lange Untersuchungshaftzeit auf zehn Jahre begrenzt. Danach dürfen Häftlinge ohne letztinstanzliche Verurteilung nicht länger als zehn Jahre inhaftiert bleiben. Ursprünglich hätte die maximale Dauer der U-Haft bei Vergehen, die unter Art. 250 TSPO fallen, am 1.6.2005 in Kraft treten sollen. Dieser Termin wurde aber mit dem Gesetz 5320 (Art. 12) auf den 1.4.2008 festgelegt und mit dem Gesetz 5739 vom 26.2.2008 auf den 31.12.2010 verschoben.

Auffällig ist zum einen das Timing, zum anderen die Art der Umsetzung. Während kurdische PolitikerInnen aufgrund ihrer Äußerungen und regierungsoppositionellen Haltung kurz vor Inkrafttreten dieses Gesetzes ad hoc verurteilt wurden, kam eine Vielzahl von Personen frei, die für unzählige Morde verantwortlich sind, so der Hisbollah-Chef Hacı Inan.

Nach Angaben der dem Ministerpräsidium unterstehenden Generaldirektion für Soziale Sektoren und Koordinierung des Unterstaatssekretariats des staatlichen Planungsamtes stieg die Zahl der Vereine in Semsûr (Adıyaman), Êlih (Batman), Amed (Diyarbakır), Dîlok (Antep), Kilis, Mêrdîn (Mardin), Sêrt (Siirt), Riha (Urfa) und Şirnex (Şırnak), die 2002 noch 146

betrug, auf 3 367. Im Jahre 2010 beläuft sich die Zahl der aktiven Vereine auf 3 688.

Die Zahl der Stiftungen in denselben Provinzen, 2002 noch 179, stieg 2010 auf 188 an. Im Anwendungsbereich des im Rahmen des GAP-Entwicklungsplans eingeführten Sozialen Förderprogramms (SODES) wurden den genannten Vereinen allein in den letzten zwei Jahren 133 864 300 TL zugeleitet.

Auffällige Beispiele für die Unterstützung von der Hisbollah nahestehenden Vereinen durch AKP-Kommunalverwaltungen wurden in der Presse veröffentlicht. Vor den Kommunalwahlen 2009 eröffnete der Verein Ihya-Der vor dem Rathaus von Erdiş (Erciş) mit Genehmigung der Stadtverwaltung einen Stand. An der Kundgebung des Mustazaf-Der in Amed (Diyarbakır) im selben Jahr nahmen zahlreiche AKPler teil. Zu einer Gesprächsrunde der AKP mit zivilgesellschaftlichen Organisationen am 29. März 2009 wurden auch der Ihya-Der und der Mustazaf-Der eingeladen. Dabei wurden sie dazu aufgerufen, die AKP zu unterstützen.

Statt als unabhängige Kandidaten zur Wahl anzutreten, bevorzugte die Hisbollah die Unterstützung der AKP. Zu diesen Vereinen befragt – über einhundert in Amed (Diyarbakır) –, antwortete der örtliche AKP-Abgeordnete Abdurrahman Kurt: „Man muss die Sensibilitäten der Region richtig einordnen. Hier ist die religiöse Empfindlichkeit sehr hoch, es gibt eine breite politische Basis, die sich auf den Islam stützt. Nachdem die demokratische Phase sich zu entwickeln begann, haben auch diese Kreise wie alle anderen begonnen, sich im Rahmen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu artikulieren. Früher hatte niemand außerhalb der Organisierung im Untergrund eine Überlebenschance. Das ist der eigentliche Kern der Sache.“

Kurzum: In den Regionen, in denen die AKP Einfluss hat, können die Hisbollah-nahen Vereine unbeschwert arbeiten.

Die AKP wird ihre Beziehung zur Hisbollah nach all diesen öffentlichen Reaktionen überdenken. Sie wird mit unterschiedlichen Ansätzen mithilfe der Religion in Kurdistan eine Politik gegen die PKK entwickeln. Mit scheinbaren Maßnahmen gegen haftentlassene Hisbollah-Mitglieder wird sie versuchen, die Öffentlichkeit zu besänftigen. Die AKP könnte über die Hisbollah Provokationen starten, um die Phase der Waffenpause zu sabotieren. Es ist schon jetzt im Gespräch, dass sich die Hisbollah über zivilgesellschaftliche Organisationen und unabhängige Kandidaten zu den bevorstehenden Wahlen auf politischer Ebene neu zu formieren versucht. Unabhängig davon, ob der Staat darauf vorbereitet ist oder nicht, wird dieser Versuch der Hisbollah, sich auf politischer Ebene zu restrukturieren, zu vielseitigen Reaktionen und Spannungen führen. Die Beziehung der Hisbollah – als Verantwortliche für Tausende von Morden, unvorstellbare Folterungen und Verschleppungen bekannt – zum Staat wird für die Bevölkerung in der Region inakzeptabel sein. Potentiell wird die Hisbollah die Tatsache, von der AKP als religiöses Werkzeug eingesetzt zu werden, für ihr Vorhaben ausnutzen, ihren Einfluss im Staat über die „grüne Ergenekon“ auszuweiten. Aber die von der PKK angeführte demokratische Politik in Kurdistan wird den Verlauf dieser Möglichkeiten bestimmen. Denn jede von der in Kurdistan zurückgedrängten Staatsautorität ausgespielte Karte wird auf den heftigen Widerstand der kurdischen Bevölkerung stoßen. ♦



Demonstration der Bevölkerung zu einem weiteren gefundenen Massengrab bei Motkî Foto: DIHA

Eine Analyse über die Aufstände in der arabischen Welt

Zwickmühle der Kollaboration

Mustafa Karasu (Yeni Özgür Politika, 31.01.2011)

Die Völker des Nahen Ostens [*hier einmal in der Bedeutung vom Maghreb bis Iran*] erheben sich nacheinander. Nachdem in Tunesien die Regierung gestürzt wurde, fiel sie auch in Ägypten. Nach Ägypten werden die Bevölkerungen anderer Länder der Region folgen, so wird erwartet.

Die Volkserhebung im Nahen Osten ist eigentlich ein verspäteter Akt. Denn schon seit Längerem haben die Regierungen ihre Legitimität verloren. Die Entwicklungen in der Welt und das Bewusstsein der Völker im Nahen Osten sind ohne Weiteres in der Lage, die Existenz dieser Regierungen zu beenden. Die USA und Europa, die bislang diese Regierungen unterstützten, mussten erkennen, dass diese sich zunehmend zu einer Last entwickelt haben. Für die besagten Mächte ist es immer riskanter, die eigene Präsenz im Nahen Osten über diese Regierungen aufrechtzuerhalten. So wurde es für sie zwingend notwendig, diese durch neue Kollaborateure zu ersetzen, mit neuen den USA und Europa wohlgesonnenen Charakteren, um die Völker der Region kontrollieren zu können.

Die kapitalistische Modernität und ihre Lebensweise haben die Probleme im Nahen Osten in den letzten 200 Jahren immer weiter in die Ausweglosigkeit getrieben. Die positivistisch-kapitalistische Modernität erlebte von Beginn an einen Widerspruch im Nahen Osten. Die einzige Rolle der modernistisch-laizistischen Regime war die, als Agenten des Westens zu dienen. Weil die sozialistischen Bewegungen die Denk- und Lebensweise der positivistisch-kapitalistischen Modernität nicht überwinden konnten, waren sie nicht in der Lage, sich zu einer alternativen politischen Kraft zu entwickeln.

Kapitalismus, Industrialisierung und Nationalstaat, als die wesentlichen drei Säulen der kapitalistischen Modernität, wurden vielerorts als das neue und entwickelte Leben angesehen. Auch der Nahe Osten wurde zum Gefangenen dieser Auffassung. Sogar diejenigen, die von sich behaupteten, nicht kapitalistisch zu sein, haben Industrialisierung und Nationalstaat gesegnet. Aber Kapitalismus, Industrialisierung und Nationalstaat zerstörten das soziale, ökonomische und kulturelle Leben und Gewebe. Das politische Leben wurde durch Nationalstaaten und unterschiedliche Mächte zu blutigen Auseinandersetzungen entwickelt. Die Macht hat mit ihrem unmenschlichen, despotischen Charakter den Atem der Gesellschaften genommen.

Je stärker die kapitalistische Modernität im Nahen Osten an Einfluss gewann, gleichbedeutend mit einem Angriff auf die Gesellschaft, umso stärker nahmen die Probleme zu. Zu Recht entwickelte sich Widerstand gegen die kapitalistische Modernität, die dem Nahen Ostens nichts als Schmerz und Leid brachte. Vor 1990 war ein Teil der Opposition sozialistischen Strömungen zuzurechnen. Aber nachdem sie sahen, dass der real existierende Sozialismus keine Alternative darstellte, endete es damit, dass viele sich dem politischen Islam zuwandten, der sich als anti-modernistisch ausgibt.

Die islamischen Bewegungen, die außer Form und religiösem Diskurs eine andere Version der Modernität darstellen, haben begonnen, eine ernste Gefahr für die modernistisch-laizistischen Regime zu werden. Neben dem Erstarken der radikal-politischen islamischen Bewegungen haben die modernistisch-laizistischen Regime zunehmend ihren Bezug zur Gesellschaft verloren. So versuchten sie über Unterstützung von außen auf den Beinen zu bleiben. Vor allem nach dem Zerfall des Realsozialismus stieg der Preis dieser kollaborierenden Regierungen für die USA und die EU immer weiter.

Die Zunahme der radikal-islamistischen Gefahr zum einen und die Nichtakzeptanz der modernistisch-laizistischen Regime durch die Bevölkerung zum anderen führten dazu, dass der Westen es für notwendig erachtete, neue politische Projekte zu entwickeln. Denn er erkannte, Gefahr zu laufen, den Nahen Osten vollständig zu verlieren, wenn er sich weiterhin auf diese gegenwärtigen laizistischen Regime verließe.

Der Westen hat sich aus den gemachten Erfahrungen heraus an das Projekt des gemäßigten Islam geklammert, um sich zum einen an Regime anzunähern, die die Unterstützung der Bevölkerung genießen, und zum anderen, um den Einfluss des radikal-politischen Islam zurückzudrängen. Es ist inzwischen offensichtlich, dass die USA und Europa ein System im Nahen Osten wünschen, das auf dem kollaborierenden gemäßigten Islam basiert. Ihre Strategien und Taktiken sind gegenwärtig darauf angelegt, derartige Regime zu entwickeln. Dies wird als der erste strategische Schritt zur völligen Einnahme des Nahen Ostens gesehen. Ohne diese Strategie der USA zu bedenken, können die Entwicklungen nicht in ihrem ganzen Umfang verstanden werden.

In Tunesien und Ägypten hat sich die Bevölkerung von selbst aufgelehnt. Nach diesen Ereignissen wurde klar, dass jene Regime von den USA und Europa nicht mehr unterstützt werden, mit der Konsequenz, dass ihr Wille zur Macht schnell gebrochen war.

Auch wenn sich die Erhebungen anfänglich von selbst entwickelten, konnte beobachtet werden, dass die USA und Europa sich schon nach kurzer Zeit einbrachten. Sie haben – wenn auch indirekt – eine Haltung vertreten, mit der die kollaborierenden gemäßigten Islamisten unterstützt wurden. Auf diese Weise sollen zum einen von der Bevölkerung unterstützte Regierungen gebildet und zum anderen über diese Regierungen die Region kontrolliert werden.

Der Nahe Osten durchlebt eine Zeit, in der die alten kollaborierenden Regime abgeschafft und an ihre Stelle neue gesetzt werden sollen. Wir sehen, wie die Völker in die Falle neuer Kollaboration und Unterdrückung geraten, während sie sich von unterdrückerischen kollaborierenden Regimen befreien. Nachdem die modernistisch-laizistischen Kollaborateure keinen Halt mehr haben, soll die Region durch Mächte, die die religiösen Gefühle der Bevölkerung ausnutzen, unter Kontrolle gebracht werden.

Ohne dass alternative demokratische und freiheitliche Bewegungen entstehen, werden die Völker sich aus dieser Klemme nicht befreien können. Wie eine Wippe wird heute der eine, morgen der andere seine repressive Ordnung über sie errichten. Diese Tatsache nimmt die demokratischen und freiheitlichen Kräfte noch stärker in die Verantwortung.

Klassisch marxistisch und mit positivistischen Annäherungen wird man im Nahen Osten zu keiner Alternative werden. Ohne sich von der Praxis zu befreien, die die Mentalität und den Einfluss kapitalistischer Modernität in sich trägt, wird sich keine Bewegung entwickeln, die die Unterstützung der Bevölkerung genießt. Die Praxis des Realsozialismus hat gezeigt, dass die positivistische Wissenschaftsannäherung, um die Gesellschaften zu verstehen, noch problematischer als die religiösen Dogmen ist. Es ist schwierig, in der Welt wie im Nahen Osten, den Einfluss des demokratischen Sozialismus in der Bevölkerung zu entwickeln, ohne sich von den Mängeln in der sozialistischen Theorie und Philosophie zu befreien. Dies ist umso schwieriger im Nahen Osten, wo sowohl die Gemeinschaft als auch die despotische Herrschaft historisch tief verwurzelt gelebt werden.

Diese Realität hat die Bedeutung der Thesen gesteigert, die der kurdische Repräsentant Abdullah Öcalan in seinen Verteidigungsschriften darstellt. Er hat sowohl die historische Gesellschaft im Nahen Osten als auch die Theorie und Praxis des Realsozialismus tiefgehend analysiert. Auf dieser Grundlage legt er dar, wie das alternative Leben aussieht, das er als ethisch-politische Gesellschaft oder kommunal-demokratische Gesellschaft bezeichnet. Er zeigt hier auch auf, wie die Organisierung und Struktur dieser Gesellschaft in Form des Demokratischen Konföderalismus zu entwickeln ist. Diese alternative Gesellschaft zielt zum einen darauf ab, die Gesellschaft zu befreien und zu demokratisieren, und zum anderen darauf, die dogmatischen Ideen, Gewohnheiten und Haltungen, die sich in der langen Menschheitsgeschichte angesammelt haben, zu überwinden und so diese demokratisierten Institutionen zu errichten.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse im Nahen Osten ist es wichtig, die philosophischen, ideologischen und theoretischen Thesen Abdullah Öcalans dem Volk im Nahen Ostens zu vermitteln. Nur so kann es sich aus der Zwickmühle des modernistisch-laizistischen und kollaborierenden politischen Islams befreien.

Erst wenn die Menschen in der Region die ethisch-politische Gesellschaft auf der Basis des praktischen Organisierungsmodells des Demokratischen Konföderalismus verwirklichen, kann der Nahe Osten sich von jeder Art kollaborierender Regime befreien und sich zu einer freien und demokratischen Region der Völker entwickeln. ♦



Istanbul: Demonstration der BDP in Solidarität mit der Bevölkerung von Ägypten, Tunesien und Iran
Foto: DIHA

Über die Ängste und Tabus der türkischen Gesellschaft

Das türkische Trauma

Murat Çakır, 9. Februar 2011

Während in der arabischen Welt Volksaufstände und Widerstand gegen despotische Herrscher sich wie ein Flächenbrand ausbreiten, wird vor allem in den westeuropäischen Medien die Türkei als »Vorbild« angepriesen. Ein Blick in die jüngste Geschichte der Türkei und die aktuelle Politik reicht jedoch aus, dass weder die Türkei als Staat noch die türkische Gesellschaft für die Völker im Nahen Osten als Vorbild dienen können.

In den arabischen Aufständen ist zu beobachten, dass insbesondere Mittelschichten, die in der Vergangenheit von den Despoten in die Regime kooptiert waren, nun die treibende Kraft der Veränderungen wurden. Doch wie sieht es in der Türkei, besonders westlich des Euphrats denn aus? Können die türkischen Mittelschichten ähnliche Veränderungsprozesse auslösen? Vielleicht dazu beitragen, dass die klaffende Wunde, die als »Kurdenfrage« bezeichnet wird und alle anderen Probleme des Landes überdeckt, friedlich geheilt werden kann?

Die gesellschaftliche Realität im Westen der Türkei scheint jedoch alle diesbezüglichen Hoffnungen zu betrüben. Obwohl seit einigen Jahren die Notwendigkeit eines Demokratisierungsprozesses in der Öffentlichkeit breit diskutiert und auch weitgehend geteilt wird, sind innerhalb der türkischen Gesellschaft vermehrt Kurdenfeindlichkeit und offen rassistische Tendenzen zu beobachten. Das hat vielfältige Gründe.

Ohne Zweifel ist die offizielle Staatspolitik ein wesentlicher Grund. Die seit der Gründung der Republik fortgeführte Assimilierungspolitik, das Verständnis, die »Kurdenfrage« als ein Problem der Sicherheit zu sehen und auf militärische Mittel zu setzen, das militärische Vormundschaftsregime und die imperialen Gelüste der türkischen Entscheidungsträger, gepaart mit der nationalistisch-chauvinistischen Berichterstattung der gängigen Medien, haben dazu geführt, dass alle Forderungen nach Gleichberechtigung und demokratischen Rechten für das kurdische Volk von der Mehrheitsgesellschaft noch im Keime erstickt werden.

Die Abwehrhaltung der staatstragenden Kräfte gegen die Forderungen der kurdischen Befreiungsbewegung ist nachvollziehbar. Denn das Konzept der »**Demokratischen Autonomie**« bedeutet im Grunde genommen nichts anderes als eine weitgehende Demokratisierung des Staates und der gesamten Gesellschaft. Es bedeutet eine grundlegende Umwälzung der Verhältnisse, in der die bisherigen Herrschaftsinstrumente ihre Bedeutung verlieren. Eben eine Gesellschaft, die – um es mit den Worten von **Abdullah Öcalan** zu sagen – *»Jenseits von Staat, Macht und Gewalt«* ein demokratischer, gleichberechtigter und freiwilliger Zusammenschluss von freien Individuen wird. Dass eine solche Gesellschaftsvision auf keine Gegenliebe der türkischen Entscheidungsträger stößt und sie alles Erdenkliche dagegen unternehmen wollen, ist verständlich. Doch, das ist nicht das Thema dieses Artikels.

»Der Türke hat keine anderen Freunde als Türken!«

Es wäre keine Binsenweisheit zu behaupten, dass diese Politik der Herrschenden, die staatlicherseits geschürten Bedrohungsszenarien und der Nationalismus die Gesellschaft negativ beeinflussen und manipulieren. Aber auch die türkische Gesellschaft produziert Ängste und rassistische Abwehrhaltungen jeden Tag aufs Neue.

Gerade der letzte **Standard Eurobarometer** der EU belegt, dass die *»Türken große Ängste haben, ihre nationale Identität zu verlieren«*. Laut Eurobarometer nehmen diese Ängste und die Befürchtungen, dass *»unser Land gespalten wird«*, den ersten Platz ein. Während als dringliche Probleme Arbeitslosigkeit und »Terrorismus« genannt werden, haben »Demokratie« und »kulturelle Vielfältigkeit« nur sekundäre Bedeutung.

Das kommt nicht von ungefähr, denn auch kritische Geister und gar türkische Linke sind nicht davor gefeit, den Einfluss des zutiefst rassistischen Erziehungssystems nicht gänzlich zu überwinden. Selbst der Autor dieser Zeilen sang als Grundschüler Kinderlieder wie *»eins, zwei, drei, hoch leben die Türken juchhei, vier, fünf, sechs, die Russen sind wie die Pest … die Griechen Verräter, die Bulgaren Kindermörder, Araber dreckig und hinterhältig, Deutsche Schweine«* usw.

Schon in der Grundschule wurde und wird heute noch den Kindern eingetrichtert, dass die *»arische Rasse der Türken die stärkste Nation der Welt hervorgebracht«* habe, *»die Türken unter der Führung von Atatürk glorreich gegen den Rest der Welt gekämpft«* hätten, die *»Imperialisten unser geliebtes Vaterland ausschlachten«* wollten und deshalb *»der Türke keine anderen Freunde als Türken«* habe.

So ist es in allen gesellschaftlichen Schichten üblich, dass sogar bei Familientreffen über die *»Spaltungsversuche der EU«*, *»von den USA gekaufte Politiker«*, *»islamistische Gefahr«* und *»überall lauern Feinde der Türkei«* unkritisch und wie selbstverständlich gesprochen wird. Dass gegen die Türkei *»seit der Gründung der Republik ein internationales Komplott geschmie-*

det« werde und die *»Kurden nun Handlanger des Imperialismus geworden«* seien, sind breit geteilte Meinungen innerhalb der türkischen Gesellschaft

Phobien der »weißen Türken«

Seit 2002 ist zu beobachten, dass die Gesellschaft in der Türkei eine dreigeteilte Gesellschaft geworden ist. Während die »Kurdenfrage« eine dicke Trennungslinie zwischen den kurdischen und türkischen Bevölkerungsgruppen ausmacht, machen die Diskussionen um den Laizismus türkischer Art die zweite Trennungslinie aus.

Besonders die Mittelschichten im westlichen Teil der Türkei sehen mit der AKP-Regierung ihre Lebensweise unter *»islamistischer Bedrohung«*. Das Regierungshandeln der AKP gibt natürlich viel Anlass dafür. Die AKP und sie tragende Kräfte würden die *»Demokratie ausnutzen, um den Staat mit einem trojanischen Pferd zu unterwandern«*. Aus diesem Grund sehen sie jegliche Demokratisierungsschritte, die im Grunde nur kosmetische Operationen sind, als Versuche, *»den Staat zu übernehmen«*. Dass die Armeeführung mit der AKP-Regierung nun Kompromisse eingegangen ist und durch ein Verfassungsreferendum die Justiz »ziviler« gestaltet wird, vertieft diese Ängste. Es ist daher nicht überraschend, dass moderne Kreise sich für »mehr Einfluss der Armee in der Politik und Staatsführung« und für die *»Wiedereinführung einer kemalistischen Einparteidiktatur«* einsetzen.

> Die Freiheit des kurdischen Volkes ist der einzige Schlüssel für eine Zukunft der türkischen Gesellschaft, um frei von Ängsten und Tabus, in Frieden leben zu können.

Auf der anderen Seite sehen besonders diejenigen, die den Laizismus als eine *»paternalistische Entmündigung«* der Muslime verstanden haben, in der parlamentarischen Demokratie die Möglichkeit, am Staat und dem Reichtum zu partizipieren. Für diese muslimisch-konservativen Kreise entstanden mit der AKP-Regierung viele neue Möglichkeiten der Kapitalakkumulation, die in der Vergangenheit den privilegierten Mittelschichten, der Bürokratie und den Militärs, kurz den »weißen Türken« zustanden.

So ist ein Paradoxon entstanden: Während moderne Türken sich gegen die Ausweitung der bürgerlichen Demokratie wenden, setzen konservative Teile, die eine islamische Republik präferieren, auf die parlamentarisch-bürgerliche Demokratie.

Doch was diese beiden Gruppen eint, ist der *»Geist von Sèvres«*, also die Gefahr der *»armenischen und kurdischen Staaten auf dem Territorium der Türkei«*. Diese vermeintliche Gefahr wird stets von den Regierungen wachgehalten. So sprach der Außenminister **Davutoğlu** vor kurzem davon, dass *»wir zur Verfestigung der Abgrenzung solcher Gefahren wahrscheinlich unser monokulturelles, nationalstaatliches Verständnis vom Islam stärken müssen«*. Derlei Sprüche stoßen in der konservativ islamisch und nationalistisch geprägten Anhängerschaft der AKP auf fruchtbaren Boden.

Gleichzeitig muss aber auch betont werden, dass besonders in den westlichen Metropolen, aber auch in Küstengebieten seit etwa 20 Jahren stetig eine wachsende gesellschaftliche Ausgrenzungshaltung gegenüber kurdischen BinnenmigrantInnen zu beobachten ist. Das hat nicht nur mit der Staatspolitik und der Medienhetze zu tun.

Die durch die Auswirkungen des schmutzigen Krieges in Kurdistan und den neoliberalen Umbau im ganzen Land verursachte Binnenmigration in die westlichen Gebiete führt innerhalb der türkischen Unterschichten zu Abwehrhaltungen wegen Konkurrenzdenken und in den Mittelschichten zu einem nationalsozialistisch gefärbten Wohlstandschauvinismus.

Armut, Arbeitslosigkeit, Gentrifikation in städtischen Zentren, die soziale Frage an sich, Kriminalität in den Metropolen werden ethnisiert und in Folge dessen zu neuen Dynamiken der Ausgrenzung. Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, oder besser gesagt, die Proletarisierung wird mehr und mehr kurdisch. Während in den Metropolen sogar in Romavierteln kurdische BinnenmigrantInnen als *»Eindringlinge«* beschimpft werden, gehen in ländlichen Gebieten Westanatoliens Einheimische gegen kurdische SaisonarbeiterInnen vor und verlangen ihre Zwangsrückkehr – ggf. mit polizeilichen Mitteln.

So ist eine Situation entstanden, dass innerhalb der Türkei von zwei Ländern – dem Westen und Osten des Euphrats – zu sprechen ist, die politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell völlig unterschiedlich sind. Im Osten des Euphrats wird die kurdische Bevölkerung zunehmend politisiert. Es entstehen auf Geschlechtergleichheit basierende demokratische Rätestrukturen und neue Freiheitsräume trotz staatlicher Gewalt.

Aber im Westen vergiften Ängste, Tabus, Spaltungsphobien, Wohlstandschauvinismus, Nationalismus und rassistische Abwehrhaltungen zusehends das gesellschaftliche Klima. Anstatt die Demokratisierung und das Konzept der »**Demokratischen Autonomie**« als eine Chance für das gesamte Land zu begreifen, werden autoritäre Herrschaftsstrukturen, Unterdrückung und ein monokulturelles Gesellschaftsbild akzeptiert.

Zwar werden auch im Westen der Türkei die Entwicklungen in der arabischen Welt weitgehend mit Sympathie verfolgt, aber es ihnen gleich zu machen, scheint keine Option zu sein. Die Situation der türkischen Gesellschaft, die durch Bedrohungsszenarien in eine Angststarre verfallen ist, weist somit auf eine bekannte Weisheit hin: »**Ex oriente lux**« – die Sonne geht im Osten auf!

Es steht m. E. fest: Die Freiheit des kurdischen Volkes ist der einzige Schlüssel für eine Zukunft der türkischen Gesellschaft, um frei von Ängsten und Tabus, in Frieden leben zu können. ♦

Die Vorbereitungen der BDP auf die Parlamentswahl in der Türkei

Wahlergebnisse als Richtungsanzeiger

Sebahat Tuncel, BDP-Parlamentsabgeordnete Istanbul

Da wir uns in der Türkei bereits mitten im Wahlkampf befinden, werden die politischen Parteien jede sich bietende Plattform für ihre Wahlpropaganda nutzen. Allerdings tritt die Türkei in diese Phase ein, ohne dabei die dringlichsten Probleme wie die kurdische Frage, Religionsfreiheit, Frauenfrage, ArbeiterInnenforderungen, Gleichheits- und Demokratiedefizite gelöst zu haben.

Wir wurden seit Januar 2011 ZeugInnen wichtiger Entwicklungen in der arabischen Welt und im Nahen/Mittleren Osten. Wir sind ZeugInnen eines Volksaufstands, der in Tunesien begann und sich über Ägypten, Jordanien bis zum Jemen ausgebreitet hat, gegen die antidemokratischen Status-quo-Regime mit der Forderung nach Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Diese Phase belegt, dass dort nichts mehr sein wird wie früher. Das gilt nicht nur für Tunesien und Ägypten und es muss aus der Sicht aller Staaten im Nahen/Mittleren Osten richtig analysiert werden; und bevor es zu weiteren Aufständen kommt, muss mit der Umsetzung der Forderungen nach Gleichheit, Freiheit und Demokratie begonnen werden. In diesem Zusammenhang hat auch die Türkei für sich Lehren zu ziehen.

Jedoch bin ich der Auffassung, dass die AKP-Regierung die Entwicklungen im Nahen/Mittleren Osten nicht richtig interpretiert. Sie brüstet sich damit, dass die Türkei im Gegensatz zu den USA und der EU vorteilhafter aus der Finanzkrise herausgekommen ist und bei der Wirtschaftswachstumsrate weltweit auf Platz 16 steht. Dabei ignoriert sie völlig, dass dieses Wachstum dem Nutzen einer kleinen reichen Gruppe gedient hat und wir parallel dazu eine steigende Arbeitslosigkeit und eine weit größere Kluft zwischen Arm und Reich feststellen müssen. Die in letzter Zeit oft thematisierten Gesetzespakete wiederum sind nichts als eine Konzession an die Reichen, die zugleich eine Aufhebung der Rechte von Werktätigen bedeutet. Dabei sollen flexible und garantiefreie Einstellungsformen legalisiert und somit den Betroffenen die Möglichkeit zur Organisation genommen werden. Die AKP übt Druck auf GegnerInnen dieser neoliberalen Politik aus und will sie zwingen, ihre Aufklärungsbemühungen zu unterlassen, da diese auf die gesteigerte Ausbeutung der Arbeitskraft verweisen.

Das Freiheitsproblem der Kurdinnen und Kurden und ihre Lösungsperspektiven werden auch 2011 und damit bis zur türkischen Parlamentswahl im Juni eines der Hauptthemen stellen. Die in der Türkei seit 87 Jahren andauernde Verleugnungs-, Vernichtungs- und Assimilationspolitik, die einem politischen, kulturellen und ökonomischen Genozid gleichkommt, wird von der AKP mit neuen Methoden fortgeführt. Auf der einen Seite redet sie von Demokratisierung und Veränderung und auf der anderen Seite bekämpft sie die kurdische Freiheitsbewegung, die Motor für Veränderung und Demokratie ist. Sie begräbt die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung, indem sie vermehrt auf militärische und politische Operationen setzt. Hierbei kann vor allem auf das KCK-Verfahren in Amed (Diyarbakır) hingewiesen werden, wo unsere FreundInnen als Geiseln gehalten werden, um so die Forderungen unseres Volkes nach Identität, Sprache, Gleichheit und Freiheit zu unterdrücken. Die AKP und eine Fraktion innerhalb des Staates sind durch das Modell einer friedlichen Lösung – „Demokratische Autonomie" – und die Willensäußerung des kurdischen Volkes bei den Kommunalwahlen am 29.03.09 und dem Verfassungsreferendum am 12.09.2010 stark beunruhigt worden. Festzuhalten bleibt, dass die AKP mit ihrer nationalistisch-faschistischen Politik gegen die kurdische Bewegung und die demokratische Opposition auf die Stimmen der NationalistInnen hofft. Einige Äußerungen des Ministerpräsidenten wecken bei uns die Befürchtung, dass die Sicherheitslage und damit die Sicherheit der Wahl in Kurdistan zum Wahlthema gemacht werden könnten.

Es ist von erheblicher Bedeutung, dass die Wahl in der Türkei demokratisch und transparent verläuft, so dass der Wille vor allem des kurdischen Volkes zum Ausdruck kommt, da er für die bevorstehende Phase maßgeblich ist. Die Zehn-Prozent-Sperrklausel ist für sich genommen Beispiel genug, um hervorzuheben, dass das Parlament nicht in der Lage ist, den Willen der Bevölkerung zu vertreten. Wenn nicht eine demokratische Wahlatmosphäre geschaffen wird, fungiert dies wiederum als eine zweite Hürde.

Wir als die Partei für Frieden und Demokratie, BDP, sind um einen Wahlerfolg bemüht und werden zu den grundlegenden Problemen der Türkei wie der kurdischen Frage, Gleichberechtigung, Glaubensfreiheit, Problemen der Werktätigen, Ökologie, Gleichheit und Demokratie unsere Lösungsperspektiven vorstellen und uns für eine neue Verfassung einsetzen. Wir als BDP sorgen uns nicht um die Entsendung von ParlamentarierInnen, sondern möchten die Regierung und den Staat bei Problemen wie auch der kurdischen Frage zur friedlichen Lösung und Demokratisierung drängen. Vor allem wollen wir, dass der Dialog mit Herrn Abdullah Öcalan, den wir für eine friedliche Lösung als unersetzlich betrachten, in

Verhandlungen mündet. Hierbei müsste das Projekt der Demokratischen Autonomie zu einem Projekt der Türkei werden und in eine neue freiheitlich-gleichheitlich geprägte Verfassung aufgenommen werden. Daher ist die Wahl am 12. Juni äußerst kritisch, da ihr Ausgang den Charakter der neuen Verfassung prägen wird und sie somit auch eine Frage der Demokratisierung darstellt.

Wir werden als BDP gehandicapt in die Wahl gehen, da einerseits die Zehn-Prozent-Sperrklausel uns dazu zwingt, mit unabhängigen KandidatInnen anzutreten, und andererseits wir nicht von den Vorteilen profitieren können, als Partei aufzutreten. Daneben können wir keine Hilfen aus der Staatskasse erwarten, obwohl wir eine Fraktion im Parlament stellen, und können somit nicht unter gleichen Vorrausetzungen gegen andere politischen Parteien in die Wahl gehen. Während alle Parteien große Summen für die Wahl einplanen, müssen wir diese Phase mit den Zuwendungen und Mühen unseres verarmten Volkes bestehen.

Damit die Etappe bis zur Wahl reibungslos verlaufen kann, haben wir eine Kommission gegründet, die sich mit Themen wie der Vorbereitung von Wahlmaterial, Bestimmung der KandidatInnen usw. beschäftigt. Dazu wurde auch eine Frauenkommission gebildet, die koordiniert mit der Wahlkommission sich darum kümmern soll, dass Frauen als Kandidatinnen bestimmt werden und die Frauen eine aktivere Rolle bei der Wahl spielen. Die Wahlkommission soll einen erfolgreichen Verlauf der Wahlphase gewährleisten und bei Problemen Lösungen anbieten.

Um am 12. Juni erfolgreich sein zu können, erwarten wir von unseren im Ausland lebenden kurdischen und türkischen Landsleuten, die für Demokratie, Frieden und Freiheit sind, dass sie von heute an unsere Wahlkampagne unterstützen. Sollten wir als Unabhängige in die Wahl gehen, ist zu berücksichtigen, dass an den Grenzübergängen keine Stimmen für unabhängige KandidatInnen abgegeben werden können, so dass es für uns von größter Bedeutung ist, wenn die WählerInnen sich zur Wahlzeit in den Wahlkreisen aufhalten, in denen sie gemeldet sind. Bei dieser Gelegenheit möchte ich zum Ausdruck bringen, dass wir davon überzeugt sind, dass unsere im Ausland lebenden Landsleute unsere Wahlkampagne unterstützen werden, und uns dafür im Voraus bedanken.

Ein weiteres Thema, das wir ernst nehmen, ist die Sicherheit der Wahlurnen, da wir alle um die belastete Vergangenheit der Türkei in diesem Zusammenhang wissen. Wahlbeobachtungsdelegationen aus dem Ausland und eine gefahrlose Atmosphäre in Kurdistan sind für die Sicherheit der Wahlurnen von großer Bedeutung. Daher möchten wir über Sie bereits jetzt FreundInnen aus dem Ausland zur Wahlbeobachtung in die Türkei einladen, damit sie den Wahlverlauf nach demokratischen Kriterien bewerten können. Wir möchten uns vorab für das entgegengebrachte Verständnis und Interesse bedanken.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Ergebnisse der diesjährigen Parlamentswahl bei der Suche nach einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage und der Demokratisierung der Türkei eine Richtung angeben werden. Außerdem wird auch eine parlamentarische Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung gewählt werden.

Daher ist es wichtig, dass wir, die wir für Demokratie, Freiheit und Gleichheit kämpfen, gestärkt durch eine starke Beteiligung und Unterstützung ins Parlament einziehen. Wenn wir unsere Mühen und unseren Mut vereinen, ist uns der Erfolg gewiss. ♦

Aufruf zur Wahlbeobachtung Juni 2011

In diesem Jahr finden auch landesweite Wahlen in der Türkei/Kurdistan statt. Die Kurdinnen und Kurden nehmen mit ihren eigenen Vertreterinnen und Vertretern an den Wahlen teil, obwohl die Wahlhürde in der Türkei 10 Prozent beträgt. Damit sind die Ausgangsbedingungen ungleich schwerer und verfolgen das Ziel, für Kurdinnen und Kurden eine gerechte politische Vertretung im Parlament zu verhindern. Seit April 2009 wurden über 1 500 kurdische Politikerinnen und Politiker, darunter gewählte Bürgermeister und Parteivertreter, festgenommen. Mit dieser Operation wird die politische Betätigung kurdischer Parteien in Türkei/Kurdistan fast unmöglich gemacht.

Die Wahlphase ist immer begleitet von Repressionen. Im Vorfeld werden sowohl kurdische Politikerinnen und Politiker als auch kurdische Wählerinnen und Wähler bedroht, erpresst und eingeschüchtert. Auch Wahlbetrug findet statt: Urnen verschwinden, vor den Wahllokalen werden bewaffnete Soldaten postiert, die die Wähler zwingen, die kurdische Partei nicht zu wählen. Bis heute gab es in Kurdistan keine Wahl, die frei von Repression und Betrug gewesen wäre. Daher ist es von großer Bedeutung, wenn sich zu diesen Wahlen internationale Beobachterinnen und Beobachter vor Ort aufhalten würden.

Wir rufen Sie dazu auf, an Wahlbeoachtungsdelegationen teilzunehmen. Tragen Sie auf diese Weise mit dazu bei, dass das elementare Recht auf freie Wahlen verteidigt wird.

Für Kontakt und Informationen wenden Sie sich bitte an das Vorbereitungskomitee
Mail: k.delegationen@googlemail.com
Tel: 01625433256

YEK-KOM
Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V.
CENI | Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
YXK - Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.
KURD-AKAD - Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.

Kongress für eine demokratische Gesellschaft (DTK):

Vorlage eines Modellentwurfs für ein Demokratisches Autonomes Kurdistan

Beim DTK handelt es sich um eine Demokratieplattform mit über 800 Delegierten, die sich durch die Teilhabe hunderter ethnischer, politischer und religiöser Gruppen in der Türkei nach dem Vorbild des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) zusammensetzt. Der DTK hat unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen 2007 mit der Losung „Demokratische Türkei und autonomes Kurdistan" Diskussionen geführt und als Ergebnis der Diskussionen hat der DTK seit Dezember 2010 eine Vorlage eines Modellentwurfs für ein „Demokratisches Autonomes Kurdistan" der Öffentlichkeit erörtert.
Das Projekt der Demokratischen Autonomie, welches durch die Studien der kurdischen Führungspersönlichkeit Abdullah Öcalan auf die Agenda gekommen ist, gewinnt immer mehr an Bedeutung. Öcalan nannte das Konzept der Demokratischen Autonomie das Lösungsprojekt des kurdischen Volkes.
Das Lösungsmodell, die sogenannte Demokratische Autonomie, beruht auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und wurde bereits durch die im Parlament vertretene Partei für Frieden und Demokratie BDP der kurdischen Bevölkerung präsentiert und erfuhr großen Zuspruch. Kernelement des Modells soll eine neue Verfassung sein, die dem kurdischen Volk und anderen ethnischen Minderheiten die gleichen Lebensrechte, den gleichen politischen Status und die gleichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Möglichkeiten wie dem türkischen Volk einräumt. Die bestehenden Staatsgrenzen werden anerkannt und sollen somit unberührt bleiben, so dass im Rahmen des demokratischen Konföderalismus die Regionalverwaltung Beziehungen und Kooperationen unabhängig von der Zentralmacht zu den Kurden in Syrien, Irak und Iran aufbauen kann.

1- Kurze Vorgeschichte

Bekanntlich sind die Kurden, die zu den ältesten Völkern Mesopotamiens gehören, wo die neolithische landwirtschaftliche Revolution in der Morgendämmerung der Menschheitsgeschichte stattgefunden hat, als Resultat einer Politik der Ignoranz und der Vernichtung mit der Gefahr eines Genozids konfrontiert. Aus nationalstaatlicher Sicht wird Kurdistan als Ausdehnungsgebiet für die eigene ethnische Nation der Besatzungsmächte betrachtet; dementsprechend werden Methoden der Unterdrückung, des Missbrauchs und der Assimilation eingesetzt. Wenn es den kurdischen Widerstand gegen dieses unmenschliche Ziel nicht geben würde, stünde diese Kultur, die mit einer Stammzelle der Menschheit vergleichbar ist, vor der Auslöschung.

Als die ersten vom Staatsgedanken geprägten Zivilisationen und Imperien in Niedermesopotamien entstanden, richteten sie ihr Augenmerk auf Kurdistan. Aus diesem Grund gehören die Kurden historisch zu den Völkern, die traditionell einen Befreiungskampf führten. Der ständige Druck von Staaten und Imperien führte einerseits dazu, dass das kurdische Volk sich in Form von Stammeskonföderationen verteidigte; auf der anderen Seite entstand innerhalb der dadurch erstarkenden Strukturen eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung und des Zusammenlebens mit den Nachbarvölkern. Auch innerhalb staatlicher Strukturen gelang es den Kurden auf gewissem Niveau, ihre Autonomie zu wahren und ihre Existenz zu erhalten.

Nachdem die nationalstaatliche Mentalität der kapitalistischen Moderne und der Nationalismus als ihre Ideologie ihren Einzug in den Mittleren Osten gehalten hatten, entstanden für die Völker dort schwerwiegende politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Problemfelder. Wie auch weltweit wurden Völker, die mit dem pathologischen Nationalismus in Berührung kamen, zu Feinden anderer Völker gemacht. Nationalstaaten starteten einen systematischen Angriff bestehend aus Verleugnung, Vernichtung und Assimilation auf die Kulturen anderer Völker. So stehen die Kurden kurz davor, ihre vorkapitalistische Autonomie zu verlieren.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts verfolgten die herrschenden türkischen, arabischen und persischen Eliten, die für eine nationalstaatszentrierte Denkweise standen und sich aus der destruktiven Energie des Nationalismus formierten, mit Unterstützung der unter ihrem Einfluss stehenden Gesellschaften eine systematische Politik der kulturellen und physi-



Logo in Kurdisch des Kongresses für eine demokratische Gesellschaft DTK (türk.: Demokratik Toplum Kongresı)

schen Vernichtung gegen die Kurden. Aus diesem Grund waren die Kurden der Unterdrückung unter den türkischen, arabischen und persischen Nationalstaaten ausgesetzt. Im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts bestand die Gefahr des kompletten Verlusts ihrer kulturellen Existenz, insbesondere in Nordkurdistan als Resultat der ignoranten Politik der Türkei.

Die seit Beginn des 20. Jahrhunderts herrschende jungtürkische Politik der „Gesellschaft für Einheit und Fortschritt“, aus den übrig gebliebenen Territorien des Osmanischen Reiches einen Nationalstaat zu schaffen, führte zu großem Leid der anderen Völker und wurde in den kurdisch-türkischen Beziehungen zur ideologischen und politischen Grundlage des Beginns eines Vernichtungsprozesses. Mustafa Kemal hielt angesichts des Zusammenbruchs des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg und der Gefahr, in der sich die türkische nationale Existenz damit befand, ein Bündnis entsprechend historischen Traditionen insbesondere mit den Kurden für äußerst wichtig. Auf dieser Grundlage gewann die Türkei den Befreiungskampf; die Republik Türkei wurde basierend auf den kurdisch-türkischen Beziehungen gegründet, was ein weiteres Mal die große Bedeutung dieses Verhältnisses offenbarte. In jenen Jahren dachte Mustafa Kemal in Bezug auf Kurdistan an einen Autonomiestatus und im Februar 1922 traf das erste Parlament einen entsprechenden Beschluss. Obwohl auch die Kurden großen Schaden durch die Politik in der letzten Phase des Osmanischen Reiches erlitten hatten, zogen sie es anders als die Araber und andere Völker vor, sich nicht abzutrennen, sondern in einem bestimmten Ausmaß unter Wahrung ihrer Autonomie gemeinsam mit den Türken, die auch der gleichen Religion angehören, im selben Staat zu leben.

2- Notwendigkeiten der aktuellen Situation und generelle Grundsätze der demokratischen Autonomie

Allen negativen Fakten zum Trotz ist heute die internationale und regionale politische Lage für eine Lösung der kurdischen Frage günstig. Auch die in der Gesellschaft der Türkei entstandene positive Tendenz zu einer Lösung der kurdischen Frage birgt ausreichend Möglichkeiten. Der türkische Staat kann seine gewohnte Politik nicht fortsetzen; gleichzeitig verweigert sich das kurdische Volk einer Fortsetzung des Lebens unter dem alten Status.

Bei der demokratischen Autonomie handelt es sich um den konkreten Ausdruck unseres Vorschlags für ein Lösungsprojekt auf der Grundlage einer Umwandlung der Türkei in eine demokratische Republik. Wir wollen auf der einen Seite die demokratische Autonomie basierend auf einem Dialog mit dem Staat verwirklichen und wir wollen sie auf der anderen Seite basierend auf einer demokratischen Organisierung und dem entsprechenden Kampf unseres Volkes parallel dazu aufbauen.

Dieses Modell ist das richtige Lösungsmodell für nationale Fragen gegen eine Denkweise, die aufgrund ihres kontinuierlich Konflikte und Instabilität erzeugenden Charakters die verschiedenen Gemeinschaften voneinander trennt. Heutzutage verwandeln sich Nationalstaaten, die verschiedene Gemeinschaften umfassen, in relativ demokratische politische Systeme, in denen diese verschiedenen ethnischen und religiösen Gemeinschaften auf der Grundlage ihrer jeweiligen Autonomie zusammen leben. Die Existenz einer Mehrheitsgesellschaft auf der Basis einer Akzeptanz der Besonderheit und Autonomie der Unterschiedlichkeiten entspricht der demokratischen Tendenz unseres Zeitalters.

Eine demokratische Autonomie kann nicht nur die Beziehungen zwischen der Türkei und den Kurden maßgeblich verbessern und die kurdische Frage lösen, sondern auch eine radikal-demokratische politische Struktur für die Türkei schaffen, mit der dort weitere gesellschaftliche Probleme gelöst werden können. Da die demokratische Autonomie auf einer organisierten demokratischen Gesellschaft beruht, die auf freiheitlich-kommunale Werte setzt, wird damit die Lösung aller Probleme einschließlich ökonomischer Fragen angestrebt.

Inner- und außerhalb der Türkei befürworten viele Kreise eine Lösung der kurdischen Frage. Da jedoch die Oligarchie politischer Parteien in unserem Land nicht für die Türkei, sondern für ihre Eigeninteressen Politik macht, verweigert sie sich einer Lösung, vertieft die Ausweglosigkeit und fügt dem kurdischen Volk weiteres Leid zu.

In dieser Situation bleibt dem kurdischen Volk keine andere Alternative, als das eigene demokratische freiheitliche Leben in legitimer Form selbst zu gründen. Demokratische Autonomie ist Ausdruck dafür, dass das kurdische Volk nicht mehr ohne einen verbindlichen Status unter einer Regierung leben will, die in der aktuellen Situation seine Existenz bedroht. Weltweit gibt es kein weiteres über vierzig Millionen Menschen zählendes Volk, dessen Rechte jedoch komplett ignoriert werden. Demokratische Autonomie bedeutet die Ablehnung des politischen Status, den der türkische Staat den Kurden auf der Basis einer Politik von Verleugnung und Vernichtung zugedacht hat, und die Annahme eines neuen Status, der auf Freiheit und Demokratie setzt.

Demokratische Autonomie hat das Ziel, ein demokratisches autonomes Kurdistan aufzubauen, indem die Gesellschaft sich in acht verschiedenen Dimensionen (Politik, Recht, Selbstverteidigung, Soziales, Wirtschaft, Kultur, Ökologie, Diplomatie) organisiert und einen politischen Willen herausbildet.

Ohne eine demokratische Autonomie können die Kurden als Gesellschaft nicht einen demokratischen politischen Willen formulieren. Somit kann weder die Stärke der Gesellschaft

zum Vorschein treten, noch können ihre wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse befriedigt werden. Die kurdische Bevölkerung hat das von DTK (Kongress für eine demokratische Gesellschaft) und BDP (Partei für Frieden und Demokratie) vorgelegte Lösungsmodell mit großer Begeisterung angenommen.

Demokratische Autonomie strebt an, die Republik zu demokratisieren, indem die starre Nationalstaatsmentalität, die auch für die Gesamtgesellschaft der Türkei zu einer Last geworden ist, verändert wird, bis sie kein Hindernis mehr für die politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Völker darstellt. Somit ist die demokratische Autonomie verlängerter Ausdruck der demokratischen Republik Türkei in Kurdistan.

Die Gesellschaft Kurdistans ist bereits heute zur größten Demokratisierungskraft nicht nur der Türkei, sondern aller Länder in der Region geworden. Durch den Befreiungskampf Kurdistans und die in der Gesellschaft Kurdistans verwirklichte demokratische, soziale und kulturelle Revolution ist in der Türkei und im gesamten Mittleren Osten eine Kraft entstanden. Der Aufbau einer demokratischen Autonomie wird somit auch eine Demokratisierung der Region mit sich bringen.

Gleichzeitig wird der Staat Türkei mit dem Wunsch seiner Gesamtgesellschaft nach Demokratisierung und einer Lösung der kurdischen Frage sowie die durch die regionale und internationale Lage erforderte Notwendigkeit einer Demokratisierung konfrontiert. Bis heute hatten alle Verfassungen und Gesetze der Türkei sowie ihre Umsetzung in Kurdistan einen ignoranten Rechtscharakter, der für das kurdische Volk keine Legitimität vorsah. Aus diesem Grund haben die angewandte Politik und der gesamte politische, administrative und juristische Bereich in Kurdistan einen antidemokratischen Charakter, der aus kurdischer Sicht umgewandelt werden muss.

Die demokratische Autonomie sieht keine Veränderung der Staatsgrenzen vor, sondern gewährleistet die Geschwisterlichkeit und Einheit der Völker, die innerhalb dieser Grenzen leben. Somit wird die in der Türkei entstehende Gegnerschaft zwischen den Völkern gestoppt und mit einer neuen Vereinbarung zwischen dem kurdischen Volk und der Türkei ein neues Kapitel in den türkisch-kurdischen Beziehungen aufgeschlagen. Unser Modell ist ein Demokratisierungsmodell, das in allen anderen Regionen der Türkei Anwendung finden kann. Auch weltweit ändern andere Staaten ihren extremen zentralistischen Charakter und wenden sich dezentralisierten Systemen zu, weil Regionalverwaltungen Probleme leichter lösen können. In dieser Hinsicht entspricht die demokratische Autonomie auch der Tendenz von Staaten, Entscheidungsbefugnisse den Kommunen zu übertragen und sich dadurch zu demokratisieren.

Die historischen türkisch-kurdischen Beziehungen, besonders die Herangehensweise des Gründungsvaters der Republik, Mustafa Kemal, in der Gründungszeit der modernen Türkei, bilden das Fundament für ein neues türkisch-kurdisches Verhältnis. Angesichts der Tatsache, dass heutzutage auch die Beziehungen zwischen den Völkern basierend auf gegenseitiger Akzeptanz der Existenz verschiedener ethnischer Gemeinschaften und der Selbstverwaltung neu geknüpft werden, stellt unser Modell auch das konstruktivste Modell für eine Neubegründung der kurdisch-türkischen Beziehungen in zeitgenössischer Form dar.

Da es sich bei der demokratischen Autonomie nicht um die Institutionalisierung eines Staates handelt, verursacht sie auch keine Kriege um Macht und Staat. In dieser Hinsicht verfügt sie über einen Charakter und eine Kapazität, mit denen alle Gemeinschaften, Völker und politischen Gruppen im gegenseitigen Interesse stabile Beziehungen aufbauen können.

Demokratische Autonomie hat die Fähigkeit, eine demokratische konföderale Einheit der Vielfalt in der Gesellschaft in Form gegenseitiger Ergänzung und Stärkung zu gewährleisten. Somit wird Kurdistan auch mit den kurdischen politischen Systemen in anderen Landesteilen und den Völkern in der Region demokratische und freie Beziehungen entwickeln.

Die Administration der demokratischen Autonomie stellt in Nordkurdistan den Willen des Volkes dar und wird mit den demokratischen konföderalen Organisierungsformen, die in den anderen Landesteilen den Willen des Volkes repräsentieren, Beziehungen der gegenseitigen Stärkung und Ergänzung aufbauen, ohne die jeweiligen Staatsgrenzen zu berühren. Da sie frei von nationalstaatlichem und machtzentriertem Streben ist, wird in diesen Beziehungen auch keine chauvinistische Tendenz auftauchen. In dieser Hinsicht spielt auch beim Aufbau stabiler Beziehungen unter den Kurden die Mentalität und Struktur der demokratischen Autonomie eine wichtige und konstruktive Rolle. Der demokratische Konföderalismus zwischen den Teilen Kurdistans wird auf dieser Grundlage funktionaler werden.

Da es sich bei der demokratischen Autonomie nicht um ein Projekt zur Errichtung oder Zerstörung eines Staates handelt, wird sie auch den Staaten in der Region den Weg zu einer Lösung der kurdischen Frage weisen und hilfreich sein. Mit diesem Charakter wird gleichzeitig auf der Grundlage einer prinzipiellen Einigung mit den Nationalstaaten im Rahmen der Formel „Staat + Demokratie" ein Zusammenleben gewährleistet.

Bei diesem Modell handelt es sich um ein Modell zur Lösung eines nationalen Problems, das auf der Grundlage prinzipieller Einigung von allen nicht faschistischen politischen Kräften akzeptiert werden kann. Dieser Charakter der demokratischen Autonomie kann stabile Beziehungen mit den Ländern der Region und eine Akzeptanz der demokratischen Autonomie gewährleisten. Ohne Kämpfe um Staat und Macht können mit allen nicht faschistischen politischen Kräften politische, soziale und wirtschaftliche Beziehungen geknüpft werden.

Demokratische Autonomie stellt den Beginn einer neuen Ära in den Beziehungen der Kurden mit den Staaten dar, beginnend mit der Türkei über den Iran, Irak und Syrien bis zu anderen Ländern. Wird die kurdische Frage über ein Verständnis der demokratischen Autonomie gelöst, wird es eine Lösung für alle Probleme in der Region geben. Da die kurdische Frage Ursache für Spannungen und Konflikte in der Region ist, ist sie dort gleichzeitig ein Grund für die herrschende politische, ökonomische und soziale Instabilität. Eine Lösung dieses Problems wird zunehmend wichtiger für die

regionale Stabilität. Es wird sich zeigen, dass das Projekt der demokratischen Autonomie nicht nur für eine Lösung der kurdischen Frage, sondern für eine Lösung aller regionalen Probleme ein Lösungsmodell von universeller Qualität darstellt.

3- Die acht Dimensionen des Modells der demokratischen Autonomie

3.1- Politische Dimension

Der politische Willen des demokratischen autonomen Kurdistans gewinnt seine Stärke aus der demokratisch organisierten Gesellschaft; die Gesellschaft wiederum aus dem gemeinsamen Gebrauch der individuellen Rechte freier Bürger in Verbindung mit kollektiven Gruppenrechten. Diese Kraft wird zum Wohle der Gesellschaft mittels demokratischer Politik umgesetzt. Dafür wird auf eine demokratische Organisierung gegen die starr zentralistische, bürokratische Auffassung von Regierung und Verwaltung des Nationalstaates gebaut. In der demokratischen Politik partizipieren alle Teile der Gesellschaft aktiv am politischen Prozess. Die offene, durchsichtige Politik von Angesicht zu Angesicht macht die Stärke im Wandel und in der Demokratisierung der Gemeinschaften aus.

Die politische Verwaltung in der demokratischen Autonomie organisiert sich von der Basis her in Form von Dorfkommunen-, Kleinstadt-, Kreisstadt-, Stadtteil- und Stadträten auf demokratischer konföderaler Grundlage und findet ihre höchste Vertretung im Kongress der Gesellschaft. Der Gesellschaftskongress des demokratischen autonomen Kurdistans entsendet Vertreter in das Parlament der demokratischen Republik Türkei und wird so Teil der Politik des gemeinsamen Landes. Das demokratische autonome Kurdistan verfügt über eine eigene repräsentative Fahne und andere Symbole. Außerdem benutzen [Angehörige] andere[r] Identitäten im Bereich der demokratischen Autonomie auch ihre eigenen Symbole.

In diesem Sinne ist die demokratische Autonomie Ausdruck des Willens des kurdischen Volkes, innerhalb einer demokratischen Türkei zu leben, und des politischen Status des kurdischen Volkes.

Die demokratische Autonomie baut nicht auf einem Territorium, einer ethnischen oder religiösen Gemeinschaft auf, sondern auf einer Kultur des Zusammenlebens der Vielfalt und Demokratie. Sie ist Ausdruck ethnischer, religiöser, sozialer und kultureller Rechte als Kriterien für eine Demokratie. Dieses Modell gilt nicht nur für Kurdistan, sondern auch für die anderen Regionen der Türkei.

Entscheidungsbefugt sind in der demokratischen Autonomie in erster Linie die Dorf-, Stadtteil- und Stadträte und ihre Delegierten. Jede Gemeinschaft setzt ihre Rede-, Diskussions- und Entscheidungsbefugnis in den Volksräten um. Es gilt eine partizipative, pluralistische, direkte Volksdemokratie.

Die demokratische Autonomie ist nicht darauf beschränkt, die Befugnisse und die Macht des Staates einzugrenzen; sie spielt zwar diese Rolle, aber gleichzeitig sorgt sie mit ihrer Auffassung von „Staat + Demokratie" für ein lebendiges demokratisches Leben der Gesellschaft und führt dem Staat eine partizipative und direkte Demokratie zu. Organisierungspluralismus und -reichtum betrachtet sie als Vertiefung der Demokratie, als einen Zugewinn von Kraft und Willen des Individuums und der Gemeinschaften.

Die unterschiedlichen Kulturen, Ethnien, Geschlechter und Glaubensrichtungen müssen das Recht haben, sich gesondert und autonom zu organisieren. Eine eigene Vertretung von Völkern (Assyrer, Chaldäer, Araber, Armenier, Aserbaidschaner) sowie Glaubensgemeinschaften wie den Jesiden und Aleviten innerhalb der demokratischen Autonomie ist unabdingbar für eine ethische und politische Gesellschaft.

Ein Individualismus, der sich von der Gesellschaftlichkeit abspaltet und sich gegen die Gesellschaft richtet, wird genauso wenig akzeptiert wie die Tradition, dem Individuum den eigenen Willen abzusprechen. Wir betrachten die Beziehung zwischen freiem Individuum und freier Gesellschaft als sich gegenseitig bedingende gesellschaftliche Gesamtheit. Das Freiheitsniveau von Frauen sehen wir als grundlegendes Kriterium für eine demokratische Gesellschaft.

Im demokratischen autonomen Kurdistan ist eine gesonderte Organisierung der Gesellschaft auf Gebieten wie Politik, Soziales, Wirtschaft, Kultur, Kunst, Sport, Bildung, Recht, öffentlicher Verkehr, Handel, Finanzen, Gewerbe etc. ein gesellschaftliches Bedürfnis. Die politischen Parteien als unverzichtbares Mittel der Demokratie müssen neu strukturiert werden, ohne eine ideologische Hegemonie, eine politische Herrschaft anzustreben und im Widerspruch zur ethischen und politischen Gesellschaft zu stehen.

Demokratische Institutionen des demokratisch-autonomen Systems sind beginnend mit den Dörfern Kommunen an der Basis und Räte in den Städten. Unabwendbar für eine ethisch-politische Gesellschaft und das Funktionieren eines demokratischen Systems ist die Gründung von Räten an der Basis insbesondere von Frauen und Jugendlichen, aber auch aller anderen gesellschaftlichen Gruppen, und damit eine direkte Partizipation an der Politik. Die Dorfvorsteher und Dorfältesten dürfen nicht als Werkzeuge des Staates fungieren, sondern als demokratische Mittler. Zwischen den Städten organisieren sich die Verwaltungen in der gesamten Region.

3.2- Juristische Dimension

Das kurdische Volk, das international, in der Region und in der Republik Türkei vom Rechtssystem ausgeschlossen wird, dessen Existenz und Rechte verleugnet werden, ist heute durch seinen auf dem Boden universellen Rechts geführten Befreiungskampf in der Lage, einen Status der demokratischen Autonomie zu proklamieren. Verfassungs- und Gesetzesänderungen, die notwendig sind, um den unrechtmäßigen und unmenschlichen Umgang mit dem kurdischen Volk sowie die Verleugnungspolitik und den Vernichtungskrieg zu beenden und innerhalb der Grenzen der Republik Türkei auf friedlicher Grundlage eine freie demokratische Einheit zu gewährleisten, müssen einen Status der demokratischen Autonomie vorsehen. Wir betrachten die Türkei und Kurdistan als gemeinsame Heimat. Das Rechtssystem der demokratischen Autonomie muss von einer neuen Verfassung der Republik Türkei und dem EU-Recht anerkannt und sein Funktionieren über gegenseitige verbindliche Erklärungen gesichert werden.

Das kurdische Volk kann seine Grundrechte und -freiheiten innerhalb der Grenzen der Republik Türkei über den Status der demokratischen Autonomie gewährleisten. Dieser Status ist Ausdruck des Willens zu einer freien, gleichen und freiwilligen Gemeinsamkeit basierend auf dem Einverständnis des kurdischen Volkes und muss von der Republik Türkei verfassungsrechtlich und gesetzlich garantiert werden. Demokratische Autonomie ist ein Modell, das von den Kurden in ihrer Heimat Kurdistan ebenso angewandt wird, wie es in der Gesamttürkei Anwendung finden kann, um eine direkte Demokratie zu realisieren.

Innerhalb der bestehenden Grenzen und staatlichen Strukturen steht die demokratische Autonomie für die Freiheit der Kurden. Die in Kurdistan und anderen Regionen der Türkei lebenden Kurden regeln ihre Beziehung zum Staat der Republik Türkei auf der Grundlage des Status der demokratischen Autonomie.

Im demokratischen autonomen Kurdistan sowie in der gesamten Türkei gilt die Anwendung der Menschenrechte, die Ausdruck für die Freiheit aller Menschen von Geburt an ohne Unterscheidung in Klasse, Herkunft, Religion, Geschlecht, Ethnie und Rasse sind; der grundlegenden individuellen Rechte wie Meinungs-, Glaubens-, Organisierungs- und Versammlungsfreiheit; der wirtschaftlichen und sozialen Rechte sowie des Rechts der Völker, die eigene kulturelle Existenz frei zu leben und zu entwickeln und sich selbst zu regieren. Diese Rechte müssen von der Republik Türkei verfassungsrechtlich und vom Rechtssystem des demokratischen autonomen Kurdistans garantiert werden. Als internationale Vorbilder sehen wir die über einen Autonomiestatus geregelten aktuellen Lösungen nationaler Fragen in Irland, Schottland, dem Baskenland, Katalonien sowie die entsprechenden UN-Abkommen.

Als wesentliche Grundlagen gelten das von Abdullah Öcalan vorgelegte, auf Geschlechterbefreiung, Demokratie und Ökologie basierende Paradigma, die Tradition von Autonomie in der Menschheitsgeschichte, die über einen Autonomiestatus geregelten aktuellen Lösungen nationaler Fragen in Irland, Schottland, dem Baskenland, Katalonien u. a., die Verfassung der Türkei von 1921, das am 10. Februar 1922 vom damaligen Parlament der Türkei verabschiedete Autonomiegesetz in Bezug auf die Kurden, die Ansprachen Mustafa Kemals 1924 in Izmit sowie die entsprechenden UN-Abkommen.

Das Rechtssystem des demokratischen autonomen Kurdistans betrachtet es als nicht richtig und nicht möglich, eine Gesellschaft ausschließlich rechtlich zu verwalten, und setzt deshalb, ohne dem Dilemma „entweder Ethik oder Jura“ zu verfallen, auf den Schutz und die Regierung der Gemeinschaft im Einklang von Ethik und Recht. In der Überzeugung, dass eine Gesellschaft ohne Gewissen eine verlorene Gesellschaft ist, wird neben dem Recht die Ethik als Gewissen und Herz der Selbstverwaltung der Gesellschaft betrachtet. Ein gesellschaftliches System der Gerechtigkeit kann unter Berücksichtigung des Paradigmas von Geschlechterbefreiung, Demokratie und Ökologie aufgebaut werden.

3.3- Die Dimension der Selbstverteidigung

In der Natur gibt es kein Lebewesen, das sich nicht selbst verteidigt. Jedes Lebewesen verfügt neben dem Reflex, die eigene Existenz zu verteidigen, über eigene Selbstverteidigungsmaßnahmen. Es ist der Mensch, der seine Selbstverteidigung am bewusstesten entwickelt. In dieser Hinsicht ist die Menschheitsgeschichte gleichzeitig die Geschichte der Weiterentwicklung der Selbstverteidigung. So hat auch im Verlauf der Geschichte immer das Bedürfnis gesellschaftlicher Gruppen (Stämme, Nationen, religiöse Gemeinschaften, Dörfer, Städte etc.) nach Selbstverteidigung bestanden. Selbstverteidigung ist so lebenswichtig wie Luft und Wasser, um sowohl Angriffe von außen auf die eigene Existenz abzuwehren als auch von innen heraus entstehende Gefahren gegen die ethischen und politischen Werte der Gesellschaft abzuwenden.

Selbstverteidigung ist die Sicherheitspolitik der ethischen und politischen Gesellschaft. Die Dimension der Selbstverteidigung stellt nicht nur ein Phänomen der militärischen Verteidigung dar, sondern steht in enger Verbindung mit dem Schutz der Identität, der Gewährleistung der Politisierung und der Umsetzung der Demokratisierung. Selbstverteidigung basiert auf einer organisierten Gesellschaft. Eine organisierte Gesellschaft kann sich am besten verteidigen. In allen Gesellschaften ist die Selbstverteidigung unabdingbar für den Schutz der Existenz.

Das Volk Kurdistans hat im Verlauf der Geschichte kontinuierlich Kämpfe zum Schutz gegen Angriffe von außen geführt. Seit den ersten Invasionen bis heute haben sich die Kurden gegen jede Form von Besatzung und Angriffen zum Schutz der eigenen Existenz selbst verteidigt. Auch in der jüngeren Geschichte waren die Aufstände des 19. und 20. Jahrhunderts trotz schlechter Bedingungen und ihres unorganisierten Charakters Maßnahmen der Selbstverteidigung. Wenn der Status der demokratischen Autonomie anerkannt wird, kann die Selbstverteidigung nicht als militärisches Monopol, sondern entsprechend dem inneren und äußeren Sicherheitsbedürfnis der Gesellschaft unter der Kontrolle demokratischer Organe aufgebaut werden. Die Menschen in den Städten, Kleinstädten, Stadtteilen und Dörfern verhalten sich bewusst und sensibel gegen faschistische, reaktionäre und tödliche Angriffe. Selbstverteidigung ist somit Ausdruck eines gesellschaftlichen Widerstands gegen solche Angriffe. Selbstverteidigung ist ein Recht, das in internationalen Abkommen und von den UN definiert ist.

3.4- Kulturelle Dimension

Der Nationalstaat ging innerhalb seiner Grenzen mit einer genozidalen Politik gegen alle Sprachen und Kulturen vor. In ihrer härtesten Ausprägung hat diese Politik die kurdische Sprache und Kultur getroffen. Die kurdische Sprache war im Alltagsleben ebenso verboten wie der muttersprachliche Unterricht in allen staatlichen Bildungseinrichtungen. Es wurde die Erschaffung einer von ihrer Muttersprache und Kultur entfremdeten Gesellschaft angestrebt und deren mentale und geistige Assimilation. Es war so weit gekommen, dass in Kurdistan schließlich ein Prozess der Autoassimilation eingesetzt hatte.

Dabei betrachten UN-Abkommen und die demokratischen Normen der Europäischen Union das Verbot von Muttersprache und Kultur eines Volkes sowie die Verhinderung des freien Gebrauchs derselben als Verbrechen gegen die Menschlichkeit und definieren dieses Vorgehen als „kulturellen Genozid“. Aber dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit wird vor den Augen der Weltöffentlichkeit weiterhin begangen.

Da das kurdische Volk nicht über das Recht verfügt, in demokratischer Atmosphäre frei zu leben und sich weiterzuentwickeln, konnten die in der kurdischen Gesellschaft durch die nationalistische Verbots- und Assimilationspolitik entstandenen schweren Schäden noch nicht vollständig behoben werden. In gewisser Hinsicht ist beim Individuum und in der Gesellschaft fast der Hirntod eingetreten. Aus diesem Grund können sich weder Individuum noch Gesellschaft stabil entwickeln. Ohne muttersprachliche Bildung kann es nicht ausreichend kurdische Intellektuelle geben. Damit sich die kurdische Gesellschaft seelisch und geistig befreien und gesunde Individuen hervorbringen kann, muss in den Bereichen Sprache und Kultur tief greifend gearbeitet werden.

Die Kunst, die Gesellschaft und Individuum gegen jede Art von Verbreitung imperialistischer Kultur, Kolonisation und Abstumpfung verteidigt und sie mit ihrer Geschichte, ihrem Land, ihrer Kultur und Sprache vertraut macht, muss ihre eigentliche Rolle spielen. Es muss eine Kultur- und Kunstbewegung entstehen, die auf der Basis aufbaut und auch die kleinsten Siedlungen mit einschließt. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, damit Kultur und Kunst nicht als Ware und Objekt von Einkauf und Verkauf verkommen.

„Für ein Volk ist es die größte Katastrophe, wenn seine Geschichte von anderen geschrieben wird“ – diese Worte sind für die Kurden eine noch immer gültige Wahrheit. Die Geschichte Kurdistans wurde größtenteils von anderen im Dienste des Machtapparats geschrieben und so ist ein falsches Geschichtsbewusstsein entstanden, das für Identität, Existenz und Zukunft unseres Volkes eine große Gefahr bedeutet.

Der Gebrauch der kurdischen Sprache im öffentlichen Bereich darf nicht weiter behindert werden; von der Grundschule bis zur Universität muss Kurdisch zur Ausbildungssprache gemacht werden. Es müssen gesetzliche und verfassungsrechtliche Neuregelungen getroffen werden, um den Kurden in den Metropolen der Türkei und im Ausland die Möglichkeit zu muttersprachlichem Unterricht zu bieten und um eine kulturelle Auflösung zu verhindern.

Im demokratischen autonomen Kurdistan sind die offiziellen Sprachen Kurdisch und Türkisch. Darüber hinaus müssen der Gebrauch und die Förderung aller in der Region gesprochen Sprachen (assyrisch, arabisch, armenisch etc.) und Dialekte verfassungsrechtlich und gesetzlich garantiert werden. Die Dienstleistungssprache ist Kurdisch; alle Ortschaften müssen ihre Originalnamen zurückerhalten.

3.5- Soziale Dimension

Mit Assimilation sollte die kurdische Gesellschaft von ihren Werten, ihrer Geschichte und Kultur entfremdet werden. Mit Vertreibung, Arbeitslosigkeit und Armut wurde versucht, Kurdistan zu entvölkern, die gesellschaftliche und demographische Struktur zu verändern, und mit einem physischen und kulturellen Genozid sollte die gesamte kurdische Existenz vernichtet werden. Als eine Form spezieller Kriegsführung wurden insbesondere Frauen und Jugendliche mit Sport-, Kunst- und sozialen Aktivitäten vom gesellschaftlichen Kampf abzuhalten versucht. Durch die Verbreitung von Prostitution und Drogen wurde der moralische Verfall gefördert. Um das kurdische Volk in einem willenlosen, unorganisierten und kampflosen Zustand zu halten, wird für jede soziale Gruppe eine eigene Politik verfolgt.

Die kurdischen Frauen sind nicht nur dem Staatsterror ausgesetzt, sondern auch der auf Herrschaft basierenden Mentalität des gesellschaftlichen Sexismus. Die Familie in einer sexistischen Gesellschaft entspricht in ihrem Aufbau einem kleinen Staat des Mannes. Bei der Verurteilung der Frau zur Sklaverei spielen diese Familienstrukturen eine wirksame Rolle. In der bestehenden gesellschaftlichen Realität ist die Familie jedoch keine gesellschaftliche Institution, die es zu überwinden gilt, sondern die entsprechend unserer Sozialpolitik transformiert werden muss. Dafür ist es notwendig, das aus der Hierarchie resultierende Besitzdenken in Bezug auf Frauen und Kinder und die dieses Denken stützenden Gesetze zu ändern. Der Bewusstseins- und Organisierungsgrad von Frauen spielt eine Schlüsselrolle bei der Transformation von Familie und Gesellschaft in Bereiche eines freien, gleichberechtigten und demokratischen Zusammenlebens. Eine demokratische Gesellschaft bedarf einer von Sexismus befreiten Mentalität und des freien Willens von Frauen; dieses wird im demokratischen autonomen freien Kurdistan möglich sein.

Seit den ersten hierarchischen Strukturen wird bis heute eine Politik fortgesetzt, mit der die Jugend in Abhängigkeit gehalten wird. Dabei geht es um den Zusammenhang zwischen ideologischer Propaganda, dem Ersticken in starren Dogmen und der Abhängigkeit von sexuellen Trieben; es geht darum zu verhindern, dass sich die jugendliche Energie gegen das System richtet, und die bestehende Ordnung aufrechtzuerhalten. Eine Organisierung der Jugend dagegen gemäß den Prinzipien der Freiheit spielt beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft eine grundlegende Rolle. Eine Jugend, die nach Freiheit strebt, ist schwer aufzuhalten. Ebenso wie die Jugend als gesellschaftliche Gruppierung dem herrschenden System die meisten Probleme bereitet, spielt sie gleichzeitig eine Vorreiterrolle beim Neuaufbau und der Verteidigung der Gesellschaft.

In keiner Klassengesellschaft kann es freie Arbeiter von privaten oder kollektiven Eigentümern geben. Aus diesem Grund müssen sich Arbeiter, Bauern, Beamte, Händler und andere Berufsgruppen organisieren und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Trotz der Bemühungen, sie der Unterdrückung oder der Vernichtung zu unterwerfen, bilden die unterdrückten, ausgebeuteten Volksgruppen, Frauen, Jugendlichen, Dorfbewohner und Landarbeiter, Arbeitslosen, Migranten, die vielen religiösen Gemeinschaften und Konfessionen, kleinen Gruppen und Gemeinschaften, die von ihrer Arbeit leben, die Hauptpfeiler der historischen Gesellschaft und die Mehrheit der Gesellschaft. All diese gesellschaftlichen Gruppen sind Teil der sozi-

alen Dimension und sie haben die Besonderheit, das gesellschaftliche Leben auf freier und demokratischer Grundlage anzuführen. In der demokratischen Gesellschaft, die in moderner Form die ethische und politische Gesellschaft darstellt, finden alle Unterschiedlichkeiten ihren Platz. Jede gesellschaftliche Gruppe muss ihre eigene Kultur, Identität und Organisiertheit innerhalb dieser Vielfalt ausleben können.

Im demokratischen autonomen Kurdistan wird sich die Neugründung der Gesellschaft mit der freien Organisierung und Ausdrucksmöglichkeit jeder gesellschaftlichen Gruppierung, insbesondere der Frauen und der Jugend, außerdem Arbeits-, Bildungs-, Gesundheits- und Hilfsorganisationen in jedem Siedlungsgebiet verwirklichen. Die soziale Dimension des demokratischen autonomen Kurdistans hat, als Grundlage für die Realisierung der anderen Dimensionen, das Potential für Diskussionen, Beschlussfassungen, Neustrukturierung und Aktivierung.

Im demokratischen autonomen Kurdistan sind Frauen und Jugend die Führungskraft in der demokratischen konföderalen Organisierungsform. In allen Organisierungsbereichen und im gesellschaftlichen Leben spielen Frauen eine Vorreiterrolle. Einhergehend mit dem Kampf gegen den gesellschaftlichen Sexismus müssen Beziehungen zwischen Familie, Gesellschaft und Individuum entsprechend den Prinzipien eines gleichen, freien und demokratischen Lebens aufgebaut werden. Die Jugend wird mit ihrer Dynamik, ihrer Energie und ihrer Führungsfunktion bei der Veränderung der Gesellschaft eine grundlegende Rolle beim Neuaufbau der Gesellschaft und ihrer Verteidigung spielen. Für Kinder müssen Bedingungen geschaffen werden, unter denen ihre geistige und physische Erziehung erfolgen kann und sie sich frei entwickeln können. Im Rahmen der universellen Kinderrechte müssen die Ausbeutung von Kindern auf dem Arbeitsmarkt und ihr sexueller Missbrauch als Straftat gelten und bekämpft werden.

3.6- Wirtschaftliche Dimension

Kurdistan, die Region der historisch ersten Gesellschaftsformationen, der neolithischen Dorfrevolution, ist heute zu einem Landstrich geworden, dessen Bewohner aufgrund von Hunger und Armut in alle Welt zerstreut wurden. Kurdistan, in den heiligen Büchern als reiches Paradies bezeichnet, ist aufgrund militärischer Besatzung, politischer und wirtschaftlicher Kolonialisierung durch äußere Mächte in diesen Zustand geraten.

Die über die Kurden Herrschenden haben deren Wirtschaftsleben über bloße koloniale Ausbeutung hinaus auf genozidalem Niveau zerstört. Daraus resultieren Armut und Hunger in dieser Gesellschaft; die Menschen sind zu Bedürftigen geworden, die mit hingeworfenen Brocken abhängig gemacht werden. Es ist einfach, die Herrschaft über Menschen aufrechtzuerhalten, deren Willen auf diese Weise gebrochen worden ist. Menschen, die von anderen abhängig gemacht worden sind, nur um ihren Hunger zu stillen, können nicht für den Aufbau eines wirklich freien und demokratischen Lebens kämpfen.

Da der Aufbau einer Ökonomie die wichtigste Dimension der ethisch-politischen Gesellschaft ist, ist es beim Aufbau der demokratischen Autonomie der ökonomische Bereich, in dem zuerst Bewegung entsteht und auf der Grundlage der Schaffung einer Wirtschaft der Gemeinschaften Arbeitslosigkeit und Armut beseitigt werden.

Keine Gesellschaft und kein politisches und soziales System können ohne die Realisierung eines eigenen Wirtschaftsmodells existieren. Auch die demokratische Autonomie muss ihr eigenes Wirtschaftsmodell entwickeln und somit ein freies und demokratisches Lebenssystem der Kurden in bleibender Form institutionalisieren. Wenn die demokratische Autonomie der Körper der demokratischen Nation ist, muss zunächst ein Wirtschaftssystem geschaffen werden.

Die ökonomischen Probleme sind entstanden, als die Gesellschaft aufgehört hat, eine Gesellschaft zu sein. Beweis dafür ist, dass die schwersten Wirtschaftskrisen aus dem Kapitalismus resultieren, einem Krebsgeschwür für die Gesellschaft. Abdullah Öcalan sagt dazu: „Kapitalismus ist nicht gleich Wirtschaft, sondern steht in Gegnerschaft zur Ökonomie." Im heutigen kapitalistischen System ist der Sektor am wichtigsten geworden, in dem ohne jegliche Produktion Geld aus Geld gemacht wird.

Im Verlauf der Geschichte entstanden soziale und ökonomische Probleme mit der Herrschaft des Mannes über die Frau. Einhergehend mit der Entstehung von Klassen, der Urbanisierung und den ersten Staatsgründungen wurde die Gesellschaft mit schweren Problemen konfrontiert. Ökonomie erfordert Gesellschaftlichkeit und Demokratie. Eine Ökonomie, die die Bedürfnisse einer Gesellschaft befriedigt, ist nur mit einer demokratischen Gesellschaft möglich. In dieser Hinsicht ist eine demokratische Gesellschaft gleichzeitig eine ökonomische. Wirtschaft ist kein technisches Problem des Unterbaus, sondern eine Aktivität, die über die Meinung, Diskussion, Entscheidung und organisierte Aktion der Gesamtgesellschaft funktioniert. Die Loslösung des Menschen von der Ökonomie ist die Basis jeglicher Entfremdung. Das muss verhindert werden und der einzige Weg dahin führt über die Aneignung der Ökonomie durch alle Gemeinschaften.

Während eigentlich ein gesellschaftlicher Zustand höchstmöglicher wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung erreicht werden müsste, zeigt der große ökonomische Zusammenbruch und die Konfrontation mit einem ökonomischen Genozid, wie lebenswichtig es ist, dass die Gesellschaft Kurdistans auf der Grundlage einer demokratischen Autonomie ein freies und demokratisches Leben realisiert und somit zu einer ökonomischen Gesellschaft wird. Wenn auf der Basis einer antimonopolistischen Ökonomie der Gemeinschaften eine neue ökonomische Gesellschaft entsteht, wird damit gewährleistet werden, dass der Reichtum Kurdistans nicht nur dem kurdischen Volk, sondern allen Völkern der Region zugutekommt.

Es muss ein antimonopolistisches, gleichberechtigtes Wirtschaftssystem geschaffen werden, in dem jeder seine eigene Arbeit macht, der Beschäftigung von Frauen Vorrang gegeben wird, nicht auf den höchsten Profit, sondern auf den Gebrauchswert geachtet wird und das Prinzip der Solidarität gilt. Das Recht auf Nutzung und Verbrauch der wirtschaftlichen Ressourcen muss dem demokratischen autonomen Kurdistan zustehen.

3.7- Ökologische Dimension

Wie auch bei der Krise des gesellschaftlichen Systems müssen die Wurzeln der sich zunehmend verschärfenden ökologischen Krise am Beginn der Zivilisation gesucht werden. Die Ignoranz der hierarchischen und staatlichen Kräfte gegenüber der kommunalen Bindung, die eine Gesellschaft ausmacht, sowie die anstelle dieser Bindung als Perversion entstandene Mentalität haben dazu geführt, dass die Verbindung zwischen Natur und Leben vergessen und unwichtig wurde. Jeder zivilisatorische Aufschwung auf dieser Grundlage führte zu einer weiteren Entfremdung von der Natur, zur Umweltzerstörung und zunehmend zu einer Welt, in der das Leben unmöglich gemacht wird.

In der heutigen Zeit sind die gesellschaftliche und die ökologische Krise nicht voneinander zu trennen. Die Entwicklung zeigt ein Streben nach höchstem Profit, wobei eine Kalkulation, wie viel Städte, Menschen, Fabriken, Verkehrsmittel, synthetische Stoffe, verschmutzte Luft und Wasser unser Planet ertragen kann, nicht angestellt wird. Städte, die wachsen wie Krebsgeschwüre, verschmutzte Luft, Ozonloch, Aussterben von Tier- und Pflanzenarten, Abholzung der Wälder, Verschmutzung fließender Gewässer, Müllberge, Bevölkerungsexplosion etc. führen in der Natur zu irreparablen Katastrophen.

Ein nicht mit der Natur harmonierendes Gesellschaftssystem kann auch nicht Ethik und Demokratie verteidigen. Der Zusammenhang zwischen dem Chaos des kapitalistischen Gesellschaftssystems und der Umweltkatastrophe ist dialektisch. Die Bilanz des auf Extremprofiten und antiökologischem Industrialismus basierenden Profit- und Kapitalsystems weist nicht nur eine allgemeine gesellschaftliche Degeneration auf (fehlende Ethik und Politik, Arbeitslosigkeit, Inflation, Prostitution etc.), sondern ebenso auf die Gefahr hin, in der die Umwelt mit allen Lebewesen schwebt. Angesichts dieser Realität zeigt sich noch eindeutiger, wie sehr der Monopolismus sich gegen die Gesellschaft richtet. Eine ökologische Gesellschaft erfordert auch einen ethischen Wandel. Das Fehlen einer Ethik des Kapitalismus kann nur mit einer ökologischen Herangehensweise überwunden werden. Eine solche ist allerdings nur von Wert, wenn sie mit einer vollständigen ökologischen Ausstattung Bedeutung erlangt. Es liegt in der Natur der Sache, dass ausschließliche Umweltbewegungen nicht viel zu einer Lösung beitragen können.

Die praktischen Fragen eines ökologischen Lebens sind weltweit und auch in unserem Land brandaktuell. Die aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Motiven in Kurdistan stattfindende ökologische Zerstörung hat dem Land und den gesellschaftlichen Strukturen ernsthafte Schäden zugefügt. Dörfer und Wälder wurden niedergebrannt, Siedlungen zerstört, historische Kulturgüter und fruchtbare Böden aufgrund von Bebauungsplänen und durch Staudammprojekte überflutet. Anderen fruchtbaren Landstrichen wiederum wurde die Wasserzufuhr abgeschnitten und sie sind zu Wüsten geworden. Tausende Hektar landwirtschaftlicher Flächen wurden vermint und damit unzugänglich gemacht. Hochalmen wurden zu militärischem Sperrgebiet erklärt und damit die Viehzucht zum Erliegen gebracht. In Kurdistan gibt es auch Giftmülldeponien. All diese Maßnahmen haben zu einer Veränderung des Klimas und der Flora und Fauna in Kurdistan geführt. Diesen Angriffen kann nur mit einer ökologischen Revolution begegnet werden. Die ökologische Zerstörung bleibt auch nicht auf eine bestimmte Gegend beschränkt, sondern wirkt sich auf die gesamte Welt aus.

Ökologisches Bewusstsein ist von der Liebe zur Heimat und zur gesamten Welt geprägt. Für eine gesunde Umwelt und ein gesundes soziales Leben muss in der Gesellschaft ein Bewusstsein entstehen und müssen Eilmaßnahmen getroffen werden; dafür ist ein aktiver Kampf erforderlich – gegen die das ökologische Gleichgewicht zerstörende Urbanisierung und den Bau von Staudämmen, mit denen Flora und Fauna verändert und historische Stätten unter Wasser gesetzt werden und somit auch das kollektive Gedächtnis der kurdischen Gesellschaft verschwindet.

3.8- Diplomatische Dimension

Diplomatie bezeichnet im Allgemeinen Aktivitäten von Völkern, Gemeinschaften, Gruppen und Staaten entsprechend ihrer Interessen. Die Diplomatie gemäß der Mentalität der Moderne und des Nationalstaates baut vollständig auf Stärke auf. Die Diplomatie des Nationalstaates bildet mit anderen Staaten, die über Außenmonopole verfügen, eine Koordination, um die Angelegenheiten des weltweiten Systems der Nationalstaaten zu verfolgen. Ohne die externe Anerkennung von Nationalstaaten kann kein Nationalstaat bestehen. Das liegt in der Logik dieses weltweiten Systems. Ohne das Einverständnis der Völker kann kein Nationalstaat dauerhaft existieren.

Das Paradigma der demokratischen Moderne hingegen versteht die diplomatische Dimension des demokratischen autonomen freien Kurdistans als gegenseitige Solidarität und basierend auf gemeinsamen Interessen der Völker, Gruppen und Gemeinschaften.

Bei der Betrachtung der historischen und gesellschaftlichen Besonderheiten der Kurdistan-Frage einhergehend mit der territorialen Vierteilung wird deutlich, welche wichtigen Resultate eine noch zu entwickelnde Diplomatie für die Nachbarländer und -gemeinschaften sowie für die anderen kurdischen Landesteile bringen wird.

Die Diplomatie des demokratischen autonomen Kurdistans muss Frieden, Geschwisterlichkeit, ökonomischen Aufschwung und steigenden Lebensstandard fördern. Sie muss in gegenseitiger Solidarität und im Vertrauen mit Völkern ohne auf den Staat zu setzen handeln, mit Völkern, Gruppen und Gemeinschaften, die für Demokratie und Freiheit kämpfen. Sie muss die Interessen des kurdischen Volkes verfolgen und die Rechte der in der Diaspora und den Metropolen lebenden Kurden. ♦

Auf der Internetseite des Kurdistan-Reports finden Sie den Modellentwurf des Kongresses für eine demokratische Gesellschaft (DTK) für ein Demokratisches Autonomes Kurdistan, mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler und ehemaliger Bundestagsabgeordneter, als PDF-Datei: www.kurdistanreport.de

Konferenzen zu Kultur, Ökologie und Gesundheit in Amed

Aufbau eines alternativen Lebens

Dersim Dağdeviren, Vorstandsmitglied des Netzwerkes kurdischer AkademikerInnen e.V. und Delegierte der Gesundheitskonferenz

Demokratische Autonomie ist die Perspektive und Alternative der kurdischen Seite für ein selbstbestimmtes Leben in Frieden und Freiheit. Vor zwei Jahren erstmalig auf die Agenda gesetzt und zunächst weitgehend ignoriert, führte erst der Beginn der praktischen Umsetzung zur Diskussion dieses Modells.

Während die türkische Politik mit den üblichen nationalistischen Parolen kontert, schreitet die Schaffung von Grundvoraussetzungen für die Demokratische Autonomie rasch voran. In Anlehnung an das Modell des Demokratischen Konföderalismus, welches die kurdische Führungsperson Abdullah Öcalan als Lösungsprojekt für den gesamten Mittleren Osten zur Schaffung von Stabilität und Freiheit aller Völker vorsieht, hat der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) in der Türkei dafür die Vorreiterrolle übernommen.

Einer der zentralen Kernpunkte der demokratischen Autonomie ist die Organisierung von der Basis aus und die Gestaltung aller Lebensbereiche durch die Basis selbst, was in Form von Volksräten seinen Ausdruck findet und die Selbstverwaltung stärkt. Ein weiterer wichtiger Pfeiler ist die Entwicklung alternativer Modelle in allen zivilen Bereichen als Lösungskonzepte für gesellschaftspolitische Probleme in Kurdistan. Hierbei ist neben der Basisarbeit natürlich auch die Bündelung von Professionen und Fachkompetenzen notwendig.

In diesem Rahmen hat der Kongress für eine Demokratische Gesellschaft Arbeitsgruppen gebildet, die die Durchführung themenspezifischer Konferenzen vorbereitet haben.

Inhaltlich und organisatorisch sehr professionell aufgebaut, sind die Konferenzen ein Podium zur Mitgestaltung demokratischer Autonomie. Sie geben dem Modell neue Impulse und konkrete Handlungsanweisungen bzw. Handlungskriterien.

Die verschiedenen Themenschwerpunkte der Konferenzen spiegeln den Umfang des Konzeptes der Demokratischen Autonomie wider und zeigen, dass jede/r mitgestalten kann.

Vorrangig in kurdischer Sprache abgehalten, entsprechen die Konferenzen auch dem Zeitgeist und Ziel, die kurdische Sprache in allen Lebensbereichen, von Politik bis Privatleben sowie von Gesundheit bis Kunst und Kultur, zu etablieren. Die Simultanübersetzung in die türkische Sprache unterstreicht die Forderung nach Zweisprachigkeit und Respekt gegenüber allen Sprachen in der Türkei.

Diese Konferenzen haben KurdInnen aus allen vier Teilen Kurdistans, der Türkei und Europa zusammengeführt. Sie sind somit erste Schritte zur Überwindung innerer Grenzen und zur Herausbildung einer nationalen Einheit. Damit sind sie als Aufruf zu einer/einem nationalen kurdischen Konferenz/Kongress, die/der auch in den Abschlusserklärungen sämtlicher Konferenzen gefordert wird, zu verstehen.

Die Konferenzen stellen ebenso ein Miteinander von Generationen dar; Alt und Jung, Erfahrung und neue Impulse treffen hier aufeinander, um gemeinsam die Zukunft zu gestalten.

Diese Zukunft heißt
demokratische Autonomie
Selbstbestimmung
Frieden und
Freiheit. ♦



TeilnehmerInnen der Konferenzen des DTK Foto: DIHA

Gesundheitskonferenz des DTK am 04./05. Dezember 2010 in Amed

Alternatives Gesundheitswesen in der Demokratischen Autonomie

Dersim Dağdeviren, Vorstandsmitglied des Netzwerkes kurdischer AkademikerInnen e.V. und Delegierte der Gesundheitskonferenz

Die Gesundheit des Menschen ist laut Weltgesundheitsorganisation „ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheiten oder Gebrechen".

Doch ist diese Definition ausreichend und umfassend? Wie sieht ausgehend hiervon die Realität aus? Welche Perspektiven ergeben sich daraus?

Diese und weitere Fragen waren Ausgangspunkt der Diskussionen auf der Gesundheitskonferenz des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) im Jugend- und Kulturzentrum „Cigerxwîn" in Amed (Diyarbakır), die 300 Delegierte und Gäste, allesamt Beschäftigte im Gesundheitswesen, aus allen Teilen Kurdistans, aus der Türkei und Europa zusammenführte, unter ihnen auch den Vorsitzenden der südkurdischen Ärztekammer, der die Grußbotschaft des südkurdischen Gesundheitsministers überbrachte. Die Konferenz, hauptsächlich in kurdischer Sprache mit türkischer Simultanübersetzung abgehalten, war sowohl inhaltlich als auch organisatorisch sehr professionell.

Zunächst einmal wurden die grundlegenden Faktoren für ein gesundes Leben, körperliche, seelisch-geistige und materielle, näher betrachtet. In Kurdistan, insbesondere im Norden, zeigen sich in allen Bereichen deutliche Defizite; zwischen der Türkei und Nord-Kurdistan besteht ein deutliches West-Ost-Gefälle. Die hohe Zahl an Infektionskrankheiten, niedrigere Impfraten, deutlich höhere Säuglingssterblichkeit und häufigere Frühgeburten, eine hohe Rate an Hausgeburten, wenig Vorsorge und fehlende Prävention in Kurdistan sind nur einige Beispiele. Hauptursache hierfür ist der Krieg mit all seinen Konsequenzen im politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bereich. Besonders auffällig sind die Unterschiede in den gesundheitlichen Belastungen, den Bewältigungsressourcen und der gesundheitlichen Versorgung. Signifikant ist auch der Einfluss der Sprache auf die Thematik.

Diese Probleme, insbesondere die Interaktion von Sprache und Gesundheit, Kriegstrauma/Armut und Gesundheit sowie die Situation von Frauen und Kindern wurden auf der Konferenz detailliert erörtert. Bereits vorab erarbeitete Themen wurden am Vortag der Konferenz in Workshops diskutiert und die Ergebnisse auf der Konferenz vorgetragen.

Zentraler Punkt der Konferenz war neben der Bestandserhebung jedoch die Erarbeitung von Alternativen zum Status quo im Gesundheitswesen. In diesem Zusammenhang stellten fachkundige Dozenten zunächst unterschiedliche Perspektiven zum Gesundheitssystem – von marxistisch bis klassisch kapitalistisch – sowie in anderen Ländern, u. a. Kuba, Deutschland und Spanien, praktizierte Gesundheitsmodelle vor. Während Kuba eher im Hinblick auf eine volksnahe, kostenlose Gesundheitsversorgung interessierte, war es im Falle Spaniens der Aspekt der Mehrsprachigkeit, der hervorgehoben wurde. Das anschließend vorgestellte Modell eines alternativen Gesundheitswesens in der Demokratischen Autonomie ist unter Berücksichtigung dieser Aspekte zusammengestellt und mit neuen Elementen ergänzt worden. Wie das gesamte Projekt der demokratischen Autonomie selbst, wird auch die Gesundheit dem Individuum bzw. der Basis übertragen und von diesem/dieser bestimmt. Zentrale Charakteristika sind die globale Erreichbarkeit und Standardisierung, die Kostenfreiheit sowie die Verbesserung der Bewältigungsressourcen.

Die Konferenz endete mit der Deklaration der Abschlusserklärung. Beschlossen und umgehend umgesetzt wurde die Gründung eines 40-köpfigen Gesundheitsrates, in dem auch 18 Personen aus Südkurdistan und 6 aus Europa vertreten sind. Die Einberufung einer nationalen Gesundheitskonferenz, der Aufruf zu einer nationalen kurdischen Konferenz, die Gründung des Verbandes der Beschäftigten im Gesundheitswesen aus Kurdistan, die Schaffung einer einheitlichen medizinischen Terminologie in Kurdisch und die Forderung nach der Verbesserung der Haft- und Gesundheitsbedingungen von Abdullah Öcalan waren weitere wichtige Bestandteile der Abschlusserklärung.

Fazit: Die Konferenz war die erste ihrer Art und ein voller Erfolg. Sie hat Beschäftigte im Gesundheitswesen aus allen Teilen Kurdistans zusammengeführt. Ein Netzwerk ist entstanden, welches einen Grundstein für die nationale Einheit bildet. Die Hürden, die es dabei zu überwinden gilt, werden mit jeder solchen Veranstaltung kleiner. ♦

Kulturkonferenz des DTK

Die Aneignung der Kultur ist harte Arbeit

Mikail Aslan, Musiker

Am 11. und 12. Dezember fand in Amed (Diyarbakır) die kurdische Kunst-, Kultur- und Literaturkonferenz des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) statt. Ein Freund aus dem Organisationskomitee hatte mich vorher angerufen und mich um einen Vortrag in Zazakî gebeten.

Mit der Begründung, der Sprache auf akademischem Niveau nicht mächtig zu sein, lehnte ich ab. Zu meiner Verärgerung entgegnete er: „Wen wir auch anrufen von den Zazas, alle führen sie diesen Grund an." Daraufhin bat ich ihn um einige Tage Bedenkzeit.

Ich schloss mich trotz vieler Termine einige Tage zu Hause ein. Entsprechende akademische und wissenschaftliche Vorlagen gibt es kaum in unserer Sprache; wie lange kann ich mich als jemand, der in dieser Sprache Lieder schreibt und singt, vor dieser Verantwortung drücken!

Ich musste also diesen Vortrag unabhängig davon in meiner Muttersprache halten. Nach dem Motto „Ja, ich werde dabei vielleicht stottern, doch ist dies notwendig, damit meine Nachfolger fließend sprechen können" fing ich an, meine Gedanken zu dieser Thematik in Zazakî niederzuschreiben.

Zwei Tage lang arbeitete ich intensiv, schrieb hunderte Sätze, löschte sie wieder und sagte schließlich in Amed (Diyarbakır) zu. Dabei dankte ich dem Freund, der mich mit seiner Kritik zu dieser Arbeit bewegt hatte. Es ist doch immer so; wir sagen wiederholt, dass es schwierig ist, entziehen uns damit diesen Aufgaben und verlieren so unsere Fähigkeiten, welche wir eigentlich mit ein wenig Anstrengung erlangen können.

Die Eröffnungsrede der Konferenz hielt der Vorsitzende des DTK, Ahmet Türk. Betrachtet man die Teilnehmer – Künstler, Dichter, Autoren, Regisseure, Schauspieler aus allen vier Teilen Kurdistans – von außen, so sind es „Kurden"; näher betrachtet jedoch waren es [*nach Sprachen/Dialekten klassifiziert*] Hewramanis, Goranis, Soranis, Qurmancis und Zazas. Von außen gesehen sind es, wie Firdevsi [*türkischer Gelehrter im Osmanischen Reich des 15. Jhdt.*] beschreibt, diejenigen „Bergleute, welche in ihrem Herzen keine Gottesfurcht tragen", und Relikte derjenigen jungen Menschen, deren Köpfe der Tyrann Dehaq verschlungen hatte. Genauer besehen waren es aber Yesiden, Aleviten, Schiiten, Moslems, Ehli-Haq und Juden … Diese Menschen, in deren Herzen das Feuer der Freiheit brennt, waren aus aller Welt zu der Konferenz gereist. Während jeder über seine Grenzen hinaus nach anderen schaute, verhielt man sich besonnen und suchte nach Gemeinsamkeiten. Diese gemeinsame Stimme der Herzen sprach gegen Grausamkeit und Unterdrückung „es reicht".

Die Vorträge wurden in Kurmancî, Soranî und Zazakî gehalten und simultan übersetzt. Betont wurde die Vielfalt innerhalb der kurdischen Bevölkerung – die vielen Sprachen und Dialekte, Glaubensrichtungen und ethnischen Gruppen. Diese Vielfalt müsse als Bereicherung angesehen werden. Nehme man den türkischen Nationalstaat als Vorbild, sei diese Vielfalt in Gefahr. Es müsse auf die Schaffung von Repräsentationsräumen für alle auf höchster Ebene hingearbeitet werden. Hervorgehoben wurde, dass eine Nation nicht auf eine Sprache, eine Religion und eine Nationalität reduziert werden könne, da dies zum Faschismus führe. Es wurde zum Ausdruck gebracht, dass Behauptungen von offiziellen und inoffiziellen Sprachen oder Religionen nicht mit der kurdischen Realität übereinstimmten.

Die Künstler, Schriftsteller und Schauspieler aus allen vier Teilen Kurdistans hatten wirklich Verständigungsprobleme untereinander. Jedoch wurde dadurch eine Atmosphäre geschaffen, in der die verschiedenen Gruppen neue Gemeinsamkeiten entdeckten und sich näherkamen. Ich selbst habe beim Hören der Vorträge in Kurmancî und Soranî festgestellt, dass es viele gemeinsame Ausdrücke und Wörter gibt. Nach zwei Tagen hatte ich so viel gehört, dass ich, wie viele andere auch, die Kopfhörer beiseitelegte. Je mehr sich das aus alter Zeit Stammende der Quelle näherte, desto zahlreicher wurden die Gemeinsamkeiten.

In meinem Vortrag auf der Konferenz widmete ich mich der aktuellen Situation des Zazakî. Ich betonte, dass Kurmancî und Soranî sich als Sprache in Medien, Literatur und Schrift etabliert hätten, Zazakî jedoch zunehmend aussterbe. Und ich wies auf den daraus resultierenden besonderen Handlungsbedarf hin.

Die Teilnahme und die Vorträge des weltbekannten Kurdologen Prof. Celîlê Celîl, des weltbekannten, in Soranî schreibenden Dichters Şêrko Bêkes sowie des Komponisten und Geigers Dilshad Saîd waren eine besondere Bereicherung für die Konferenz. Die Zeit, um alle Themen detailliert zu erörtern, war zwar nicht gegeben. Die Konferenz hat aber Hoffnungen geweckt. Die nächste wird in Hewler stattfinden. ♦

Erstes Ökologieforum in Amed

Die Natur – die Grundlage allen Lebens – gegen profitsüchtige Konzerne und Staaten verteidigen

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Am 29. und 30. Januar 2011 fand in Amed (Diyarbakır) das erste Ökologieforum statt. Organisiert wurde es vom Mesopotamischen Sozialforum (MSF), das sein erstes allgemeines Forum im September 2009 in Amed (Diyarbakır) unter großem Zuspruch abhielt und seitdem kontinuierlich weiterarbeitet.

Am Ökologieforum nahmen insgesamt zwischen 500 und 800 AktivistInnen und Interessierte aus allen Teilen der Gesellschaft teil. Sie kamen nicht nur aus Kurdistan, sondern auch aus der Türkei, Palästina, Irak, Mexiko und Ecuador, womit auch internationale Perspektiven in die Diskussionen einflossen. Zwei Tage lang wurde zumeist in Dutzenden Workshops diskutiert und Erfahrungen wurden ausgetauscht.

Die große Teilnahme an einem Forum, das sich mit ökologischen Fragen auseinandersetzt, in einem teils noch von feudalen Strukturen und großer Armut geprägten Land zeigt, dass das von der kurdischen Freiheitsbewegung aufgestellte Paradigma der „demokratisch-ökologischen Gesellschaft" schon in der Gesellschaft Fuß gefasst hat. Als 2004 dieser Begriff aufgeworfen wurde, fehlte zunächst die inhaltliche Ausfüllung auf den verschiedenen Ebenen des Freiheitskampfes. Mit der Zeit konnte die nach Freiheit strebende kurdische Bevölkerung in den Kommunen, in ihren zivilen Organisationen und auf dem Land erste Projekte in Angriff nehmen und somit diesem Paradigma erste Konturen verschaffen.

Auf Kurdisch, Türkisch, Englisch und Spanisch wurden die TeilnehmerInnen des vielleicht ersten Ökologieforums im Mittleren Osten überhaupt begrüßt. Der MSF-Koordinator Tuncay Ok ging in der Eröffnungsrede gleich auf den durch den Kapitalismus geförderten Nationalismus ein, welcher seit Jahrhunderten die menschlichen Gesellschaften gegeneinander aufhetzt und sich bekriegen lässt. Dies ermöglicht ihre anhaltende Repression und Ausbeutung. So werden im Mittleren Osten vor allem die natürlichen Ressourcen Wasser, Öl, Gas und andere Mineralien durch die regionalen Staaten in Zusammenarbeit mit dem internationalen Kapital ausgebeutet.

Zum Ökologieforum kamen auch die AktivistInnen der bestehenden sozial-ökologischen Bewegungen, wobei die staudammkritischen Bewegungen an den zwei Tagen im Vordergrund standen. Sie wirkten schon im Vorbereitungskomitee mit, wie zum Beispiel die AktivistInnen von der Initiative zur Rettung von Hasankeyf, der Munzur-Natur-Initiative, dem Cilo-Naturverein Colemêrg (Hakkari). Aber auch drei AktivistInnen der „Hände weg von meiner Ebene Pazarcik-Narli" aus Mereş (Maraş) waren anwesend, die zum ersten Mal in einem größeren Rahmen mit anderen kurdischen Öko-AktivistInnen zusammenkamen. Das Ökologieforum hatte somit den wichtigen Aspekt, dass es die Öko-AktivistInnen zusammenbrachte. Dieses Bild wurde durch mehrere türkische und internationale AktivistInnengruppen bereichert.

Im Forum wurde auch diskutiert, dass neben den bestehenden und geplanten Staudämmen und Wasserkraftwerken außerdem der Bergbau (z. B. Abbau von Gold durch den Einsatz von Zyankali), die industrielle Landwirtschaft (sowohl die groß angelegte Bewässerung als auch genetisch veränderte Samen) und das systematische Abbrennen von Wäldern durch die türkische Armee große Gefahren für die Landschaft Kurdistans und des Mittleren Ostens darstellen. Dieser Punkt ist insofern wichtig, als langsam das Bewusstsein entsteht, dass die Natur – die Grundlage allen Lebens – gegen profitsüchtige Konzerne und Staaten verteidigt werden muss.

In zwei Dutzend Workshops an zwei Tagen wurden viele Aspekte der ökologischen Zerstörung und Ausbeutung durch Staaten, Unternehmen und Kriege, der Entfremdung des Menschen von der Natur, der Auswirkungen der Ausbeutung von Menschen auf die Ausbeutung der Natur und Perspektiven für eine Neugestaltung der Gesellschaft diskutiert. Unter Perspektiven wurden auch Beispielprojekte in Vorträgen dargestellt und auf die anzuvisierende Harmonie mit der Natur hingewiesen.

Das Ökologieforum fand am Nachmittag des 30. Januar 2011 seinen Abschluss in der „Versammlung der Ökologiebe-

wegungen“, wo die Abschlusserklärung nach Diskussion angenommen wurde. In dieser Abschlusserklärung wird zunächst die Ablehnung des machtzentrierten Neoliberalismus, aber die ganzheitliche Betrachtung der komplexen Beziehungen zwischen allen Komponenten des menschlichen, pflanzlichen und tierischen Lebens hervorgehoben. Darauf aufbauend wird das Recht auf Zugang zu natürlichen Ressourcen für alle Lebewesen als Lebensrecht betrachtet. Aus Sicht der menschlichen Gesellschaften sollten somit die Menschenrechte um die Rechte des Zugangs zur Natur erweitert werden.

In der Abschlusserklärung wird konkret gefordert:

– Verbot von chemischen Waffen und Minen. In diesem Sinne sollten alle Minen in den kurdischen Provinzen der Türkei geräumt werden.
– Die Ablehnung von sogenannten transgenen Pflanzen und Lebensmitteln muss zuhause bei jedem/jeder anfangen, indem sie nicht eingekauft werden.
– Aufgrund des gestiegenen Lebensmittelpreises und der Qualitätsverschlechterung von Lebensmitteln sollten Formen und Techniken entwickelt werden, damit Gemeinschaften auf dem Land und in der Stadt sich möglichst selbst versorgen können.
– Die heutige Technologie steht ganz im Dienste des Kapitalismus. Doch sollte sie so entwickelt werden, dass sie zur Harmonie zwischen Mensch und Natur beträgt.
– Die erneuerbaren Energien sollten im Bewusstsein der Gesellschaft gestärkt und sozial-ökologisch verträgliche Städte entwickelt werden, wozu auf die Topographie und das Klima geachtet werden sollte.
– Die in den Regionen Marmara, Ägäis und Schwarzes Meer gebauten Wasserkraftwerke tragen mit der Vertreibung von Menschen zur Vernichtung der kulturellen Vielfalt bei. Die wichtigste Ressource des Lebens, das Wasser, wird kommerzialisiert und den Menschen weggenommen, die Natur und das kulturelle Erbe in den so wichtigen Tälern werden zerstört. Das Gleiche gilt für Staudämme, nur dass sie Konflikte auch auf internationaler Ebene verursachen.
– Wasser bedeutet Fruchtbarkeit, Wohlstand und die Quelle aller Lebewesen. Es bringt die verschiedenen Menschengruppen dazu, gemeinsam zu verwalten und gerecht zu verteilen. Den steigenden Druck auf die Wasserressourcen sehen die Herrschenden als eine Gelegenheit, ihre Hegemonie über die Menschen auszuweiten.
– Die von Israel unterdrückten PalästinenserInnen erfahren das Wasserproblem am stärksten im Mittleren Osten. Denn ihr Zugang zum Wasser wird ihnen erheblich verwehrt und das Wasser in israelische Siedlungen weitergeleitet. Wasser spielt im palästinensisch-israelischen Konflikt eine immer wichtigere Rolle.
– Weil praktisch der ganze Mittlere Osten ausgebeutet wird, ist es um so notwendiger, dass die Menschen dieser Region sich mittels direkter Demokratieformen das gesellschaftliche Leben kollektiv neu gestalten, wozu keine ExpertInnen, RepräsentantInnen und BürokratInnen gebraucht werden. Dies ist der Weg zur Freiheit.
– Die kapitalistische Modernität, die die Frau von der Natur loslöste und das staatlich-herrschaftliche Denken den Menschen aufdrückte, muss bloßgestellt werden. Die kompletten Rechte der Frauen und der Natur müssen anerkannt und in die Verfassungen aufgenommen werden.
– Die Arbeitsbedingungen der SaisonarbeiterInnen sind die schwersten der Türkei, wozu der Neoliberalismus der 1990er Jahre und die millionenfache Vertreibung der KurdInnen erheblich beigetragen haben. Ihre extreme Ausbeutung muss schnellstens eingeschränkt und ihre Lage mit anderen ArbeiterInnen gleichgestellt werden.
– Militarismus und Gewalt müssen grundsätzlich abgelehnt werden, auch weil sie zur verstärkten Zerstörung der Ökosysteme führen.
– Die Sprache ist wegen ihrer Rolle als Kommunikationsinstrument ein organisches Phänomen. Alle Menschen und Lebewesen haben Kommunikationssprachen, die Sprache ist mit der Natur eins. Deshalb müssen alle Hindernisse zur Nutzung der Sprache aufgehoben werden. ♦



Kriegsdienstverweigerung beim türkischen Militär

Sag nein!

Interview mit Ercan Aktaş, Dut Ağacı Kolektifi[1], Istanbul

Wann hat die Kriegsdienstverweigerungskampagne in der Türkei/Kurdistan begonnen?

Ercan Aktaş: 1990 erklärten Tayfun Gönül und Vedat Zencir über die Zeitschrift „Sokak", dass sie den Kriegsdienst verweigern. Dies war ein Novum. Gönül wurde von einem Gericht auf Grundlage des Strafbestands „Entfremdung des Volkes vom Militär" zunächst zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten verurteilt. Später wurde diese in eine Geldstrafe umgewandelt. Als allerdings im Jahr 1992 als Reaktion auf den andauernden Krieg der „Verein der KriegsgegnerInnen" (Savaş Karşıtları Derneği)[2] gegründet wurde, sechs weitere Personen gemeinschaftlich den Kriegsdienst verweigerten und das „Internationale Treffen der KriegsdienstverweigerInnen" (International Conscientious Objectors Meeting, ICOM) zum ersten Mal in der Türkei stattfand, fühlte sich das Militär von diesen Aktivitäten zunehmend gestört, und der Staat begann vermehrt Gerichtsverfahren gegen Kriegsdienstverweigerer und ihre UnterstützerInnen einzuleiten.

Im Jahr 1995 wird der Vorsitzende des „Vereins der KriegsgegnerInnen Izmir", Osman Murat Ülke, nachdem er seine Kriegsdienstverweigerung öffentlich ausgesprochen hatte, festgenommen. Während dieser Phase werden fortan jährlich Feierlichkeiten zum „Internationalen Tag der KriegsdienstverweigererInnen" am 15. Mai veranstaltet und jedes Jahr kommen neue Kriegsdienstverweigerer dazu. Der Staat hat diese Aktivitäten versucht schlichtweg zu ignorieren. Bei den Feierlichkeiten wurden in Städten wie Istanbul, Izmir und Ankara antimilitaristische „Tourismustouren" unter dem Motto „Militurizm" (zusammengesetzt aus „Militär" und „Tourismus") veranstaltet, bei denen die TeilnehmerInnen auf militaristische Institutionen ihrer Städte aufmerksam gemacht wurden. In den darauffolgenden Jahren wurden die Kriegsdienstverweigerer Mehmet Bal, Mehmet Tarhan, Enver Aydemir, Halil Savda und zuletzt Inan Suver genauso wie Osman Murat Ülke mehrfach verurteilt, jeweils für über ein Jahr in Haft gehalten und in Haft gefoltert. Inan Suver befindet sich immer noch in Haft.[3]

Was ist der letzte Stand in Sachen Kriegsdienstverweigerung?

Seit Jahren wird in der Türkei, wenn auch nur in begrenztem Umfang, darüber eine Debatte geführt, wie das Thema Kriegsdienstverweigerung in die gesamte Gesellschaft getragen wird. Wenn wir uns die hierfür nötigen Dynamiken anschauen, fallen uns zunächst die systemkritischen oppositionellen Strukturen ins Auge. Das sind diejenigen gesellschaftlichen Gruppierungen, die unter dem militaristischen kemalistischen System der Assimilation ausgesetzt waren und unterdrückt wurden. Das System hat sich auf einer „Einheitsmentalität"[4] begründet; alle „anderen", die aus diesem Einheitsraster herausfielen, konnten aber trotz einer repressiven Politik des Staates ihre Existenz wohl oder übel wahren. Zu diesen Systemopponenten gehören alle nicht türkischen Volksgruppen; alle religiösen Gruppen, die nicht der sunnitischen Strömung des Islams angehören; alle werktätigen Schichten der Bevölkerung, die nicht zur militärischen und zivilen Elite gehören.

Diese systemkritischen Kräfte haben auf unterschiedlichste Art und Weise ihrer Kritik gegenüber dem System Ausdruck verliehen, aber wenn es um das Thema Militär ging, haben sie sich leider nicht aus den Zwängen des Systems befreien können. Sie haben sich zwar stets gegenüber der Verleugnungs- und Gewaltpolitik des herrschenden Systems mit unterschiedlichen Mitteln zur Wehr gesetzt und ihre Rechte versucht zu erkämpfen, aber wenn der Wehrdienst an ihre Tür klopfte, hieß es dann: „Lass mich erst mal den Wehrdienst hinter mich bringen, dann sehen wir weiter." Und dies, obwohl das Militär in allererster Linie verantwortlich für diese Verleugnungs- und Gewaltpolitik ist. Und das kemalistische Militär hat sich nie allein auf seine Kasernenmauern beschränkt. Es hat stattdessen wie ein großer Gesellschaftsingenieur gewirkt, welcher eine militaristische Gesellschaft geformt hat. In diesem Land sind die Bildung, die Justiz, das öffentliche Leben auf den Straßen und selbst die Institution der Familie zu einem Teil dieser gesellschaftlichen Ingenieurstätigkeit geworden.

In dieser Situation stellt sich die Frage, warum die Angehörigen der unterdrückten Gruppierungen sich fast ein Jahrhundert lang[5] nicht getraut haben zu sagen: „Nein, ich werde nicht Teil dieses Militärs, ich gehe nicht zum Wehrdienst!" In diesem Land war ein nicht zu unterschätzender Teil der MuslimInnen, der Werktätigen, der AlevitInnen und der KurdInnen ernsthafter Unterdrückung und Gewalt ausgesetzt. Wenn davon gesprochen wird, die Kriegsdienstverweigerung in die Gesellschaft zu tragen, fallen uns zuallererst diese gesellschaftlichen Gruppen ein. Aber die Situation sah bis vor circa einem Jahr so aus, dass nur eine Handvoll Menschen den Kriegsdienst verweigerte.

Was sind Ihre Ziele bei den Arbeiten für die Kriegsdienstverweigerung?

Wenn wir uns in der Weltgeschichte umschauen, wann die Kriegsdienstverweigerung die Gesellschaften erreicht hat, begegnen wir den Kriegen selbst. Im Ersten Weltkrieg brandmarkten hunderttausende systemkritische Menschen (HumanistInnen, SozialistInnen und AnarchistInnen) diesen Krieg als imperialistischen; sie erklärten, dieser Krieg sei nicht der ihre, und verweigerten den Dienst an der Waffe. Somit gewann die Kriegsdienstverweigerung erstmals in der Geschichte politische Qualität. In England wurden damals tausende junge Männer, die sich weigerten, am Krieg teilzunehmen, inhaftiert und in Deutschland wurden die gleichen Männer in Psychiatrien eingeliefert. Aufgrund dieser Entwicklungen wurde in England 1916, später auch in den angloamerikanischen und nordeuropäischen Ländern, die Kriegsdienstverweigerung aus religiösen Gründen akzeptiert.

Infolgedessen gründeten sich im Jahr 1921 die War Resisters International (WRI; Internationale Kriegsverweigerer). Diese Organisation entwickelte sich mit der Zeit zu einer Dachorganisation für viele lokale Gruppen von KriegsgegnerInnen und Kriegsdienstverweigerern. Später weigerten sich im Zweiten Weltkrieg und vor allem im Vietnamkrieg tausende junge Männer, zum Militär zu gehen. Gerade im Vietnamkrieg trug diese Realität erheblich dazu bei, dass der Krieg beendet werden musste. Aufgrund dessen sahen sich die USA 1973 gezwungen, die Wehrpflicht aufzuheben.

In der Türkei befinden wir uns seit nunmehr fast dreißig Jahren im Krieg. Bisher gab es keine relevante öffentliche Position, die ausdrückte: „Das hier ist nicht mein Krieg. Ich gehe nicht zum Militär!" Von den MuslimInnen und den SozialistInnen mal abgesehen, selbst die KurdInnen, die direktesten Opfer des Krieges, haben sich nicht zu einer solchen Haltung durchringen können.

Und dies, obwohl eine starke Reaktion der KriegsgegnerInnen diesen Krieg beenden könnte. Die zivilen und militärischen Herrscher dieses Staates mussten kaum Rücksicht auf irgendwelche Probleme oder Hindernisse nehmen, um diesen Krieg zu führen. Obwohl die kurdische Seite ihr Lösungsmodell offen darlegt, beharrt der Staat auf Krieg und Gewalt. Und das kann er nur, weil die breite Öffentlichkeit diesen Krieg nicht hinterfragt. In diesem Land sind nicht einmal die Menschen massenhaft auf die Straße gegangen, um zu sagen, dass dieser Krieg nicht ihr Krieg sei. Und demgegenüber wären Erwartungen an die Kriegsdienstverweigerung unrealistisch. Eines unserer wichtigsten Ziele ist es in diesem Land, dass tausende junger Menschen auf die Straße gehen und bekunden „Ich werde kein Soldat werden!", „Ich werde nicht zum Militär gehen!", „Ich verweigere den Kriegsdienst aus Gewissensgründen!". Dies würde den Nährboden des Krieges beeinflussen und das System würde eine ernsthafte Alternative zum Krieg suchen müssen.

In der Türkei/Kurdistan haben kurdische Jugendliche eine Kampagne gestartet „Wir gehen nicht zum Militär!". Wie bewerten Sie diese Situation?

Sie sind spät dran. Seit 1990 führt der türkische Staat einen sehr schmutzigen Krieg in Kurdistan. Tausende von Dörfern wurden verbrannt, vernichtet, hunderttausende Menschen aus ihrem Lebensraum vertrieben und tausende KurdInnen mitten auf der Straße hingerichtet. Genau wie die SozialistInnen in der Türkei, die sich klar gegen das System positionierten, zu ihrem 20. Lebensjahr eine „Revolutionspause" einlegten, sind die kurdischen Jugendlichen Soldaten der türkischen Armee geworden. Sie hätten sich zu dieser Zeit öffentlich und vehement gegen den Militärdienst stellen müssen. Dass dies nun heute geschieht, ist ein gutes Zeichen. In den Diskussionen um eine Demokratische Autonomie, in der die KurdInnen ihre rechtliche Position gegenüber dem türkischen Staat bestimmen und sich heute gegen den Kriegsdienst aussprechen, ist das eine sehr wichtige und eine sehr bedeutsame Haltung. In der Türkei ist es nur den KurdInnen möglich, diese Bewegung zu einer Massenbewegung zu machen.

Wie stellen Sie sich die Zukunft Ihres Kampfes vor?

Auch wenn es spät sein mag, in den letzten Monaten haben kurdische Jugendlich begonnen zu sagen: „Wir wollen nicht Teil dieses dreißigjährigen schmutzigen Krieges gegen die kurdische Bevölkerung sein. Wir wollen weder töten noch getötet werden und deshalb gehen wir nicht zum Militär!" Zwischen 1989 und 2009 betrug die Zahl der Kriegsdienstverweigerer in der Türkei 79. Natürlich sagt die Zahl allein nicht alles, und selbstverständlich ist jeder einzelne Kriegsdienstverweigerer von großer Bedeutung. Allerdings ist es sehr bedenklich, dass in einem Land, in dem Krieg herrscht, die Zahl der Kriegsdienstverweigerungen nicht weiter gestiegen ist.

Indes hat die kurdische Bewegung für Kriegsdienstverweigerung vor drei Monaten ihre Arbeit aufgenommen und es ist schwer einzuschätzen, wie viele Menschen seitdem den Dienst an der Waffe verweigert haben. Diese Tatsache reicht aus, um zu zeigen, dass sich durch die hohe Teilnahme kurdischer Jugendlicher die Kriegsdienstverweigerung in der Gesellschaft verbreitet, wir uns also in Richtung einer gesellschaftlichen Kriegsdienstverweigerung bewegen. Heute wird das Thema Kriegsdienstverweigerung in der kurdischen Öffentlichkeit sehr stark und lebendig diskutiert. Jede Woche ertönt aus einer anderen Region, ob Silopiya (Silopi), Şirnex (Şırnak), Gewer (Yüksekova), Mêrdîn (Mardin), Wan (Van) oder Amed (Diyarbakır), eine weitere Stimme, die sagt: „Ich verweigere den Dienst an der Waffe!" Aus dieser Phase, in der das Militär, die Gewalt und der Staat infrage gestellt werden, kann sich für das System eine starke Gegenbewegung entwickeln. Dies hoffe ich und wir arbeiten dafür. ♦

(1) Das „Dut Ağacı Kolektifi" (Maulbeerbaum-Kollektiv) wurde 1989 von Männern und Frauen gegen die Wehrpflicht in der Türkei gegründet.
(2) Nach dessen Verbot 1993 dann ab 1994 der „Verein der KriegsgegnerInnen Izmir" (İzmir Savaş Karşıtları Derneği, İSKD), bis zum neuerlichen Verbot 1995.
(3) Weitere Informationen auf Deutsch z. B. unter http://www.connection-ev.de/
(4) Gemeint ist die türkische Staatsdoktrin, die sich „auf ein Volk, eine Nation, eine Fahne, eine Sprache" gründet. Oft ist auch die Rede von „einer Religion", mit der die sunnitische Ausrichtung des Islams gemeint ist, zu der sich die Mehrheit der türkischen Bevölkerung bekennt.
(5) Gemeint ist der Zeitraum nach der Gründung der türkischen Republik 1923.

Die Repression und die Gefängnisse können uns nicht zum Schweigen bringen, sie steigern nur unseren Wunsch nach Freiheit und Frieden

Stimmen aus dem Gefängnis

Hamdiye Çiftçi, Dezember 2010

Die kurdische Journalistin Hamdiye Çiftçi arbeitete und lebte vor ihrer Inhaftierung in der Provinz Colemêrg (Hakkari). Die engagierte Journalistin thematisierte immer wieder Übergriffe, Dorfräumungen, Massaker und Folter durch den türkischen Staat und erreichte dabei auch als Journalistin der kurdischen Nachrichtenagentur DIHA internationale Aufmerksamkeit. Die regionale aber auch internationale Öffentlichkeitsarbeit über die Menschenrechtsverletzungen in der Region ist dem türkischen Staat ein Dorn im Auge. Hamdiye Çiftçi wurde aus diesem Grund schon seit Jahren mit Folter und Tod bedroht. Sie arbeitete trotz dieser Bedrohungen weiter und ließ sich nicht einschüchtern. In der Nacht vom 08. auf den 09.06.2010 fanden in mehreren Städten der Provinz Colemêrg (Hakkari) in Nordkurdistan, im kurdischen Osten der Türkei, gleichzeitig Hausdurchsuchungen statt. Antiterroreinheiten stürmten zahlreiche Wohnungen und Büros und nahmen 10 Mitglieder der örtlichen Vorstände der linken prokurdischen Partei für Frieden und Demokratie BDP sowie die Journalistin Hamdiye Çiftçi unter dem Vorwand der KCK-Unterstützung bzw. -Mitgliedschaft fest. Nach einem Monat in Haft in Colemêrg (Hakkari) wurde Hamdiye Çiftçi in das E-Typ-Gefängnis von Bidlîs (Bitlis) verlegt, wo sie seitdem gefangen gehalten wird. Wer Kontakt zu Hamdiye Çiftçi aufnehmen möchte, kann ihre Anschrift über unsere E-Mail erfragen.

Ich möchte mit meiner Arbeit – Stimmen aus dem Gefängnis – beginnen und euch begrüßen und aus dem Schmerz der Inhaftierung heraus meine Freude zum Ausdruck bringen, dass ich jetzt nach langer Zeit in Haft wieder meine Arbeit als Journalistin aufnehmen kann. Eigentlich bedeutet es, meine professionelle Arbeit wieder als Amateurin zu beginnen, denn ich habe verstanden, dass aus dem Gefängnis zu schreiben bedeutet, sich nicht frei ausdrücken zu können. Der türkische Staat geht bezüglich der Pressefreiheit Tag für Tag Schritte rückwärts und im Moment befinden sich über 40 JournalistInnen in der Türkei in Haft und die Verhaftungen gehen weiter. Ich wurde am 9. Juni 2010 wegen meiner journalistischen Arbeit im Rahmen des KCK-Verfahrens inhaftiert, ebenso wie etwa 2 000 kurdische Politikerinnen und Politiker. Die Menschen können das, was hier passiert, nicht begreifen ohne es erlebt zu haben. Ich habe gelernt, als ich es erlebte. Nachdem ich die Gewalt gegen die kurdische Bevölkerung in Colemêrg (Hakkari) gesehen habe, sehe ich nun, wie Tausende inhaftiert werden. Die gegen uns praktizierte Repression hat dafür gesorgt, dass ich die Dinge klar sehe. In einem Raum von 10 m² befinden sich 27 Leben und jedes dieser Leben hat eine andere Geschichte, aber dasselbe Ziel – Frieden und Freiheit. Nachdem ich aufgrund einiger Ermittlungen einige Zeit im Gefängnis von Colemêrg (Hakkari) zugebracht hatte, wurde ich, mit einer bei einer militärischen Operation in Şemzînan (Şemdinli) in der Provinz Colemêrg (Hakkari) verletzt festgenommenen Guerilla, ins Gefängnis von Bidlîs (Bitlis) gebracht. Dort lernte ich die Realität des Gefängnisses kennen, was es bedeutet in einem engen Raum herumzulaufen und immer wieder auf Wände und Gitterstäbe zu stoßen. Wie als ob hier schon das Atmen verboten wäre. Das bereitete mir große Schmerzen. Weil ich meine Arbeit als Journalistin wie alle meine Kolleginnen und Kollegen gemacht habe, trage ich nun nicht Kamera und Fotoapparat in den Händen, sondern Handschellen. Wie gesagt, ich habe das Gleiche getan wie alle meine Arbeitskolleginnen und -kollegen, aber da ich eine kurdische Journalistin bin, war das Schicksal nicht so gut zu mir.

Als ich mit meiner Arbeit begonnen hatte, arbeitete ich zunächst für verschiedene Regionalzeitungen in Colemêrg (Hakkari) und für nationale Medien wie die Anadolu Ajansi. Als ich danach für die kurdische Nachrichtenagentur DIHA angefangen habe zu arbeiten, habe ich sofort begriffen, wie unterschiedlich kurdische und türkische Journalistinnen und Journalisten behandelt werden. Als ich noch in Freiheit war, erlebte ich ständige Drohungen und Observationen. Als unsere Bilder die Weltöffentlichkeit erreichten, erhielten wir als Preis dafür Haftstrafen. Sie wollen durch die Haftstrafen die Menschen Schritt für Schritt zerstören. Wir sind jetzt seit etwa 8 Monaten hier, aber es wurde uns noch nicht einmal unsere Anklage genannt. Das hier zu ertragen und sich daran zu

gewöhnen, ist nicht möglich. Aber mit der Wärme der Genossinnen zu leben ist anders. Ich bekomme die größte Unterstützung von den 27 Leben, mit denen ich hier zusammen bin. Hier kann mensch gut sehen, was sie dem kurdischen Volk, den Frauen antun. Im Moment gibt es bei uns in Haft alle möglichen Berufsgruppen: Bürgermeisterin, Journalistin, Guerilla, Mutter, Soziologin, Frauenaktivistin, Jugendliche, Studentin, Politikerin oder Friseurin, und wir haben auch ein Kind, das mit zwei Jahren zusammen mit seiner Mutter ins Gefängnis kam und nun drei geworden ist. In meiner Arbeit „Stimmen aus dem Gefängnis" treffe ich mich mit einigen Frauen verschiedener Herkunft und werde die Interviews mit euch teilen. In meiner Arbeit zeigt sich an einigen Stellen offen, dass ich über das, was kurdischen Frauen angetan wird, wütend oder traurig werde. In wenigen Tagen beginnt das neue Jahr für uns. Aber leider werden wir als Kurdinnen als potentielle Straftäterinnen angesehen und deshalb begrüßen wir das neue Jahr 2011 aus dem Gefängnis heraus. In einer Zeit, in der kurdische Politikerinnen und Politiker mit Haftstrafen überhäuft werden, sende ich meinen Dank, dass ihr diese Berichte verbreitet. Wir erklären, dass diese Umgebung, in der wir uns befinden, uns in unserer Arbeit niemals aufhalten kann, und laden Euch ein, unabhängig von Glauben, Sprache und Herkunft an einer Lösung für die kurdische Frage und die Repression gegen Journalistinnen und Journalisten mitzuarbeiten. Die Repression und die Gefängnisse können uns nicht zum Schweigen bringen, sie steigern nur unseren Wunsch nach Freiheit und Frieden.



Die Journalistin Hamdiye Çiftçi gibt mit ihrer Arbeit „Stimmen aus dem Gefängnis" den Gefangenen eine Stimme nach draußen.
Foto: DIHA

stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus

Für „Stimmen aus dem Gefängnis", ist meine erste Gesprächspartnerin die Bürgermeisterin von Gever (Yüksekova) Ruken Yetişkin. Die 48-jährige Politikerin und Mutter zweier Kinder führte trotz ihrer Inhaftierung ein warmherziges Gespräch mit mir:

Was denken Sie als kurdische Bürgermeisterin über Ihre Inhaftierung und die tausender anderer kurdischer PolitikerInnen?

Ich bewerte meine Inhaftierung als eine Ungerechtigkeit. Ich denke, dass das Recht in diesem Land politisiert ist. Ich bin eine Bürgermeisterin, die mit Unterstützung von 89 % der Bevölkerung, einem Rekord in der Türkei, ins Amt gewählt worden ist. Also wurden jetzt 89 % der Bevölkerung in Ketten geschlagen und inhaftiert. Die Strafe hätte bis zum Ende unserer Mandatszeit verschoben werden können, aber da wir keine AKP-Stadtverwaltung sind, wurde die Strafe nicht ausgesetzt und wir wurden ins Gefängnis geworfen. Das zeigt deutlich, wie politisiert das Recht in diesem Land ist. 2009 hat die AKP bei den Regionalwahlen in unserer Region eine schwere Niederlage erlitten, und für diese Niederlage rächte sie sich an unserer Partei mit einem politischen „Massaker". 2 000 kurdische PolitikerInnen, BürgermeisterInnen und Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden kriminalisiert und ins Gefängnis geworfen. Unsere Partei, die DTP, wurde geschlossen. Ahmet Türk und Aysel Tuğluk wurde der Abgeordnetenstatus entzogen. Die AKP-Regierung ist nicht einen einzigen Schritt in Richtung Verbesserung, Frieden oder Demokratisierung gegangen. Im Gegenteil, unsere gesamten politischen Wege wurden versperrt. Wir werden verleugnet, unseren Abgeordneten wird das Mandat entzogen, Bürgermeisterin zu sein wird mir verweigert. Sich dann aber hinzustellen und zu behaupten, demokratisch zu sein, und sich so der Welt zu präsentieren, geht nicht. Die AKP-Regierung hat in diesem Land alles von sich abhängig gemacht, einer Person, die nicht dazugehört, wird das Lebensrecht verweigert. Ohne sich zu schämen sagen sie, sie seien Demokraten. Das kurdische Volk wird deshalb bei den Wahlen seine eigene Entscheidung treffen und der AKP eine weitere Lektion, wie schon beim Verfassungsreferendum, erteilen.

Ihnen wurde das Amt als Bürgermeisterin entzogen. Was sagen Sie dazu?

Das Amt kann bei einer Haftstrafe von mehr als einem Jahr, oder wenn es sich um einen rufschädigenden Straftatbestand handelt, entzogen werden. Meine Strafe beträgt 10 Monate und ist nicht rufschädigend, sondern politisch motiviert. Nach dem Gesetz kann mir nicht das Mandat entzogen werden.

Aber in diesem Land wird aufgrund der AKP-Regierung gegen uns eine willkürliche Behandlung praktiziert. Da es diese Willkür gegen uns gibt, wird der Entzug des Mandats gefordert. Wir werden uns selbst dagegen verteidigen. Wir werden eine Klage beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte einreichen und bis zum Ende unser Recht suchen, denn wir sind Ausdruck des Willens von 89 % der Bevölkerung von Gever (Yüksekova).

Was denken Sie über das Recht auf Muttersprache und die Verteidigung vor Gericht auf Kurdisch?

Das kurdische Volk ist das älteste Volk in diesem Land. Es ist ein Volk mit der ältesten Kultur, Sprache und Geschichte. Heute stehen wir der Verleugnung und Vernichtung gegenüber. Die Türkei ist ein Land, das Anwärterin auf die Mitgliedschaft in der EU ist. In den meisten europäischen Ländern gibt es mehrere Sprachen. Es gibt das Recht auf mehrsprachige Erziehung. Mehrsprachigkeit ist ein Reichtum. Sie zeigt Vielfältigkeit, sie teilt kein Land, im Gegenteil, sie eint es. Deshalb sollte jedes Volk sich in seiner Sprache ausdrücken dürfen, wird dies nicht akzeptiert, verschlechtert sich die Lage.

Als die türkische Regierung den kurdischsprachigen Fernsehsender TRT Şeş eröffnete, versuchte sie, die kurdische Bevölkerung zu betrügen. Aber die kurdische Bevölkerung von heute ist nicht wie früher. Wenn sie TRT Şeş senden, dann könnten sie auch ohne Probleme der kurdischen Bevölkerung das Recht auf Erziehung in der Muttersprache gewähren. Sie könnten die Mehrsprachigkeit und Multikultur akzeptieren. Vor Gericht wollen sich kurdische PolitikerInnen auf Kurdisch verteidigen. Es ist ein Grundrecht, sich in der Muttersprache verteidigen zu dürfen. Deswegen muss es akzeptiert werden.

Kann die Gefangennahme der kurdischen PolitikerInnen eine Lösung der Probleme bringen?

Seit 30 Jahren werden kurdische PolitikerInnen in Gefängnisse geworfen und jahrelang inhaftiert. Bis heute hat dies keine Lösung gebracht. Meiner Meinung nach ist die Lösung die Demokratisierung des Landes. Dann werden alle Völker, die in diesem Land leben, geschwisterlich und in einem gestärkten Frieden zusammen leben. Anderenfalls, wenn in der kurdischen Bevölkerung ein Nationalismus wie in der türkischen entsteht, wird der Schaden sehr groß werden.

Wie sind Ihre Haftbedingungen?

Die Bedingungen im Gefängnis können nie gut sein. In unseren Zellen ist es entweder sehr kalt oder sehr heiß und uns wird sehr wenig Wasser gegeben.

Was sind Ihre generellen Überlegungen zur Demokratisierung des Landes?

Nun, ich hoffe, dass wir das, was uns passiert ist, unseren Enkeln und Kindern erzählen und darüber lachen werden. Wir werden sagen, das ist alles vorbei. Der erste Schritt zur Demokratisierung dieses Landes, zur Herstellung eines sozialen Friedens, zur Geschwisterlichkeit der hier lebenden Identitäten und zur Aufnahme der Türkei in die EU ist die Lösung der kurdischen Frage auf demokratischer Basis. Als erster Schritt muss das Recht auf Verteidigung in der Muttersprache den kurdischen PolitikerInnen eingeräumt und ihre Freilassung angeordnet werden. Die während des Waffenstillstands jeden Tag fortgesetzten Operationen müssen gestoppt und die RepräsentantInnen des kurdischen Volkes als AnsprechpartnerInnen akzeptiert werden. Jede/r muss die ihm/ihr zukommende Aufgabe zur Herstellung des sozialen Friedens tragen. Wir als Partei sind dazu bereit.

stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus

In unsere Zelle befinden sich Frauen unterschiedlicher Herkunft. Nach der kurdischen Politikerin Ruken Yetişkin ist unsere nächste Gesprächspartnerin Cihan Asi (Beritan Gulan). Sie hat 11 Jahre in den Bergen gekämpft, wurde verletzt gefangen genommen und zu einer Haftstrafe von 19 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Sie ist schwer erkrankt.

Wer ist Bêritan Gulan? Könnten Sie etwas von sich erzählen?

Ich bin unter den Bedingungen in Kurdistan aufgewachsen und habe die damit verbundene Unterdrückung, Grausamkeit und Folter wie jede kurdische Frau erlebt. Ich komme aus einer Region in der die Menschen auf offener Straße erschossen wurden, wo die Menschen ohne Fragen oder Zögern nachts aus ihren Häusern geholt wurden, wo die Häuser und Dörfer der Menschen verbrannt und zerstört wurden. Meine Kinderspiele wurden oft von Gewehrschüssen unterbrochen. Die Unterdrückung ist zu einem Teil unseres Lebens geworden. Ich bin jetzt 12 Jahre von den Straßen weg, in denen ich meine Kindheit verbrachte. Ich wurde Revolutionärin während meiner Schulzeit. Ich lernte die kurdische Freiheitsbewegung in einer Zeit kennen, in der alles, einschließlich das Kurdinsein, verboten war. Vorher erlebte ich, als ich 11 Jahre alt war, eine Tragödie, die zu einem wichtigen Wendepunkt in meinem Leben wurde. Ein Onkel von mir, der in einem Dorf in Kurdistan als Lehrer arbeitete, schloss sich der Guerilla an. Sie hatten ihn überall gesucht, weil er in der Schule mit seinen SchülerInnen Kurdisch gesprochen haben soll. Der einzige Ausweg war, in die Berge zu gehen. Er verabschiedete sich von uns an einem Wintermorgen und schlug den Weg in die Freiheit ein. Er war einer der Menschen, die ich in meinem Leben am meisten geliebt habe. Aber ich konnte es ihm niemals selber sagen. In dem Land, in dem ich lebe, gibt es keinen Platz für die Liebe. Deshalb war meine Liebe, wie die kurdische Sprache, still und stumm. An einem Junimorgen erwachte ich

von den Schreien meiner Mutter. Sie erhielt die Nachricht vom Tod meines Onkels und meiner Tante (meine Tante hatte sich der Guerilla nach meinem Onkel angeschlossen). Ihre Leichen waren zerstückelt. Sie sind zusammen mit vier FreundInnen gefallen. Bruder, Schwester, Vater und Sohn. Das sollte ausreichen um die Dimension unserer Tragödie aufzuzeigen. Meine Großmutter nahm den abgetrennten Arm meiner Tante in die Hand und schlug sich pausenlos selbst. Die inneren Organe meines Onkels waren herausgekommen und sein Gesicht bis zur Unkenntlichkeit zerstört. Es gab nicht einmal die Zeit, ihm „Ich liebe dich" zu sagen. Ich stieß einen Schrei aus. Den ersten meiner Lehrer hatte ich verloren, aber er hatte mir schon viel beigebracht. So schwer dieses Erlebnis auch für ein 11-jähriges Mädchen aussieht, es ist ein Ereignis, über das fast jedes kurdische Kind berichten kann. In meinen Jahren am Gymnasium fasste ich den Entschluss, mich der kurdischen Guerilla anzuschließen. Das legale System akzeptierte mich weder als Kurdin noch als Frau. In einem faschistischen System sah ich weder eine freie Zukunft für mich noch für mein Volk. Die Leiden, die ich als Individuum erlebt habe, sind verglichen mit den Leiden, die wir als Gesellschaft erlebt haben, sehr gering. Ich glaubte, dass die Befreiung im Sozialismus und in der kurdischen Freiheitsbewegung liegen wird, und deshalb entschlied ich mich für diesen Prozess. Als ich mich mit einer Gruppe SchulfreundInnen in die Berge aufmachte, war ich erst 17 Jahre alt. Wie die meisten ebenfalls berichten können, niemand hat mich belogen oder betrogen, dorthin zu gehen. Ich hatte mich selbst vorher betrogen zu glauben, das Problem könne gelöst werden, ohne in die Berge zu gehen. Es war der Anfang, meine Stimme zu erheben, für die Würde meines Volkes einzutreten, und mein erster Schritt in die Freiheit. Wir waren eine lebendige, aufgeregte und entschlossene Gruppe SchülerInnen. Vor den Augen von uns allen gab es das Ziel der Revolution. Ich denke, dass ich diese Perspektive immer noch in mir trage. Ich brauchte für ein neues, freies Leben auch einen neuen Namen. Wir trafen uns als FreundInnen in der Gruppe und entschieden, dass der Name von jedem/r von uns mit dem gleichen Buchstaben beginnen und unsere Nachnamen die gleichen sein sollten. Wir einigten uns, dass die Vornamen mit einem „B" beginnen sollten und unser Nachname Gulan sein würde. Seitdem bin ich „Bêritan Gulan". Ich habe den Namen einer kurdischen Guerillakämpferin gewählt. Ich sah mich als Nachfolgerin der Guerillakämpferin, die 1992 bis zur letzten Kugel Widerstand leistete und sich dann in die Tiefe stürzte. Denn auf diesem Weg gab es nichts anderes, als Widerstand zu leisten. Als Nachname wählte ich „Gulan", denn in diesem Monat, im Mai, starben viele mutige junge Kurdinnen und Kurden. Gulan, der Frühlingsmonat Mai, verwandelte sich in Kurdistan in einen Monat der Gefallenen. Statt Samen fielen Leben zu Boden.

Ein Schriftsteller sagte einmal, jeder Mensch ähnelt der Umgebung, in der er lebt. Wenn ich das auf mich beziehe, dann wird deutlich, wie sehr ich dem Land, dessen Name verboten ist, ähnele. Der Anfang war gemacht. In den Bergen lernte ich die Freiheit kennen und begann damit, die Bedeutung meines Lebens zu begreifen. Danach, als die Krankheit mich in Ketten schlug und aufzuzehren begann, leistete ich lange Widerstand. Als das Leben in den Bergen für mich zu schwer wurde, brach ich auf Aufforderung meiner FreundInnen hin von den kurdischen Bergen, die einen befreiten Raum darstellen, zu den trügerischen Lichtern der Städte auf. Nichts von der Gefangenschaft, die mich erwartete, wissend. In jeder Stadt gibt es Verrat. Nach 11 Jahren in den Bergen ist die Gefangenschaft für mich wie ein Tod.

Können Sie Auskunft über Ihre gesundheitliche Situation geben?

Draußen wurde mir Magenkrebs diagnostiziert. Ich leide an Krankheiten wie Sinusitis, Asthma, Bronchitis, Muskelkrämpfen, Sehschädigungen und Rheumatismus. Im Gefängnis verschlechterten sich diese Krankheiten weiter. Die Krankenhäuser, zu denen ich hier zur Behandlung gebracht wurde, stellten alle unterschiedliche Diagnosen. Sie sagten, ich hätte einen Magendurchbruch oder Geschwüre. Bei der letzten Untersuchung sagten sie, dass es keine Behandlung für meine Krankheiten gebe, und dass ich ein Leben lang von Medikamenten abhängig wäre.

Die meisten Ärzte haben den Hippokratischen Eid geschworen, aber wenn sie in der Akte die PKK-Beschuldigung sehen, dann reicht das aus, um mich vorzuverurteilen, deswegen bekomme ich keine ernsthafte Behandlung.

Erst neulich wurde ich zu 19 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt. Die Strafe wurde mir allein für Mitgliedschaft und die Benutzung falscher Dokumente gegeben. Sogar als sie mich festnahmen, war ich in Behandlung im Krankenhaus. In der Türkei wurde die Todesstrafe abgeschafft, aber es werden andauernd Menschen wie ich zum Sterben im Gefängnis gelassen. So kann ich mein 28-jähriges Leben kurz zusammenfassen.

Können Gefängnisse die KurdInnen zum Schweigen bringen?

Seit zig Jahren werden die WiderstandskämpferInnen des kurdischen Volkes ins Gefängnis geworfen, es wird versucht, sie zu unterdrücken und sie mit Folter und Grausamkeit zu vernichten. Gefängnisse sind die Fabriken der Mächtigen. Für die Menschen, die um ihre Existenz, um ihre Würde und Identität streiten, sind die Gefängnisse ein Kampffeld. Die Vorreiter des Freiheitskampfes, die Freunde Mazlum, Kemal und Hayri, wurden mit ihrem Widerstand, den sie gegen den faschistischen Putsch von 1980 gezeigt haben und bei dem sie ihr Leben einsetzten, ein mächtiges Beispiel für den Widerstand, den man im Gefängnis zeigen kann.

Heute hat sich das in den Gefängnissen praktizierte System in ein System der Verleugnung und Korrumpierung gewandelt. Die aktuelle Politik in der Türkei macht die Gefängnisse zu einem Ort, an dem Menschen bis zum Tod gebracht werden, dabei wird das Leben assimiliert. Die Gefängnisse sind wie eine Wüste. Sie sind gebaut, um den Fluss des Lebens auszutrocknen. Der Fluss, der jedes Hindernis überwindet, läuft in der Wüste Gefahr auszutrocknen. In einer solchen Zeit muss der Mensch wie der Wind sein. Der Wind kann jede

Wüste überqueren. Auch wenn die Beispiele der Folter wie Staubpartikel den Körper füllen, kann jede kurdische Frau, die Widerstand leistet, mit dem Wind des Widerstands, der von den Bergen über die Wüste weht, und der Schönheit Mesopotamiens leben. Deswegen konnte in der Vergangenheit und bis heute kein Kerker den kurdischen Widerstand beenden, auch wenn sie noch höhere Mauern errichten und alles mit Stacheldraht umgeben. Ein Herz, das für die Freiheit schlägt, kann niemals eingesperrt werden. Deswegen kann man die KurdInnen weder im Gefängnis brechen noch durch den Tod vernichten. Neben den in den letzten zwei Jahren inhaftierten fast 2 000 kurdischen PolitikerInnen, wurden tausende Jugendliche und Frauenaktivistinnen eingesperrt. Dass dem System keine Verbesserung der Gesetzeslage in den Sinn kommt, sondern die Errichtung von etwa 80 neuen Gefängnissen, ist ein Ausdruck, dass immer noch im Rahmen der Verleugnungs- und Assimilationspolitik an der massiven Unterdrückung festgehalten wird. Die Gefängnisse sind nicht nur in Kurdistan, sondern auf der ganzen Welt kein Ort, an dem eine Lösung für den Freiheitskampf gefunden wird.

Können Sie uns Informationen über das Gefängnis geben, gibt es Probleme? Wie groß ist die Zelle, in der Sie leben? Was denken Sie über die Situation im Gefängnis? Was sind die Wünsche der kurdischen Frauen?

Als politische Gefangene werden wir sowohl als Individuen als auch auf gesellschaftlicher Ebene permanent unserer Grundrechte beraubt. Ich habe Briefkontakt mit FreundInnen in verschiedenen Gefängnissen in der Türkei. Obwohl die Temperaturen unter 0 Grad sind, werden die Heizungen vielerorts nicht angeschaltet. Etliche FreundInnen verlassen die Gefängnisse als Tote, weil sie nicht behandelt werden. Wenn man zum Gericht gebracht oder von dort abgeholt wird, wird man häufig Opfer von unmenschlichen Praktiken, Angriffen und Beleidigungen.



Foto: DIHA

Letzten Monat wurde ein Freund von Wärtern angegriffen und ihm der Arm gebrochen, wegen der Willkürbehandlung gingen die Gefangenen in einen unbefristeten Hungerstreik. Die Frauen in Riha (Urfa) erhielten eine Disziplinarstrafe, weil sie beim Appell ihre Nummer nicht sagten, wie es im Reglement der dort eingesetzten Armee vorgesehen ist. Ein Freund im F-Typ-Gefängnis Adana ertrug diese Praktiken, die auf die Dauer die Menschenwürde vernichten, nicht und tötete sich selbst. Er wurde in seiner Zelle erhängt aufgefunden. Im F-Typ-Gefängnis von Wan (Van) wurden die Freunde, obwohl sie keinen Antrag gestellt hatten, alle auf Gefängnisse im Westen verteilt, auf diese Art und Weise also exiliert. Dass auch tägliche Bedürfnisse wie warmes Wasser oder soziale Aktivitäten nicht zugelassen werden, davon rede ich jetzt erst gar nicht.

Wir sind hier 26 Frauen und ein 3-jähriges Kind in einer Zelle. Unser Leben ist sehr beengt. Mit jedem Schritt stoßen wir an Betonwände. Einschluss ist zwischen 16 und 7 Uhr. Insgesamt steht uns ein Raum von 10 m² zur Verfügung. Wenn im Winter viel Schnee fällt, können wir gar nicht raus. Das was ein Gefangener am meisten macht, ist Runden drehen – nicht einmal das geht im Winter. Wir haben tagelang keine Möglichkeit uns zu waschen. Da wir unsere Wäsche in kaltem Wasser waschen müssen, werden die Hände manchmal taub. Eine Zeit lang mussten Freundinnen auf dem Boden schlafen. Weil wir so viele sind, setzen wir uns der Reihe nach zum Essen. Sogar wenn wir uns früh das Gesicht waschen wollen, müssen wir anstehen. So verwandelt sich auch das normalste Tagesgeschäft in eine Folter. Es ist so kalt, dass wir uns, wenn wir normal in der Zelle sitzen, in Decken wickeln.

Die Ärzte im Gefängnis sind oberflächlich und desinteressiert. Einer Freundin stellen sie manchmal 4 bis 5 Diagnosen. Wenn sich ihr Gesundheitszustand dann nicht bessert, stellen sie eine psychische Diagnose und schicken sie zurück in die Zelle. Das schwerste im Gefängnis ist, eine Freundin vor Augen zu haben, die krank ist, und nichts dagegen tun zu können.

Ihr habt gefragt, was wir uns als Frauen wünschen. Seit Jahren sagen wir, was wir wollen. Wir sehen in der vorübergehenden Änderung einiger Gesetze keine Lösung. Wir als Frauen sind am schwersten betroffen vom schmutzigen Krieg und wir wollen Frieden und am allerwichtigsten Freiheit. Dafür muss man sich bemühen und kämpfen. Dass es FreundInnen wie Euch gibt, welche die Grausamkeit hier im Gefängnis sehen und sie der Öffentlichkeit mitteilen, dass es Menschen gibt, die deutlich machen, dass die Menschlichkeit noch nicht tot ist, dass es SozialistInnen gibt, die unabhängig von Herkunft, Sprache oder Identität für ein freies Leben aller Menschen in Gleichheit und Demokratie kämpfen, gibt uns die größte Kraft, die Gefangenschaft zu ertragen. Dafür, dass ihr auch gegen den Kapitalismus kämpft, der das individuelle und gesellschaftliche Gewissen zerstört, bedanken wir uns als kurdische Widerstandskämpferinnen, ob Sozialistin oder nicht, ich rufe jede/n auf, sich für die Lösung der kurdischen Frage zu engagieren. Ich schicke euch aus der Gefangenschaft meine Liebe und meinen Respekt. Ich hoffe, dass dieses Gespräch euch erreicht und wünsche euch viel Erfolg bei der Arbeit.

stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus

Als Nächstes lassen wir Eylem Açıkalın, Stadtratsmitglied von Elbak (Başkale), die im Rahmen des KCK-Verfahrens zusammen mit ihrem 2-jährigen Sohn Argeş inhaftiert worden ist, zu Wort kommen.

Ich, Eylem Açıkalın, bin im Dorf Öğrenc in der Region Wan (Van) geboren und aufgewachsen. Trotz der feudalen Struktur des Ortes, in dem ich aufwuchs, zeigte sich die Politik in jedem Bereich meines Lebens. In einer Zeit, in der ich mich selbst hinterfragte, wollte ich Antworten finden, denn ich war immer in der Position der Zuschauerin gewesen.

Obwohl ich eine kurdische Frau bin, heiratete ich einen Türken. In unserer Ehe entwickelten wir uns miteinander gegenseitig weiter. Aber das Bewusstsein, eine kurdische Frau zu sein, und die Lebensumstände, die eigene Kultur, stellen dich irgendwann vor eine Wahl. Ich entschied mich, mich intensiver in der Frauenarbeit zu engagieren. Wenn du ein Bewusstsein als Frau entwickelst, empfindest du die Notwendigkeit, wesentlich aktiver zu werden, mehr zu arbeiten und mehr Verantwortung zu übernehmen, und wenn du die Geschichte betrachtest, dann siehst du selber, wie dich 5 000 Jahre patriarchales Bewusstsein geformt haben. Schließlich fühlst du in dir die Reflexion der Gesellschaft und hast das tiefe Bedürfnis, dies zu ändern. In diesem Rahmen habe ich zuerst angefangen mit der DEHAP zu arbeiten. Nachdem diese Partei verboten worden war, wurde ich für die DTP 2009 in den Stadtrat von Elbak (Başkale) gewählt. Seit der Gründung der Republik war ich die erste Frau in der Stadtverwaltung von Elbak (Başkale). So wirst du, ob du es willst oder nicht, zum Angriffsziel. Während in der ganzen Türkei etwa 2 000 Personen im Rahmen des KCK-Verfahrens eingesperrt wurden, war ich in Elbak (Başkale) die einzige. Am 24.12.2009 wurde ich zusammen mit meinem zweijährigen Sohn Argeş beim Einkaufen in Wan (Van) festgenommen. Ich wollte nicht, dass mein Sohn im Gefängnis bleibt. Sie benutzten meinen Sohn gegen mich. Ich erlebte eine Vielzahl von Erpressungen. 13 Stunden lang hielten sie mich und Argeş getrennt fest. Das Weinen meines Kindes aber hörte ich. Sie benutzten mein Muttersein gegen mich. Nach vier Tagen wurden wir vom Gewahrsam ins Gefängnis verlegt. Als ich dort ankam, fragte ich mich, wie kann ich zwischen diesen Steinmauern ein Kind großziehen? Mit der Zeit waren wir gezwungen uns an alles zu gewöhnen, auch an das Leben zwischen den Steinmauern. Wie Argeş gibt es viele Kinder. Besonders in Bezug auf ihn wurde ich auch hier häufig unter Druck gesetzt. Zum Beispiel wenn wir etwas von draußen brauchten, bekamen wir es erst 15 Tage bis einen Monat später. Wir haben immer wieder gemeinsam mit allen Freundinnen hier ihm erzählt, dies sei kein Gefängnis, sondern eine Schule, damit er nicht so unglücklich ist. Aber egal wie wir uns auch bemühten, er war sich des Unterschieds zum Leben draußen bewusst. Am meisten vermisst er seinen Vater. Er erleidet, sowohl durch die Lebensumstände als auch aufgrund seiner psychischen Situation, gesundheitliche Probleme. Argeş hat Angst vor Uniformen und dem Klappern von Metalltüren entwickelt. Statt mit Gleichaltrigen zu spielen, wird er durch Spiele mit uns beruhigt. Er nimmt jeden Morgen meine Hand und sagt: „Los, wir gehen zu Papa“, und ich kann nichts machen. Ich glaube, das erschüttert sein Vertrauen in mich.

Nach 11 Monaten Haft fand unsere erste Gerichtsanhörung statt. Das Verfahren wurde um drei Monate vertagt. Der Prozess ist kein rechtsstaatlicher, sondern ein politischer. Ich denke, dass die schmutzigen politischen Praktiken der AKP im Ergebnis nichts anderes als eine Verleugnungs- und Vernichtungspolitik gegen die KurdInnen sind. Frau zu sein, Kurdin zu sein, Mutter zu sein, an der Quelle des Euphrat zu leben, ist nicht so leicht. Wir sind hier 27 Frauen. Wir haben alle eine gemeinsame Richtung, wir haben alle gemeinsame Forderungen. Unser Wunsch ist, ein wenig Einfühlungsvermögen zu schaffen. Seit 30 Jahren sterben die Menschen, wir müssen endlich Brücken bauen und einen Dialog entwickeln. Nur so kann das Problem gelöst werden.

stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus

Unsere nächste Gesprächspartnerin wird eine Türkin sein, die seit 9 Jahren Teil des kurdischen Freiheitskampfes ist – die Soziologin Şeyma Kantırcı.

Mein Name ist Şeyma Kantırcı. Ich bin in der Türkei im Kreis Sakarya geboren und aufgewachsen. Als türkische Frau lernte ich den kurdischen Freiheitskampf während meiner Jahre an der Universität von Sakarya kennen. Ich habe etwa 9 Jahre an den Aktivitäten teilgenommen. Seit drei Monaten befinde ich mich in Haft. Wie ich wurden zwei enge Freundinnen von mir im KCK-Verfahren verhaftet. Dieser Prozess ist eine Bankrotterklärung des türkischen Rechtssystems. Aber was diesem bankrotten System entgeht ist, dass dieser würdevolle Kampf weder durch Massaker noch durch Folter gestoppt werden konnte, und dass auch Inhaftierungswellen ihn nicht stoppen, sondern weiter stärken werden. Ich habe es immer als Ehre empfunden, Teil dieses Kampfes zu sein. Als TürkInnen ziehen ich und die anderen an diesem Kampf teilnehmenden türkischen FreundInnen den besonderen Hass des Staates auf uns. Sie hassen uns mehr als unsere kurdischen FreundInnen, denn wir stehen erstens als Türkinnen und zweitens als Frauen nicht an ihrer Seite, sondern sind aufgestanden gegen diese Unterdrückung. Das ist mein schwerstes sogenanntes Verbrechen, in ihren Augen sind wir VaterlandsverräterInnen und Tausende haben deswegen Haftstrafen von über 10 Jahren erhalten. Ich habe im Moment eine Haftstrafe von siebeneinhalb Jahren vor mir. Aber mit dem Glauben, dass der Friede nah ist, sind wir voller Hoffnung. Wir sind davon überzeugt, dass die Freiheit und Gerechtigkeit in dieser Region siegen werden.

stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus

Eine Frau, die eines Tages plötzlich „Gast“ in unserer Zelle im Gefängnis von Colemêrg (Hakkari) war, wird meine nächste Gesprächspartnerin sein.

Die 26-jährige Cihan Öner (Ezgi Amargin) brach 2003 von Mêrdîn (Mardin) in die kurdischen Berge auf. Bei einem Gefecht in Şemzînan (Şemdinli), bei dem zwölf ihrer FreundInnen fielen, geriet sie verletzt in Gefangenschaft.

Können Sie von ihrer Verletzung und von der Behandlung im Gefängnis berichten?

Am 7. Juli 2010 wurde ich lebend bei einem Gefecht im Rahmen einer Militäroperation festgenommen, bei dem zwölf meiner GenossInnen ums Leben kamen. Ich hatte alle FreundInnen, die bei mir waren, verloren. Bei der Operation konnte nur ich mich retten. Als ich verletzt wurde, habe ich viel Blut verloren. Meine Verletzung entzündete sich heftig. Es war nötig, sie so schnell wie möglich zu behandeln. Nach meiner Festnahme wurde nur mit einem kleinen Desinfektionstuch über die Verletzung gewischt. Nach dreitägigem Gewahrsam wurde ich in das Gefängnis von Colemêrg (Hakkari) gebracht. Die gleiche oberflächliche Behandlung fand auch von Seiten der Gefängnisverantwortlichen statt. Nachdem ich ohne jegliche Behandlung einen Tag lang im Gefängnis festgehalten worden war, wurde ich verletzt mit einem Gefangenentransporter ins Gefängnis von Bidlîs (Bitlis) gebracht. Während der Reise fing meine Wunde erneut zu bluten an. Die hier gefangenen politischen Frauen werden gezwungen, wenn sie zum Krankenhaus oder Prozess gebracht werden, auch wenn die Detektoren nicht piepsen, ihre Schuhe auszuziehen. Die Freundinnen haben aus Protest dagegen erklärt, dass sie ohne Schuhe nicht gehen würden. Daraufhin hat die Gefängnisverwaltung entschieden, die Freundinnen nicht einmal mehr zu Notfallbehandlungen ins Krankenhaus zu schicken. Obwohl sie wie ich in Lebensgefahr schwebten, wurden sie auch nicht zum Arzt gebracht. Ich blieb eine Weile dort mit meiner Verletzung ohne Behandlung. Obwohl meine Verletzung schwer war, wurde nichts außer einer Desinfektion gemacht. Ich trug 45 Tage lang Geschoss-Splitter in meinem Bein.

Wie so oft wurden gegen uns chemische Waffen eingesetzt, die dem Kriegsrecht widersprechen. Die Körper aller FreundInnen, die neben mir fielen, waren zerfetzt und verbrannt, sie waren in unkenntlichem Zustand. Der Bruder eines Getöteten kam, um den Leichnam zu identifizieren, aber der Körper war so zerstückelt, dass er ihn nicht erkennen konnte. Er konnte ihn nur mit Mühe identifizieren.

Ich trug 45 Tage lang einen mit hoher Wahrscheinlichkeit mit chemischen Kampfstoffen verseuchten Splitter in meinem Körper. Nachdem sich meine Wunde weiter verschlechtert hatte, konnte ich nach einer Intervention des Menschenrechtsvereins IHD und meiner Familie schließlich eine Behandlung bekommen. Der Splitter, der aus meinem Bein entfernt wurde, wurde sofort vom Militär mitgenommen.

Sie konnten sich lebend aus dieser grausamen Situation retten, was ist Ihnen danach widerfahren?

An meiner Seite haben zwölf GenossInnen ihr Leben gegeben. Die Mehrheit war jung, voller Leben, Hoffnung und Liebe und sehnsüchtig nach Freiheit und Frieden. Es war wie auf einem Schlachthof. Mein Körper war getränkt vom Blut meiner FreundInnen. Mit einem unter den Körpern meiner FreundInnen zerquetschten Herzen lebendig zu bleiben und in Gefangenschaft zu geraten, ist schlimmer als der Tod. Außerdem sind die Versuche, mich im Gefängnis psychisch zu brechen wie eine schwere Folter. Nur die moralische Unterstützung der Freundinnen im Gefängnis erhielt mich am Leben. Das System versucht, insbesondere mit der Gefängnispolitik, die Menschen, die am Freiheitskampf teilnehmen, von ihren Zielen zu entfremden und ihren Widerstand zu brechen. Wir sind auf der Suche nach Freiheit, wir versuchen an diesem Ort trotz allem ein vernünftiges Leben zu führen. Wir kämpfen dafür, Menschen zu sein, deren Freiheitskampf nicht in einem Raum eingeschlossen bleibt. Wir versuchen unsere moralische Stärke zusammenzufügen, um unseren Leben eine Bedeutung zu geben.

stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus dem gefängnis – stimmen aus

In unserer ersten Arbeit „Stimmen aus dem Gefängnis“ konnten wir nur einige der Frauen aus dem Gefängnis vorstellen. Es gibt viele noch nicht niedergeschriebene Geschichten und porträtierte Gesprächspartnerinnen. Studentinnen, Schülerinnen, die aus ihrer Schule oder Universität gerissen wurden, Mütter, die von ihren Kindern getrennt wurden, Frauen, denen, nur weil sie Kurdinnen sind, die Lebensrechte aus den Händen gerissen werden – wenn wir alle ihre Geschichten aufschreiben wollten, würde kaum ein Platz ausreichen. Auch wenn es jetzt nur wenige Beispiele geworden sind, möchten wir Ihnen, liebe LeserInnen, die Geschichten dieser Frauen zu Ihnen nach Hause bringen. Wir haben alle unsere beschränkten Möglichkeiten in Gefangenschaft strapaziert, um diese Texte zu produzieren – Sie können diese Nachrichten weiterverbreiten.

In der Hoffnung, bald wieder eine Ausgabe von „Stimmen aus dem Gefängnis“ in den Händen zu halten – ein gutes neues Jahr, das Gesundheit und Wohl bringt, wünscht:

die politische Frauenabteilung im Bidlîs (Bitlis) Gefängnis

26.12.2010

Gesamtbilanz 2010 der Menschenrechtsorganisation MazlumDer:

Recht auf Leben:

Morde unbekannter Täter/zweifelhafte Todesfälle	152 Fälle, 154 Tote
„Ehrenmorde“	7 Fälle, 9 Tote
Hinrichtungen/Tod durch Folter	10 Fälle, 10 Tote, 6 Verletzte
Verletzte und Tote bei Gefechten	111 Fälle, 221 Tote, 188 Verletzte
Angriffe auf ZivilistInnen	25 Fälle, 4 Tote, 187 Verletzte
Bomben- und Minenexplosionen	151 Fälle, 51 Tote, 303 Verletzte

Individuelle Freiheit:

Verschleppungen/Verschwindenlassen	17 Fälle, 19 Verschwundene
Folter/Behauptung von Folter und schlechte Behandlung	82 Fälle
Sexuelle Belästigungen/Vergewaltigungen	28 Fälle
Nötigung und Bedrohung aus verschiedenen Gründen	83 Fälle
Festnahmen	15 976 Personen
Verhaftungen	223 Personen
Tod in Gewahrsam	1 Tote/r
Druck auf Siedlungsgebiete	14 Fälle
Entvölkerte und verbrannte Dörfer	1 Fall
Massengräber	4 Fälle
Tod in Gefängnis	6 Tote
Meinungsfreiheit	182 Fälle
Geforderte Gefängnisstrafen	6 189 Jahre, 4 Monate
Verurteilungen	1 910 Jahre, 1 Monat, 17 Tage Gefängnisstrafe; 7 000 TL Geldstrafe

Pressefreiheit:

RTÜK-Fälle (Hoher Rundfunk- und Fernsehrat)	
Schließungen/Konfiszierungen/verbotene Medien und Aktivitäten	5 Fälle
Repression gegen JournalistInnen und Medien	27 Fälle
Festgenommene JournalistInnen	17 Festnahmen
Verletzungen durch die Medien	2 Fälle
Religionsfreiheit	28 Fälle
Bildungsfreiheit	12 Fälle
Gewalt in der Schule/Vorfälle unter SchülerInnen	an 112 Schulen
Untersuchungen/Ermittlungen in der Schule	719 Fälle
befristete Schulausschlüsse	68 Fälle
Schulverweise	27 Fälle
Ermahnungen	18 Fälle
Organisierungsfreiheit	158 Fälle
Angriffe und Repression gegen zivilgesellschaftliche Organisationen	3 Fälle
Verletzung des Asylrechts	460 Fälle
Menschenhandel	13 748 Personen
Rechtsverletzungen im Arbeitsleben	515 Fälle
Tote	332 Personen
Verletzte	1 338 Personen
Entlassungen	4 726 Personen
Gesundheit	64 Fälle
Frauenrechte	190 Fälle
Kinderrechte	200 Fälle
Minderheiten-/kulturelle Rechte	25 Fälle
Behindertenrechte	8 Fälle
Menschenrechtspolitik	20 Fälle
Unfaire Verfahren	41 Fälle
Höhe der vom EGMR gegen die Türkei verhängten Geldstrafen	50 415 730 Euro

Ostkurdistan/Iran: Unsere Aufgabe ist, ein politisches Bewusstsein unter den Menschen aufzubauen

Interview mit Leyla Hassan

Emma Sterk sprach mit Leyla Hassan über die Arbeit der PAJK [*Partei der Frauenbefreiung Kurdistans*] im Iran. Leyla Hassan ist 34 Jahre alt. Sie kommt aus Südwestkurdistan, das im syrischen Staatsgebiet liegt, wo sie sich 1991 der kurdischen Befreiungsbewegung anschloss.

Wie sah die Situation damals in Syrien aus? Wie war die Bewegung dort vertreten?

Ich lernte die kurdische Bewegung 1988 kennen. Damals organisierte und verbreitete sich die kurdische Befreiungsbewegung in Syrien neu. Auch in dem Gebiet, in dem ich lebte. Zuvor war sie schon in den Zentren wie in Damaskus oder im Libanon vertreten, aber die Organisierung in dem Gebiet von Cizîre, das nah an der türkisch-syrischen Grenze liegt, fing in den Jahren 1987, 1988 an. Sie war damals klandestin und nicht sehr breit. Doch es gab eine große Begeisterung, weil es etwas Neues war. Obwohl es noch einige andere reformistische Parteien gab, war die PKK für uns etwas Anderes. Sie besaß eine große Anziehungskraft. Sowohl ihr Vorsitzender Apo als auch die Bewegung an sich, d. h. die Verhaltensweisen, das Auftreten und die Arbeit der Kader, waren anders. Deswegen hinterließ die Bewegung bei uns einen tiefen, emotionalen Eindruck. Auf diese Weise lernte ich sie in jungem Alter kennen und 1991 habe ich mich dann der Bewegung als Kaderin angeschlossen. In dieser Zeit breitete sie sich immer weiter aus.

Wie hast du dich dann angeschlossen?

In dieser Zeit erregte der Anschluss von Frauen an die Bewegung viel Aufsehen, denn bei den anderen kurdischen und reformistischen Bewegungen hatte es so etwas nicht gegeben. Frauen konnten dort nicht aktiv an den Arbeiten teilnehmen oder Peschmerga werden. Zuvor hatte es in unserer Region schon eine gewisse patriotische Tradition gegeben. Die ging auf den Einfluss der kurdischen Parteien aus dem Irak [*Südkurdistan*] zurück. Darüber war so etwas wie ein Bewusstsein über die kurdische Kultur und Identität entstanden. Was aber bei der PKK besondere Aufmerksamkeit erregte, war die Tatsache, dass viele Frauen teilnahmen. Außerdem hatte es den großen Gefängniswiderstand gegeben, wie den Widerstand von Mazlum Doğan, Hayri Durmuş und Kemal Pir im Gefängnis von Amed (Diyarbakır). Dessen Einfluss war sehr, sehr groß. Zum anderen war ich von der Persönlichkeit Abdullah Öcalans sehr beeindruckt. Seine Worte und sein Führungsstil waren etwas Großes. Sie standen im Gegensatz zu der Autorität der alten Ağas, die in Kurdistan über ihre Stämme herrschten. Er hatte vielmehr eine sehr verbindende, bescheidene und solidarische Art. Er versuchte alle Menschen, insbesondere Frauen, einzubeziehen. Alle konnten unter diesem Dach ihren Platz einnehmen. Seinen Charakter und seine Eigenschaften fand ich sehr anziehend. Er dachte nie an seinen eigenen Vorteil oder Profit, wobei er Kurden und Kurdinnen aus allen vier Teilen des Landes unter einem Dach zusammenbringen und vereinigen konnte. Diese Revolution hatte unter den KurdInnen in der Türkei [*Nordkurdistan*] begonnen, jedoch war sie eine für alle Kurden. Das erregte unser Interesse. In Syrien selbst herrschten keine Bedingungen, aus denen heraus dort eine Bewegung entstehen konnte, die eine solche Revolution hätte auslösen können. Aber die Bewegung der PKK breitete sich von der Türkei ausgehend immer weiter aus. Sie erreichte alle vier Teile Kurdistans. Die Persönlichkeit Apos besaß eine große Ausstrahlungskraft.

Diese seine Realität wurde auch in der Bevölkerung wahrgenommen und hinterließ ihre Wirkung. Dadurch organisierte sich die Bevölkerung wie von selbst, auf eine ganz selbstverständliche Weise. Sogar das syrische System musste damals zugeben, dass es ihnen – egal welche Anstrengungen sie auch unternommen hätten – niemals gelungen wäre, diese Bevölkerung so gut zu organisieren. Aber die PKK konnte und kann innerhalb eines Tages oder einer Stunde ganze Bevölkerungsmassen in Bewegung setzen. Sie kann augenblicklich große Versammlungen durchführen und auch wieder auflösen. Abdullah Öcalan hat sich sehr viel und intensiv mit den Menschen in Südwestkurdistan auseinandergesetzt. Er diskutierte mit ihnen darüber, wie stark sie unter den Einfluss des syrischen Regimes geraten waren und wie sehr ihr Wille durch dieses System gebrochen und vereinnahmt wurde. Ähnliche Diskussionen und Analysen führte er auch mit KurdInnen aus den anderen Teilen Kurdistans durch. Aber das syrische System praktiziert noch einmal mehr eine Politik des „weißen Massakers", indem es den Willen der Menschen bricht und sie einschüchtert. Mithilfe der Bildungsarbeit für die Angehörigen des Kaders und in der Bevölkerung in Syrien wurde neues Vertrauen in der Gesellschaft aufgebaut. Dadurch gewann auch die Bevölkerung in Cizîre ein neues Selbstbewusstsein. Durch die Bildungsarbeit und die Volksorganisierung schlossen

sich immer mehr Menschen als KaderInnen der Bewegung an. Mädchen und Jungen gingen gleichermaßen diesen Weg. Für sie bedeutete dies eine Befreiung, aber insbesondere war es eine Befreiung für die Frauen. Und so entschloss auch ich mich dazu. Andere Verwandte von mir hatten zuvor auch schon diese Entscheidung getroffen. Es war mein großer Wunsch, Abdullah Öcalan persönlich zu sehen. Ich wollte seine Persönlichkeit und seine Eigenschaften näher kennenlernen. Ich wollte erfahren, wie er sich mit den KaderInnen auseinandersetzt und sie schult, wie er Zusammenhänge verständlich macht und wie er den Dialog mit Menschen aufbaut. Auch über seine Bücher und seine aufgezeichneten Dialoge mit KaderInnen wusste ich schon einiges, aber ich wollte das alles noch genauer kennenlernen und verstehen. Die Vorstellung, ihn zu treffen, war schon eine große Sache für mich, aber das wirkliche Zusammentreffen war dann noch überwältigender.

Kannst du die Zeit nach deinem Anschluss an die Bewegung, bis du dann im Iran gearbeitet hast, kurz darstellen?

Bis 1995 war ich in der Volksarbeit in Syrien aktiv. Danach kam ich zur Guerilla in die Berge. Hier war ich in Einheiten in unterschiedlichen Gebieten wie z. B. in Zagros, Xakurke, Xinere und Kandil. Bis 2001. Danach kam ich zu einer Ausbildung an die damalige Frauenakademie der PJA [*Partei der freien Frau*]. Anschließend beteiligte ich mich an den politischen Arbeiten. 2003 ging ich dann zum Ausbau der Volks- und Frauenorganisierung nach Ostkurdistan [*iranischer Teil*] und in den Iran in unterschiedliche Städte. Ostkurdistan besteht aus einem Gebiet, in dem hauptsächlich Soranî gesprochen wird, und einem anderen Gebiet, in dem hauptsächlich Kurmancî gesprochen wird. Meist war ich im letzteren, bis hin zu Dörfern und Städten an der afghanischen Grenze. Bis 2007 arbeitete ich in den Städten, danach war ich bis zum Sommer 2010 in militärischen Einheiten im Iran aktiv.

Wie sah deine Arbeit im zivilen Bereich aus? Welche Themen waren wichtig? Welche Schwierigkeiten gab es?

In der politischen Arbeit ging es mehr darum, Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen, ihnen die Hintergründe und die Absichten des Systems zu vermitteln. Denn die kurdische Bevölkerung im Iran ist sich dessen kaum bewusst und kennt das System kaum, weil das iranische Regime sich einer sehr verdeckten und hinterlistigen Politik bedient. Deswegen machten wir hauptsächlich dazu Aufklärungsarbeit: Was ist dieses System? Welchen Schaden fügt es den Menschen zu?

Den Frauen hingegen erklärten wir sowohl das iranische als auch das patriarchale System. Denn im Iran werden Frauen sehr brutal unterdrückt. Dieses Regime unterscheidet sich sowohl von denen der anderen Staaten, die Kurdistan besetzt halten, als auch von denen anderer Staaten in der Welt. Gegen Frauen und gegen Jugendliche wendet es eine besondere Politik der Unterdrückung an. Frauen werden vollständig isoliert. Es wird ein besonderer Druck auf Frauen und Jugendliche ausgeübt. In der politischen Arbeit im Iran haben die Freundinnen gegenüber den Genossen einen gewissen Vorteil: Sie können sich unter dem schwarzen Tschador tarnen, weshalb sie nicht so schnell entdeckt und verhaftet werden können. Deshalb waren wir in der Organisierungsarbeit in den Städten Ostkurdistans anteilig mehr Frauen als Männer. Unsere Hauptaufgabe bestand darin, Frauen zu organisieren, sie aufzurütteln und ihr Bewusstsein zu schärfen. Wir haben Bildungsarbeit für Frauen organisiert.

Wie sah diese Arbeit konkret aus? Gab es Vereine, wo ihr die Menschen treffen konntet, oder seid ihr gleich in die Häuser der Familien gegangen?

Die Organisierungsarbeit läuft mehr über Hausbesuche, weil das System keine anderen Möglichkeiten lässt. Wir haben einmal versucht, eine Zeitschrift aufzubauen, aber die wurde gleich von der iranischen Polizei gestürmt und unsere Sachen wurden beschlagnahmt. Sogar Versammlungen müssen wir äußerst geheim organisieren. Denn wenn der Staat davon erfährt, dann werden sowohl unsere Freundinnen verhaftet als auch die Anwesenden aus der Bevölkerung. Auf diese Weise gab es schon häufig Razzien und Verhaftungen und viele der Festgenommenen sitzen immer noch im Gefängnis. Einige von ihnen sind zum Tode verurteilt worden. Auch sonst gibt es viel Repression, und es ist unmöglich, so etwas wie Vereine zu eröffnen. Aber trotzdem gibt es ein System bei der Volksorganisierung. Auch wenn alles sehr geheim ablaufen muss, so gelingt es uns doch, Familien miteinander in Kontakt zu bringen und Versammlungen zu organisieren. Aber wir müssen dabei sehr vorsichtig sein, weil die Bevölkerung sehr große Angst hat. Denn der Staat schleust auch Agenten ein, die alles verraten. Deswegen können wir nur Menschen zusammenbringen, die sich gegenseitig kennen und auch vertrauen. Das System, das den Iran beherrscht, ist – sowohl vonseiten des Staates als auch vonseiten des Mannes – ein sehr gewalttätiges und brutales. Frauen sind aus allen Lebensbereichen ausgeschlossen. Weil sie in politischer, ökonomischer und auch sonstiger Hinsicht aus dem gesellschaftlichen Leben verbannt worden sind, haben sie auch ein großes Wissensdefizit. Deshalb erleben sie ihre Situation als „ihr Schicksal“. Es ist eine sehr schmerzhafte Situation. Allein sich diese vorzustellen, bereitet schon Schmerzen! Zuhause, in den Familien, spitzt sich das dann manchmal so weit zu, dass Frauen sich selbst ihr Leben nehmen, sich selbst verbrennen. Insbesondere unter den jungen Frauen im Iran – im Alter von 14 bis 35 Jahren – gibt es eine sehr hohe Suizidrate, darunter sowohl unverheiratete Mädchen als auch verheiratete Frauen und Mütter. Neben dem Irak ist insbesondere der Iran ein Land mit sehr vielen Selbsttötungen von Frauen. Jährlich hören allein wir von mehr als 250–300 Fällen. Viele dieser Frauen werden eigentlich vom Ehemann oder vom Vater ermordet, aber die verschleiern es dann als Suizid. Männer nehmen sich das Recht, Frauen zu töten. Sie verdrehen dann diese Tatsache, und der Staat erklärt die Taten der Männer für rechtens und die Frauen zu Schuldigen. Wenn ein Mann eine Frau ermordet, dann fragt der Staat nicht, warum. Das interessiert niemanden und dadurch wird dem Mann Recht gegeben. Er kann sein Verbrechen danach sogar noch als „Selbstmord“ darstellen. Gründe für diese Suizide von Frauen sind, dass Frau-

en unter diesem unglaublichen Druck ihre Situation als ausweglos erleben. Meistens sind familiäre Schwierigkeiten der Auslöser. Häufig ist das Gewalt vom Vater, Ehemann oder Bruder, oder aber es sind Fälle von Zwangsehen oder Verheiratungen in sehr jungem Alter. Das sind die Hauptgründe, die Frauen dazu treiben, sich selbst zu töten. Trotzdem gibt es eine Frauenbewegung in Ostkurdistan. Der „Verband der Frauen aus Ostkurdistan" YJRK arbeitet unter kurdischen, persischen, aserbaidschanischen und anderen Gruppen von Frauen und organisiert sie. Allerdings sind die Unterdrückung und die Verfolgung durch das System so stark, dass diese Frauenbewegung kaum Bewegungs- und Aktionsmöglichkeiten hat. In Teheran wollten Frauen z. B. eine Demonstration machen, doch hat das System das verhindert. Viele Frauen wurden verhaftet, brutal zusammengeschlagen, gefoltert. Einige wurden sogar zum Tode verurteilt und hingerichtet, andere sind immer noch in den Gefängnissen. Die politische Unterdrückung lässt der Frauenorganisierung keine Entfaltungsmöglichkeiten.

Das System im Iran ist überaus brutal und hat nichts mit Demokratie zu tun. Es ist sehr konservativ und nur, wenn es um Hinrichtungen geht, dann sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Frauen und Männer werden gemeinsam öffentlich vor der versammelten Bevölkerung hingerichtet. Ansonsten gibt es für sie in keinem Bereich Gleichberechtigung. Es gibt eine Doppelmoral. Die unterdrückte Sexualität und Drogen werden gezielt zur Zerstörung der Gesellschaft eingesetzt. Das hat sowohl auf die Jugendlichen als auch auf die Frauen sehr gravierende Auswirkungen. Durch den Angriff auf sie ist die gesamte Gesellschaft den staatlichen Angriffen ausgesetzt. Diese Innenpolitik des Irans ist in der Welt kaum bekannt. Von außen wird er wegen der Produktion von Nuklearwaffen unter Druck gesetzt. Wie sehr jedoch die Bevölkerung unterdrückt wird, wie viel Spannung innerhalb des Irans herrscht, wie viele öffentliche Hinrichtungen stattfinden und wie Frauen zur Prostitution gezwungen werden, das wird alles verschwiegen. Auch die Massenverhaftungen und Folter in den Gefängnissen werden nirgends erwähnt. Feministische und ökologische Bewegungen sollten sich viel mehr mit der Situation von Frauen im Iran auseinandersetzen und die Realität dort untersuchen. Es muss viel mehr über deren Situation, die Unterdrückung und ihren Widerstand berichtet werden. Es reicht nicht aus, das iranische Regime aufgrund außenpolitischer Interessen zu kritisieren. Zwar arbeiten wir als PAJK [*Partei der Frauenbefreiung Kurdistans*] zu diesem Thema und auch die YJRK führt Kampagnen durch. Aber allein reicht das nicht aus. Es genügt nicht, wenn die Diskussion nur auf kurdischen Sendern wie Roj TV, Newroz TV oder Dengê Mezopotamya ausgestrahlt werden. Auch die Weltöffentlichkeit muss informiert werden und Interesse zeigen. Auf dieser Grundlage sollte der Widerstand gegen das iranische Regime organisiert werden.

Welche Unterschiede siehst du zwischen der Situation von Frauen in Ost- und in Südwestkurdistan?

Es gibt einen Unterschied. Die Frauen in Südwestkurdistan sind etwas offener und können sich freier bewegen. In einigen Bereichen sind sie sogar sehr tonangebend. Ich kann nicht sagen, dass die Frauen dort frei sind, denn auch dort ist die Gesellschaft an sich unterdrückt, und es gibt patriarchale Strukturen. Aber bezüglich der Bewegungsfreiheit gibt es einen großen Unterschied. In Südwestkurdistan können Frauen zum Beispiel an Versammlungen und Konferenzen der Frauenbewegung und der PKK teilnehmen. Dort besteht ein Bewusstsein darüber, wie intensiv sich Apo mit der Frauenbefreiung auseinandergesetzt hat und wie wichtig ihm die Bildungsarbeit von Frauen für Frauen ist. Das hat einen großen Einfluss in der südwestkurdischen Gesellschaft hinterlassen. Aber im Osten sieht das etwas anders aus. Dort spielt die Frau kaum eine Rolle. Wenn du beispielsweise in ein Haus gehst, setzen sich die Frauen nicht zu dir, wenn ihr Mann im Hause ist. Wir sagen, dass die Gesellschaft insgesamt sexistisch ist, aber in Ostkurdistan ist das sehr extrem. In vielen Familien essen Männer und Frauen noch nicht einmal gemeinsam an einem Tisch. Wenn Männer in der Umgebung sind, dann ziehen sich Frauen zurück und bleiben stumm. In vielen Familien sind Frauen wie stumme, reaktionslose Dienerinnen. Zum Teil hat diese Situation vielleicht mit dem niedrigen Bildungsniveau von Frauen zu tun, aber viel entscheidender ist der religiöse Einfluss. Religion wird als Herrschaftsmittel zur vollständigen Kontrolle und zum Ausschluss von Frauen eingesetzt.

In Nordkurdistan gibt es eine starke Organisierung nach dem Modell des Demokratischen Konföderalismus. Welche Aspekte des Demokratischen Konföderalismus spielen in Ostkurdistan eine Rolle bei der Organisierung?

Jede iranische Provinz verfügt über gewisse eigene Entscheidungsbefugnisse. Sowohl in politischer als auch teilweise in militärischer Hinsicht bestehen manche Unterschiede zwischen ihnen, was dem iranischen politischen System teilweise zum Vorteil gereicht. Andererseits gibt es im Unterschied zu den Städten, die sehr viel mehr kontrolliert werden und deren Menschen viel verschlossener sind, in der Bevölkerung in den Dörfern der ländlichen Bergregionen sehr viel mehr Solidarität untereinander. Das sind natürliche Gemeinschaften. Diese Situation in den Bergregionen ist ein Vorteil. Ich habe mich dort viel in den Dörfern bewegt. Der solidarische Zusammenhalt unter den Menschen weist auf eine Gesellschaftsstruktur hin, die ich als „natürliche Gesellschaft" bezeichnen würde. Zwar gibt es auch dort den Einfluss des Systems, aber im Vergleich zur persischen oder aserbaidschanischen Gesellschaft hat die kurdische immer eine größere Distanz zum Staat gehalten. Weil der nicht viele Eingriffsmöglichkeiten hatte, konnte die Gesellschaft ihre natürliche Form in mancher Hinsicht bewahren. Der Aufbau des Demokratischen Konföderalismus ist aber natürlich auch dort sehr schwer, und es wird mehr Zeit erforderlich sein als in den anderen Teilen Kurdistans. Momentan geht es darum, die vorhandenen Möglichkeiten zu nutzen und eine Organisierungsbasis zu schaffen. Wir können nicht sagen, dass diese Basis schon überall existiert, aber langsam fangen wir mit dem Aufbau an, wobei es wichtig ist, dass sich die Bevölkerung noch aktiver an diesem Prozess beteiligt.

Welche Arbeiten stehen aktuell im Iran an?

Das Wichtigste ist die Aufklärungsarbeit in der Bevölkerung und die Organisierung. Seien es Frauen, Jugendliche oder Männer – wenn sie sich nicht organisieren, kein gemeinsames Bewusstsein und keine Perspektive haben, dann können sie keine Fortschritte machen. Wie gesagt, es gibt große Bildungsdefizite. Doch ist das Wichtigste, bei den Menschen die Suche nach Freiheit zu wecken und sie dazu zu ermutigen, für ihre Rechte zu kämpfen. Heute ist es unsere vorrangige Aufgabe, ein politisches Bewusstsein unter den Menschen aufzubauen und sie handlungsfähig zu machen.

Was ist eine weitere Perspektive aus Frauensicht?

Aus Frauensicht ist das Geschlechterbewusstsein sehr wichtig und damit verbunden der Zusammenhalt unter Frauen. Frauen müssen sich darüber bewusst werden, dass ihre momentane Situation kein Schicksal ist. Sie müssen wissen, dass sie dieses „Schicksal" ändern können. Aber es reicht nicht aus, sie innerhalb der Familien und der Gesellschaft zu organisieren. Deswegen ist der Anschluss von Frauen an die Guerilla oder die aktive Mitarbeit in der YJRK ein wichtiger Ansatz für gesellschaftliche Veränderungen und die Frauenbefreiung in Ostkurdistan und im Iran.

Gibt es auch andere fortschrittliche Kräfte, die eine Veränderung innerhalb des Irans bewirken können?

Es gibt unterschiedliche Bewegungen, z. B. aserbaidschanische, aber die haben keinen großen Einfluss und viele davon kollaborieren mit dem Staat. Außerdem die beludschische, das ist eine monarchistische, nicht sehr politische Bewegung, agiert aber punktuell gegen das Regime. Dann gibt es AraberInnen im Iran, aber auch wenn sie mit dem Staat nicht zufrieden sind, so gibt es unter ihnen doch keine nennenswerte Organisierung. Unter den PerserInnen gibt es insbesondere die Bewegung der StudentInnen, die gegen das System protestiert. Außerdem oppositionelle Bewegungen im Ausland, die aber keinen großen Einfluss haben. Innerhalb des Landes ist da z. B. Mehdi Karroubi [*Ex-Parlamentspräsident und –Präsidentschaftskandidat*], seine AnhängerInnen opponieren innerhalb des Systems. Insbesondere unter den Jugendlichen gibt es eine Art „natürliche Opposition" gegen das System. Sie wollen es überwinden, aber es fehlt ihnen in diesem Prozess an Führungskraft. Gegen oppositionelle Gruppen geht der Staat sehr gewalttätig vor. Unter der kurdischen Bevölkerung ist die PJAK, die „Partei für ein Freies Leben in Kurdistan", gut organisiert. Des Weiteren gibt es die Komala oder auch die islamischen Mujaheddin, die vom Irak aus organisiert werden. Außerdem die kommunistische Partei des Irans, die Tudeh. Diese zuletzt genannten Organisationen nutzen schwerpunktmäßig den Irak oder Europa als ihre organisatorische Basis. Mit einigen oppositionellen Gruppen hat die PJAK Gespräche geführt. Doch fällt es den meisten von ihnen schwer, sich aus dem Schatten des Iraks zu lösen. Es mangelt ihnen an einer unabhängigen politischen und militärischen Haltung. Sie sind momentan marginalisiert und verfügen nicht über die Kraft, gegen das System zu kämpfen. Das gilt für die Komala wie die KDP-Iran. Die Stärke der PJAK kann daraus entstehen, wenn es ihr gelingt, kurdische, persische, türkische und aserbaidschanische Gesellschaften zusammenzubringen und zu vereinen. Aber das System erzeugt immer wieder bewusst neue Spaltungen, deswegen kommen auch diese Bewegungen nicht zusammen. Das ist auch der Grund für ihre Schwäche. Die PJAK wird vom iranischen System sehr ernst genommen, weil sie im politischen und im militärischen Bereich sehr lebendig und aktiv ist. Die Bevölkerung im Iran vereint sich zunehmend mit dieser Bewegung, das gilt insbesondere für die KurdInnen. Vor dieser Kraft fürchtet sich das iranische Regime.

Wie sieht die Frauenorganisierung in Iran aus? Gibt es auch Kontakte zu anderen Frauenorganisationen und -bewegungen?

Wir können nicht von einer Frauenbewegung sprechen. Aber es gibt Frauengruppen und Intellektuelle oder Frauen, die Widersprüche erleben. Schwerpunktmäßig unter persischen Frauen. Jedoch verhindert das System, dass diese Organisierungsformen sich groß ausbreiten und an Stärke gewinnen können. 2010 haben diese Frauengruppen eine Demonstration zum 8. März organisiert, die vom Staat heftig angegriffen wurde. Wenn Frauen unter sich eine Einheit aufbauen wollen, dann werden sie mit scharfen Repressionen bedroht.

Es hat ziemlich viele Gefechte zwischen der Guerilla (HRK) und dem iranischen Militär gegeben. Inwieweit kann die Guerilla einen Schutz für die Bevölkerung in Ostkurdistan darstellen?

Der Guerillakampf ist ein Mittel zur politischen Veränderung des Systems. Militär und Staat führen äußerst harte Angriffe gegen die Bevölkerung durch. Insbesondere im Grenzgebiet werden immer wieder Menschen ermordet. Weil die Bevölkerung hungrig ist, versucht sie ihr Überleben durch Schmuggelei zu sichern, aber dann werden sie durch den Staat ermordet. Doch auch in den Dörfern werden Häuser überfallen und Menschen ermordet. Wenn bekannt wird, dass jemand mit unserer Bewegung zusammenarbeitet oder uns unterstützt, dann wird diese Person verhaftet, verprügelt oder auch hingerichtet. Bei scharfer Repression oder Hinrichtungen von PJAK-AktivistInnen folgen Vergeltungsaktionen unserer Bewegung. Ein Beispiel hierfür ist die Erschießung eines Richters, der das Todesurteil gefällt hatte. Das gibt der Bevölkerung Kraft und Mut.

Wie müssten Kampagnen gegen Hinrichtungen, z. B. gegen die drohende Hinrichtung von Zeynep Celaliyan, gestaltet werden, um auf den Iran wirklichen politischen Druck ausüben zu können? Wie können die Gefangenen in iranischen Gefängnissen von Europa aus wirksam unterstützt werden?

Wenn Themen die iranische Innenpolitik oder die Situation und Folterungen von Frauen betreffen, dann muss das über Medienarbeit in die Öffentlichkeit getragen werden. Auch Menschenrechtsvereinigungen müssen in Bewegung gesetzt werden.

Sowohl Institutionen der EU als auch NGOs und Frauenrechtsorganisationen oder feministische Bewegungen können gemeinsame Kampagnen machen. Feministische Organisationen können in Zusammenarbeit mit der PAJK die Frauenrechtsverletzungen im Iran zur Anklage bringen. Die PAJK kann auch noch weitere Informationen über die Situation von Frauen im Iran zur Verfügung stellen. Auch die Freundinnen, die konkret von der Todesstrafe bedroht sind, wie z. B. Zeynep Celaliyan, müssen unterstützt werden. Şirin Elemmuhoyi ist einfach hingerichtet worden, ohne dass das groß in der internationalen Öffentlichkeit thematisiert wurde. Es gibt noch viele andere gefangene Frauen. Nicht nur aus politischen, sondern auch aus sozialen Gründen werden Frauen verhaftet. Es könnte eine Kampagne zur Unterstützung der gefangenen Frauen und gegen die Folter im Iran begonnen werden mit dazugehörigen Protesten. Sitzblockaden und allen möglichen anderen Aktionsformen. Die Frauenorganisationen und -bewegungen in Europa könnten gemeinsam den Iran anklagen. Es gibt viele Informationen und Bildmaterialien, die wir für eine solche Kampagne zur Verfügung stellen können. Daraus können Dossiers zu den Menschenrechtsverletzungen im Iran angefertigt und auch von außen Druck auf das iranische Regime ausgeübt werden. Der Dialog und der Informationsfluss zwischen der kurdischen Frauenbewegung und den Frauenorganisationen in Europa muss noch verbessert werden. Über die Webseite der PAJK (http://www.pajk-online.com) ist es auch von außen möglich, zu uns Kontakt aufzunehmen.

Möchtest du am Schluss noch etwas ergänzen?

Mein Eindruck ist, dass die Frauenorganisationen in Europa noch enger auf kollektive Weise zusammenarbeiten müssen und mit anderen Frauenbewegungen auf der Welt im Dialog stehen sollten. Wir fühlen die gleichen Schmerzen und wenn irgendwo Frauenrechte verletzt werden, dann müssen wir alle aktiv werden. Würden die Frauenbewegungen in Europa die Probleme von Frauen aus der gesamten Welt noch häufiger auf ihre Tagesordnung setzen, dann wären sie auch eher in der Lage, die Probleme ihrer eigenen Gesellschaft zu lösen. Die Frauenfrage kann nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Fragen behandelt werden. ♦

Schluss mit dem brutalen Morden!
Aufruf zur Kampagne gegen Steinigungen und Hinrichtungen

Es ist seit langem an der Zeit, den Steinigungen ein Ende zu bereiten, die seit Jahrhunderten als brutale Mordinstrumente gegen Frauen eingesetzt werden. Die Steinigung ist das Resultat einer mörderischen Mentalität, die Frauen nicht nur physisch tötet, sondern sich darüber hinaus bis in die letzte Zelle des Gedächtnisses einprägt. Es ist eine Methode, die Frauen ihres Wahrnehmungsvermögens, ihrer Sprache, ihrer Gedanken und jeglicher Freiheit beraubt. Die Gesetze und Moralvorstellungen, mit denen Frauen heute beschuldigt, angeklagt und bestraft werden, entsprechen patriarchalen Normen. Das Ergebnis dieser patriarchalen Sitten und Normen ist, dass heute die verschiedensten Formen von Betrug, Ausbeutung, Unterdrückung, Vergewaltigung, Morden und Enteignung durch Gesetze legalisiert sind und unzählige Frauen ganz „legal" ermordet werden.

Die Steinigungen, die unter dem angeblichen Vorwand von „gesellschaftlicher Tradition", in verschiedenen Regionen der Welt – insbesondere jedoch derzeit im Iran – angewandt werden, sind ein Mittel, um Frauen aus dem gesellschaftlichen und politischen Leben zu verbannen. Neben der Steinigung, die als Strafe für „Ehebruch" gilt, werden parallel dazu Frauen hingerichtet, die auf ihrer Meinungsfreiheit und ihren Rechten beharren. Als International Free Women's Foundation (IFWF) unterstützen wir aktiv die Kampagnen und Unterschriftssammlungen gegen die Todesstrafe sowie für die Freilassung von Zeynep Celaliyan und anderen Menschen, die zum Tode verurteilt und von der Hinrichtung bedroht sind. Mit der Schlinge aus Steinigungen und Hinrichtungen versucht das iranische Regime dem Aufschrei und den Freiheitsbestrebungen von Frauen die Luft abzuschnüren. Die Befreiung aus den Abgründen dieses Regimes, das selbstbewusste und willensstarke Frauen zur Gefahr deklariert, ist nur mit einer starken Solidarität aller Frauenbewegungen und demokratischen gesellschaftlichen Kräfte möglich.

Aus diesem Grund haben wir als International Free Women's Foundation im Jahr 2009 mit der Kampagne „1 Million Unterschriften gegen Steinigungen!" angefangen, um den Widerstand gegen Steinigungen zu organisieren und einen öffentlichen Druck zur Beendigung dieser Morde zu erzeugen. Diese Kampagne läuft über folgende Web-Seite weiter: www.stopthestoning.com.

Heute ist es unser Anliegen, diese Kampagne breiter auszuweiten, damit die Steinigungen und Hinrichtungen, die tagtäglich das Leben von Frauen bedrohen, in der Öffentlichkeit wahrgenommen und dagegen gemeinsame Proteste organisiert werden. Unsere Kampagne wollen wir mit einer vielseitigen Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen fortsetzen. Des Weiteren appellieren wir an internationale Gremien zur Verteidigung von Menschenrechten, sich stärker zu engagieren und alle Mittel des internationalen Rechtes einzusetzen, um die Steinigungen und Todesstrafen im Iran und anderswo endgültig zum Stillstand zu bringen. Wir sind überzeugt davon, dass wir durch einen gut organisierten Protest und die Stärkung unserer Solidarität im Mittleren Osten und anderen Teilen der Welt die Menschenrechtsverletzungen an Frauen aufhalten können.

Um dieser mörderischen Brutalität ein Ende zu bereiten, rufen wir alle Frauen und VerteidigerInnen von Frauenrechten auf, sich an dieser aktuellen und lebenswichtigen Kampagne zu beteiligen!

Rotterdam, Februar 2011

International Free Women`s Foundation
Internationale Vrije Vrouwen Stichting
Tel.: 0031 (0)10 7144046
E-Mail: ifwf@xs4all.nl
http://www.freewomensfoundation.org

Schlussresolution der Nahost-Vorbereitungskonferenz für die Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Venezuela

Der Kampf der Frauen im Mittleren Osten ist lebendig, dynamisch ...

„Die Zeit ist reif für einen neuen Aufbruch der internationalen Frauenbewegung!" Unter diesem Motto wird im März die Weltkonferenz der Basisfrauen in Caracas/Venezuela stattfinden.
In Vorbereitung dazu fand vom 24. bis zum 26. Dezember 2010 das Nahost-Vorbereitungstreffen im „Zentrum der Freien Frau" in Kirkuk unter Beteiligung von Frauen aus der Türkei, Syrien, dem Irak und Kurdistan statt.

Fünfunddreißig türkische, kurdische, arabische und assyrische Frauen aus 17 Organisationen nahmen an der Konferenz teil. Frauen aus Palästina und dem Libanon, die aus wirtschaftlichen und logistischen Gründen nicht an dem Treffen teilnehmen konnten, sandten eine Botschaft, in der sie ihre Zustimmung zu den Beschlüssen der Konferenz bekundeten. Das Treffen in Venezuela wurde als eine historische Chance der internationalen Frauenbewegung zur Organisierung des globalen Widerstandes gegen weltweite Angriffe und als eine Möglichkeit des gegenseitigen Erfahrungsaustausches bewertet.

Wir hielten die Konferenz in Kirkuk ab, einer Stadt, die von den Staaten in der Region und den internationalen Mächten umkämpft wird. Kirkuk ist wie ein Mikrokosmos innerhalb des Mittleren Ostens, wo Türken, Araber, Kurden, Turkmenen, Assyrer, Aramäer, Chaldäer, Muslime, Christen, Sabäer und Yeziden ein reiches kulturelles Mosaik bilden. Gleichzeitig ist Kirkuk das Zentrum all dieser Widersprüche. In der Stadt spiegelt sich das durch gegenseitiges Töten wider. Aus diesem Grunde verweist das Treffen gerade in dieser Stadt auf den Mut und die Entschlossenheit, die wir im Hinblick auf die Entwicklung Kirkuks und des Mittleren Ostens haben.

Im Jahre 2003 schufen die USA ein absolutes Chaos im Irak, den sie mithilfe anderer imperialistischer Staaten besetzt hatten. Der gesamte Mittlere Osten erzitterte im Versprechen auf „Freiheit" und „Demokratie". Inzwischen haben die imperialistisch-kapitalistischen Kolonialmächte ihre Vormachtstellung durch die andauernde Besatzung noch ausgebaut. Im Zuge der Intensivierung des Krieges nahm die Zahl der Toten, nahmen Armut, Blut und Tränen noch zu und tausende Männer, Frauen und Kinder verloren ihr Leben. Die Gemeinschaften der Region wurden gegeneinander aufgehetzt.

Wie in jedem Krieg waren es die Frauen, die besonders viel zu ertragen hatten. Die Frauen des Mittleren Ostens sind gefangen zwischen zwei Übeln. Das eine ist das Leiden durch den Druck der herrschenden theokratischen, monarchischen, feudalen und religiösen Elemente der Region und das andere ist die kapitalistische Politik, die die Körper und die Arbeit der Frauen ausbeutet.

Obwohl der Imperialismus mit voller Kraft angreift, gibt es im Mittleren Osten einen starken Widerstand dagegen. Frauen beteiligen sich an diesem Widerstand mit ihren eigenen politischen und sozialen Forderungen. Tausende von Frauen haben Aktionen gegen den Krieg auf den Straßen durchgeführt und wurden so zu einer Kraft in allen Teilen des Widerstands.

Der Kampf der Frauen im Mittleren Osten ist lebendig, dynamisch und fruchtbar. Wo die Frauen in den sozialen, nationalen, demokratischen Klassenkämpfen involviert sind, kämpfen sie gleichzeitig einen Kampf, um das Bewusstsein der Geschlechter zu wecken. Die Frauen in dieser Region haben eine lange Geschichte des Widerstandes und des Kampfes. Die kurdische Frauenbewegung ist im Mittleren Osten sehr aktiv und die Kurdinnen, die sich in der Türkei, im Iran, Irak und in Syrien an den Kämpfen beteiligen, kämpfen nicht nur gegen nationale Unterdrückung, sondern auch gegen die vieldimensionalen Probleme, mit denen alle Frauen im Mittleren Osten konfrontiert sind.

In der Diskussion um die Punkte, die auf dem Weltfrauentreffen in Venezuela auf die Agenda kommen sollten, wurde klar, dass die Realität der Frauen und der Frauenbewegungen im Mittleren Osten mehr Raum einnehmen sollte.

Als ein Ergebnis der Debatte über die auf der Konferenz vorzustellenden Länderberichte wurden die folgenden Punkte festgehalten:

In Übereinstimmung mit dem Konzept des Weltfrauentreffens sollte allen Frauen die Möglichkeit gegeben werden, sich selbst darzustellen. Darüber hinaus ist es nötig, die Agenda überall dort zu ändern, wo kämpfende und widerständige Frauen als Opfer gesehen werden.



Die genaue Gestalt ihrer Probleme wurde nicht deutlich, ebenso wenig wie Methoden für eine Lösung nicht konkret benannt wurden. Aus diesem Grund werden nicht die Kämpfe der Frauen sondern ihre Rolle als Opfer in den Vordergrund gerückt. Im Zusammenhang mit den weltweiten sozialen Kämpfen wurden einige der zentralen Kräfte ausgeklammert. Die Frauenbewegung im Mittleren Osten ist eine davon. Trotz der schwerwiegenden Probleme, unter denen Frauen im Mittleren Osten zu leiden haben, sind die Frauen durchdrungen von einem starken Geist des Widerstandes. Die Besatzung im Mittleren Osten zu beenden, die Beachtung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen sind wichtige Punkte auf der politischen Agenda der Frauenbewegung. Wir wissen, dass Frieden, Einheit und Freiheit im Mittleren Osten möglich sind, wenn Frauen in den Kampf eingebunden sind.

Von allen Gegenden auf der Welt ist der Mittlere Osten eine, in der Frauen schlimmer Gewalt ausgesetzt sind. Es geht dabei nicht darum, in welchem dieser Länder die Gewalt gegen Frauen am schlimmsten ist. Gewalt hat viele Gesichter und die Frauen dort sind politischer, militärischer, religiöser, ökonomischer, sozialer, rechtlicher und sexueller Gewalt ausgesetzt.

Steinigung, weibliche Genitalbeschneidung, Todesstrafe, Tötungen und Selbstmorde, sexuelle Gewalt, Missbrauch und Vergewaltigung, „Ehren"-Morde, Kinderehen, Zwangsheiraten, Frauentausch, Polygamie und die rechtliche Diskriminierung von Frauen sind typische Aspekte von Frauenleben im Mittleren Osten.

Aus diesem Grunde ist es das Hauptanliegen der Frauenbewegung im Mittleren Osten, den Kampf gegen alle Formen der Gewalt gegen Frauen weiterzuentwickeln. Indem sie gegen den iranischen Staat kämpft, der viele Frauen wie Zeynep Celaliyan und Sakina Mahmudi Astiyani zum Tode verurteilt hat, kämpft die Frauenbewegung für die Beendigung der Hinrichtungspraxis. Darum beschloss unsere Konferenz die Unterstützung von Aktionen zum Stopp der Hinrichtungen.

Der Körper der Frau und seine Verwertung sind ein wesentlicher Bestandteil der weltweiten kapitalistischen Verwertungslogik. Neben dem traditionellen Verständnis der Frau als Besitz haben mit der Ausbreitung des Kapitalismus im Mittleren Osten Vorstellungen vom weiblichen Körper als Ware und seiner Verkehrung in ein Spielzeug zur Befriedigung männlicher Lust systematisch zugenommen.

Der Kampf der Frauen wird im radikalen Kampf gegen das kapitalistische System, das die männliche Vorherrschaft und die soziale, religiöse und traditionelle herrschende Ideologie stärkt, erstarken.

Die Kraft, die von der Frauenbewegung ausgeht, bewirkt einen signifikanten Wechsel in den Dynamiken in den Ländern des Mittleren Ostens. Doch weil die Frauenbewegung nicht geeint ist, kann sie sich nicht zu einer effektiven regionalen Kraft entwickeln. Die Konferenz, die dieses Problem erkannte, beschloss ein gemeinsames aktives Vorgehen und die Schaffung einer regionalen Frauenkoordination zur Organisation einer Nahost-Frauenkonferenz. Die Einheit der Frauen, die im Mittleren Osten hergestellt werden wird, wird eine wichtige Kraft in der Entwicklung der internationalen Frauenbewegung.

Neu zu schaffende Frauengruppen, werden den Kampf der Frauen um Freiheit auf einer politischen und theoretischen Basis weiterentwickeln. Aber es wird im Wesentlichen um den Aufbau der Frauenbewegung und die Organisierung der Massen gehen. Was wir vor allem brauchen, ist ein gemeinsames, konkretes und praktisch umsetzbares Aktionsprogramm.

Was die Entwicklung der regionalen Frauenbewegung angeht, setzen wir auf die Teilnahme von Frauenorganisationen im Mittleren Osten.

Die Weltfrauenkonferenz in Venezuela bietet uns die Gelegenheit, mit Frauenbewegungen aus aller Welt zusammenzukommen.

Mittelostvorbereitungskonferenz für die Venezuela-Weltfrauenkonferenz

YDK (Neue demokratische Frauen), Türkei
IMECE (Vereinigung für unregistrierte, prekäre und flexible Frauenarbeit), Türkei
SKM (Sozialistische Frauenversammlungen), Türkei
Cenî -Kurdisches Frauenbüro für Frieden, BRD
DKH (Demokratische Frauenbewegung), Türkei
DÖKH (Demokratische Freie Frauenbewegung), Türkei
Selis Frauenvereinigung, Türkei
YJRK (Ostkurdische Frauenunion), Iran
YEKITIYA STAR, Syrien
HIWA (Hoffnung) Vereinigung Kirkuk, Irak
RJAK (Freie Frauenbewegung Kurdistan), Irak
Nawenda Jinen Azad (Freie Frauenbewegung), Kirkuk/Irak
Ishtar Frauenhaus, Kirkuk/Irak
Frauenkomitee der Provinzverwaltung Kirkuk, Irak
Frauen für die Unterstützung von Frauenvereinigungen, Bagdad/Irak
Irakische Alamad-Vereinigung, Kirkuk/Irak
KNK (Kurdistan Nationalkongress, Frauenkommission), Kurdistan ♦

Eine freie Kunst kann nur in der Revolution und mit der Revolution geschaffen werden

Şervin Nûdem sprach mit Jinda Baran und Dersim, Filmemacherinnen der Guerilla, über revolutionäre Kunst und die Arbeit am Film

Wie hat sich die Filmarbeit hier in den Bergen entwickelt?

Jinda: Unsere Arbeit begann im Jahr 2001. Den Grundstein der Filmarbeit in der Guerilla legte Halil Dağ*. Er hat sehr viele Freunde und Freundinnen in der Filmarbeit ausgebildet. Einige dieser SchülerInnen sind noch unter uns. Wir versuchen hier, seine Arbeiten fortzusetzen. Halil förderte insbesondere Frauen in dieser Arbeit sehr, weil er daran glaubte, dass Frauen die Kunst weiterentwickeln würden. Wir setzen diese Arbeit fort, weil die Kinofilmarbeit in den Bergen sehr vieles zum Ausdruck bringen kann. Das kurdische Kino ist noch in einer sehr schwachen Position, es entwickelt sich gerade erst neu. Es gibt zwar einige kurdische RegisseurInnen, die versuchen, etwas zu machen. Aber sie konzentrieren sich nicht auf die Situation der kurdischen Bevölkerung, setzen sich nicht wirklich mit ihr auseinander. Ihre Absicht ist es nicht, eine neue kurdische Gesellschaft aufzubauen. Halil sagte einmal, wenn es kein freies Land, keinen freien Raum und keine freien Menschen gibt, dann kann es auch keine freie Kunst und Kultur geben. Deswegen können wir diese Voraussetzungen nur in den Bergen schaffen. Eine freie Kunst kann nur in der Revolution und mit der Revolution geschaffen werden. Wir haben diese Arbeit nicht auf filmwissenschaftlicher Grundlage begonnen. Halil war zu Anfang auf Fotografie spezialisiert und hatte als Kameramann für das kurdische Fernsehen gearbeitet. Er hat sich all sein Wissen und Können selbst erarbeitet. Für ihn war es wie eine Leidenschaft, wie eine Liebe, und das haben wir unter uns weiterentwickelt. Niemand von uns hatte zuvor eine besondere Ausbildung oder eine Filmschule besucht. Aber wenn heute welche kommen, die Filmkunst studiert haben und uns bei der Arbeit zuschauen, dann sind sie sehr erstaunt. Sie stellen fest, dass sie vieles von uns lernen können. Generell arbeiten wir mit einer einzigen Kamera. Wir haben hier keine Studios oder so. Unsere Umgebung, unsere Kulissen, unsere SchauspielerInnen sind die Berge, die Bäume, die Steine. Über sie versuchen wir, uns auszudrücken. Wir versuchen mit einer einzigen Kamera einer Seele Ausdruck zu verleihen. Und wir glauben daran: Hier findet seit dreißig Jahren ein revolutionärer Kampf statt. Menschen, die von außerhalb kommen oder all dies nicht erlebt haben, können die Wirklichkeit hier niemals richtig erfassen. Sie können die Geschichte der kurdischen Kinder hier in den Bergen nicht verstehen, oder mit den Worten von Halil: „Wir müssen die Geschichte all dieser mutigen kurdischen Kinder in den Gesellschaften bekannt machen." Das ist für uns eine Aufgabe, der wir uns verpflichtet fühlen. Daraus schöpfen wir unsere Kraft. Ansonsten ist die Sprache unserer Filme die Sprache der Berge. Berge sind verschlungen, verwinkelt, steil, manchmal matschig. Also, wir verleihen der Seele der Berge einen bildlichen Ausdruck. Die einzige Technik, die wir – außer einer Kamera – benutzen, ist der Mensch. Wir sind ein Team, wir arbeiten zusammen als Gruppe. Dersim und ich arbeiten seit sieben Jahren zusammen mit zwei weiteren FreundInnen. Vorher war die Gruppe noch größer, aber einige FreundInnen sind mittlerweile gefallen.

Könnt ihr uns über euer aktuelles Projekt erzählen?

Jinda: Der Film, den wir gerade drehen, handelt von vier KurierInnen. Mit dem Film „Wege" wollen wir die Argumente für unsere Wege, für unsere Ideologie erklären. In der Guerilla ist es die Aufgabe der KurierInnen, die Verbindung zwischen verschiedenen Gebieten aufrechtzuerhalten und die Guerillagruppen von einem Gebiet ins andere zu bringen. Auf diesen Wegen erleben sie vieles und müssen oft Schwierigkeiten überwinden. Die KurierInnen haben in unserer Revolution eine sehr große Rolle gespielt. Es ist die Geschichte von vier FreundInnen, die als KurierInnen gearbeitet haben und jetzt gefallen sind. Wir versuchen, das, was sie erlebt haben, in unserem Film darzustellen.

Ist das euer erstes Filmprojekt?

Jinda: Das ist nicht unser erster Film. Es gab andere Filme, in denen ich zuvor auch schon Regie führte. Aber damals unterstützte uns Halil dabei. Es ist jetzt das erste Mal, dass wir als Frauen ein solches Unterfangen begonnen haben. Es ist sehr schwer, die Verantwortung dafür zu tragen. Es ist nicht so wie bei anderen Filmproduktionen, dass du ein großes Filmteam zur Verfügung hast. Du fängst mit allem bei null an, machst alles selbst. Du trägst selbst deine Ausrüstung durch

* Halil Dağ (Halil Uysal) (1973–2008), kurdischer Filmemacher, s. Kurdistan Report Nr. 137, S. 41ff.

die Gegend, kletterst selbst auf die Berge, schlägst dein Camp auf. Also, du musst alles selbst vorbereiten. Zum Beispiel sind die SchauspielerInnen zugleich auch BeleuchterInnen. Dann muss auf einmal jemand weg und eine andere Aufgabe erledigen. Aber dann in der gleichen Minute muss die Person wieder in ihre Rolle schlüpfen und weiterspielen. So arbeiten wir auf diese Weise unter schwierigen Bedingungen. Wir sorgen für unsere eigene Verpflegung und Sicherheit, denn wir sind Guerillas, wir sind keine FilmschauspielerInnen. Wir organisieren unser Leben wie alle FreundInnen in der Guerilla auch. Es kann auch Situationen geben, in denen wir kämpfen müssen. Und wie alle im Krieg verletzt oder getötet werden können, so gilt das auch für uns und unsere Arbeit im Filmteam. Wir sind ein Teil des Lebens in den Bergen hier, nicht davon losgelöst. Unsere Arbeit ist ein Produkt des Guerillalebens.

Wie seht ihr eure Aufgabe beim Film?

Dersim: Ich bin selbst noch eine Anfängerin hier und bilde mich noch weiter. Sowohl als GuerillakämpferInnen als auch in der Filmarbeit begreifen wir uns selbst noch als SchülerInnen. So wie wir als Frauen eine Führungsrolle in dieser Revolution spielen, so gilt das auch für den Bereich der revolutionären Kunst und Kultur. Halil war einer unserer Lehrer, der uns darin sehr bestärkte. Das ist sozusagen das Erbe, an das wir anknüpfen. Das System kann niemals unsere Vorstellungen, unsere Gefühle und unsere Wünsche zur Sprache bringen, denn das System zielt darauf ab, unsere Träume und Utopien zu zerstören. Deswegen begreifen wir Kunst und Kultur als ein wichtiges Mittel, unseren Träumen und Wünschen Ausdruck zu verleihen und am Aufbau einer freien Gesellschaft mitzuarbeiten. Wir sehen unsere Kunst als einen Gegenpol zu dem reaktionären System und der Rückschrittlichkeit in unserer kurdischen Gesellschaft. Das Niveau, das unsere Kulturarbeit erreicht, ist ein Ausdruck des Niveaus unseres Frauenbefreiungskampfes. Die Berge sind für uns ein Ort, an dem wir uns zurückziehen können und uns intensiv gedanklich auseinandersetzen können. Sie bieten uns die Basis und den Nährboden für unsere Filmarbeit. Denn das kapitalistische System benutzt den Kinobereich sehr stark, um ihn gegen die Gesellschaft einzusetzen. Deswegen ist es für uns notwendig, dass wir selbst in diesem Bereich aktiv werden und ihn in den Dienst der Unterdrückten stellen. Wir wollen diesen Bereich im Einklang mit den Zielen unserer Revolution gestalten. Wir haben eine Weltanschauung. In der Person Halils hat unsere Filmarbeit eine eigene, unabhängige Linie entwickelt. Von Anfang an haben wir als revolutionäre Frauen in diesen Arbeiten unsere eigene Farbe eingebracht, unsere eigene Vorgehensweise entwickelt. Diese Linie stellt eine Alternative zum bestehenden Kino dar und grenzt sich ganz klar davon ab. Wir sind überzeugt, dass wir eine neue Sprache des Films hervorgebracht haben.

Wie weit ist der Film, an dem ihr derzeit arbeitet?

Jinda: Wir wollten diesen Film eigentlich im Frühjahr 2010 drehen. Aber da hat es einige spezielle Schwierigkeiten gegeben. Ihr kennt das vielleicht, wenn wir als Frauen in der revolutionären Arbeit eigene Projekte umsetzen wollen, bedeutet das einige Mühen und Anstrengungen. Eine Frau muss doppelt so viel kämpfen, um etwas durchsetzen zu können. So sehr wir uns auch in einer Revolution befinden und es für uns Kriterien der Freiheit gibt, anhand derer wir unser Leben und unsere Arbeit gestalten, so gibt es manchmal doch Schwierigkeiten bei deren Umsetzung. Wir wollten ja im Frühjahr mit den Dreharbeiten beginnen. Im Frühjahr ist die Landschaft Kurdistans unbeschreiblich schön. Aber bis wir dieses Projekt durchsetzen konnten, ist es jetzt Herbst geworden. Ein Viertel der Dreharbeiten haben wir bis jetzt machen können. Ich hoffe, wir bekommen den Film fertig, bevor der Schnee fällt.

Wie bestimmt ihr den Inhalt eurer Filme?

Jinda: Wir verfolgen die politischen und gesellschaftlichen Geschehnisse und fragen uns, was gebraucht wird. Aber zu Anfang war es nicht so. Die ersten Filme waren Erlebnisse und Erinnerungen aus der Guerilla. Zum Beispiel der Film „Tirej“, das war unser erster Film. Der ist auch in den Kinos gezeigt worden. Seine Geschichte ging auf den Freund Tirej zurück. Er hatte während eines Gefechts die ganze Zeit über bis zum Schluss weiter an seinem Tagebuch geschrieben. Am Ende seines Tagesbuches schrieb er: „Es gibt einen Freund, der heißt Halil Dağ. Wenn ich getötet werden sollte, dann übergebt ihm mein Tagebuch.“ So hat Halil mit der Kinofilmarbeit begonnen. Ansonsten wäre ihm nicht durch den Kopf gegangen, dass so etwas unter den Bedingungen in den Bergen möglich sein könnte. Aber er hatte sich in den Kopf gesetzt, dass er das Vermächtnis, das Tirej ihm hinterlassen hatte, würdigen wollte und einen Film machen wollte, der die letzten Momente vor dem Tod des Freundes festhalten sollte. Unsere Geschichten sind alle so. Sie beginnen mit einem Gefühl. Zuerst standen die Erinnerungen und das Leben der Guerilla auf unserem Programm, aber die Entwicklungen gehen weiter. Die Revolution findet im kulturellen, politischen und sozialen Bereich statt und dementsprechend gucken wir, welche Themen wichtig sind. Wir überlegen, wie wir durch eine Geschichte neue Denkanstöße geben können. Bis zu einem gewissen Zeitpunkt hatten wir nur die Möglichkeit, Filmaufnahmen in den Bergen bei der Guerilla zu machen. Da die Bedingungen nichts anderes zuließen, konnten wir uns nicht in die Gesellschaft, in die Dörfer oder Städte begeben. Aber jetzt sind langsam Orte entstanden, an denen die Guerilla und die Gesellschaft gemeinsam leben und arbeiten können.

Unsere Revolution ist nicht weit von der anarchistischen und feministischen Revolution entfernt. Ich selbst habe die Überzeugung, dass feministische und anarchistische Kräfte eine wesentliche Rolle beim Aufbau einer neuen Gesellschaft spielen werden. Unsere antikapitalistische, antiimperialistische, antipatriarchale, gegen jegliche Herrschaftsform gerichtete Ideologie ist so etwas wie Anarchismus. Nicht alle, die zur Guerilla kommen, sind automatisch freie Menschen. Es ist ein Kampf innerhalb dieser Revolution. Das Bewusstsein hierüber haben auch wir erst in dieser Revolution gewonnen. ♦

Die Kriminalisierung der pro-kurdischen Tageszeitung Yeni Özgür Politika

Nein zur Pressezensur!

Nihal Bayram

Die Freiheit der Presse steht für das Grundrecht auf freie Ausübung einer Tätigkeit, Informationen und Meinungen unzensiert zu veröffentlichen.

In Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland heißt es u. a.: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Der Artikel 5 des Grundgesetzes gewährt und schützt daher neben der Meinungsfreiheit, der Rundfunkfreiheit und der Informationsfreiheit auch die Pressefreiheit auf allen Ebenen.

Dies ist ein wohl sehr beruhigender Gedanke, welcher Deutschland als einen demokratischen Rechtsstaat glänzen lässt.

Doch wie sieht es in der Wirklichkeit aus?

Deutschland, ein Land voller Prinzipien, Normen, aber auch Grenzen.

Wie weit geht Vater Staat, um die Freiheit der Meinung und die Freiheit der Presse in seinem Land zu wahren und zu schützen?

Ist es im Sinne Deutschlands, im Zuge der politischen Partizipation und der sozialen Integration alle Migrantengruppen in Deutschland in ihrer persönlichen Entwicklung, in der Bewahrung der Grundwerte wie Muttersprache, Religionsfreiheit, Organisationsfreiheit und der Freiheit der Publikation von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen in der eigenen Muttersprache zu unterstützen und zu fördern?

Wie weit geht Vater Staat, um im Zuge wirtschaftlicher, politischer, aber auch diplomatischer Vorteile die Pressefreiheit in Deutschland zu unterbinden?

Welche Verhandlungen werden zum Nachteil der Pressefreiheit hinter verschlossenen Türen geführt?

Und letztendlich die Frage: Wie weit würde Deutschland gehen, um seine internationale Stellung zu wahren?

Eines ist hierbei klar zu erkennen.

Geht es um die eigenen „Landsleute", dann werden weder internationale Stellungen gewahrt bzw. berücksichtigt noch werden wirtschaftlichen, politischen Vertragspartnern Vorrechte zugesprochen.

Denn wie am aktuellen Beispiel der im iranischen Täbris inhaftierten deutschen Journalisten* zu erkennen, werden hier moralische und ethische Haltungen anderer Länder gefordert, die Freiheit der Presse hochgepriesen und mit allen Mitteln verteidigt.

Was ist aber, wenn es sich im Kontext der Pressefreiheit um die Presseorgane einzelner Migrantengruppen in Deutschland handelt?

Ein aktuelles und vor allem selbst erklärendes Beispiel hierzu ist der Versuch der deutschen Justiz, die pro-kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika zu zensieren.

Denn die seit 2006 bestehende Yeni Özgür Politika ist ein wichtiges Exempel für internationale Verhandlungen zwischen Deutschland und den Ländern wie dem Iran und der Türkei, die wenn nötig die Grund- und die Menschenrechte in ihrem Land angreifen, unterbinden oder gar unter Strafe stellen können.

Warum wird in Deutschland versucht, die Yeni Özgür Politika zu verurteilen?

Warum soll die kurdische Presse in Deutschland zum Schweigen gebracht werden?

Die pro-kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika hat ihren Hauptsitz in der hessischen Bürostadt Neu-Isenburg und ist seit ihrer Gründung am 15. Januar 2006 mittlerweile europaweit mit einer Tagesauflage von über 5.000 Exemplaren und einer Abonnentenzahl von 2.534 vor allem in den Ländern Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Österreich, Schweiz, Niederlande und Belgien vertreten und Dank ihrer kostenfreien Online-Ausgabe auch weltweit zu lesen.

Bereits seit ihrem Bestehen steht sie in Deutschland unter strikter Beobachtung einzelner Staatsanwaltschaften, Kriminalbehörden und anderer staatlicher Institutionen und wird daher direkt in eine so genannte Kriminalisierungsecke gedrängt.

Dass damit nicht nur die kurdische Presse, sondern auch die kurdische Leserschaft kriminalisiert werden soll, das zeigen u. a. auch die zahlreichen Hausdurchsuchungen bei kurdi-

* Fotograf und Reporter der „Bild am Sonntag", die den Sohn der im Iran zum Tod durch Steinigung verurteilten Sakineh Mohammadi Ashtiani interviewen wollten und seit Oktober 2010 in Täbris in Haft sitzen.

schen Familien, Hunderte von Strafanzeigen und Gerichtsprozessen gegen Kurdinnen und Kurden in Deutschland.

Im Falle der jüngsten Repressalien der deutschen Justiz spielt aber vor allem die bloße Tatsache der Existenz einer prokurdischen Tageszeitung in Europa eine entscheidende Rolle.

Jedoch wird mit diesem konkreten Fallbeispiel gleichzeitig ein klarer Rechtsskandal in Deutschland offenkundig:



Gençler polisle çatıştı

Yeni Özgür Politika

14. FEBRUAR 2011 MONTAG

14 Şubat 2011 Pazartesi

Komplocular lanet yağdı!

Bu yıl 'Kürt Ulusal Soykırım Günü' olarak da anılmaya başlayan 15 Şubat Komplosu, Avrupa'da yaşayan onbinlerce Kürt ve dostları tarafından protesto edildi. Fransa'nın Strasbourg kentinde yapılan yürüyüş ve mitingde, Kürt sorununa demokratik çözüm çağrısı yapıldı.

'Şêx Said'den Önder Apo'ya'

Komplo yenildi!

Şivan'a sanatçılardan tepki!

Açmazsanız biz açarız!

AKP Hükümeti ve Türk devlet yetkililerinin, toplu mezarlar gerçeğini görmezden gelip örtbas etme gayretine karşı Kürtler, tepki ve arayışlarını yoğunlaştırıyor. Dün Silopi'de yürüyen binlerce kişi, yetkililerin izin vermemesi durumunda mezarları kendilerinin açacağını söyledi.

Kürt ve Zapatist kadın ağı

Titelblatt der Tageszeitung Yeni Özgür Politika vom 14.02.2011 zu den 15.-Februar-Protesten. Es ist die einzige prokurdische Zeitung in Türkisch und Kurdisch.

Foto: YÖP

Aufgrund einer Anzeige der türkischen Botschaft in Deutschland wird seit Herbst 2010 ein Strafverfahren gegen die Yeni Özgür Politika angestrebt.

Inhalt der Anzeige war die Forderung nach der Unterbindung der Publikation der Tageszeitung Yeni Özgür Politika mit der Begründung, sie habe sich verfassungsrechtlich strafbar gemacht.

Daraufhin wurde über das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa und über die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt der leitende Oberstaatsanwalt in Darmstadt angeschrieben und damit beauftragt, Klage gegen die Yeni Özgür Politika zu erheben.

Dieses Schreiben an den Oberstaatsanwalt enthält den Betreff: „Rechtshilfeverkehr in strafrechtlichen Angelegenheiten mit der Türkei."

Dies deutet schon im Vorfeld im Sinne einer verhandelbaren Profitierung auf gezielte Verhandlungen über eine deutschlandweite Zensur der kurdischen Presse hin.

Der erste Schritt hierzu wurde bereits unternommen.

Die zuständige Staatsanwaltschaft Darmstadt hat die Tageszeitung Yeni Özgür Politika beim Amtsgericht Offenbach am Main angeklagt.

Inhalt und Begründung der Anklage ist, dass die Zeitung in ihren Berichten verbotene Symbole und Fahnen mit veröffentlicht bzw. abgedruckt haben soll.

Gegenstand des Verfahrens ist laut Schreiben demnach der Inhalt einzelner Berichterstattungen aus der Yeni Özgür Politika.

Doch angesichts der Tatsache, dass sowohl bekannte Printmedien wie die Süddeutsche Zeitung und die TAZ, aber auch bekannte Zeitschriften wie der Spiegel, der Focus und der Stern dieselben verbotenen Symbole und Fahnen in ihren Berichten veröffentlicht haben, dagegen bis heute nicht angeklagt worden sind, ist dies ein klarer Rechtsskandal im deutschen Justizwesen und ein offener Angriff auf die Pressefreiheit in Deutschland.

Dieser Rechtsskandal deutet auf den Fakt hin, dass mit diesem Prozess grundlegend rein politische Ziele der deutschen Justiz im Kontext der deutsch-türkischen Beziehungen verbunden sind.

Damit richtet sich diese Anklage nicht nur gegen eine europaweit einzigartige pro-kurdische Tageszeitung, sondern auch und vor allem gegen die Freiheit der Presse in Deutschland.

Aus einem weiteren Blickwinkel können wir die Pressefreiheit in den deutschen Medien betrachten.

Wie werden die Migrantengruppen und hierin vor allem die Kurden in Deutschland in der deutschen Presse dargestellt, vorgestellt und präsentiert?

Warum werden nur schlechte Nachrichten wie Ehrenmorde, Schießereien, negative Dramen unter den Kurden zu Schlagzeilen in den deutschen Medien, dagegen aber ein Demonstrationszug von Hunderten Kurdinnen und Kurden für den Frieden und für die Demokratiebestrebungen in ihren Heimatländern mit keiner einzigen Zeile gewürdigt?

Diese Tatsache deutet in Bezug auf die Kurden auf eine Pressezensur innerhalb Deutschlands und auf eine offene Kri-

minalisierungspolitik der deutschen Medien vor allem gegen kurdische Jugendliche, gegen kurdische Migrantenorganisationen und auch gegen einzelne kurdische Familien hin.

Laut deutschem Grundgesetz soll die Pressefreiheit eine freie Meinungsbildung fördern.

Wie soll dies gelingen, wenn den Kurdinnen und Kurden als zweitgrößter Migrantengruppe in Deutschland das Recht auf Darstellung entzogen wird und Kurden nur in negativem Kontext zum Inhalt eines Berichtes in den deutschen Medien werden?

Weit wichtiger wäre aber hier die Frage, wie man ein solch schlechtes „Kurdenbild" in Deutschland richtigstellen kann und wie man die Kurdinnen und Kurden als eine friedliebende und demokratisch orientierte Migrantengruppe sichtbar machen kann.

Kann eine internationale Unterstützung für eine friedliche Lösung auch über die Medien der einzelnen Länder kommen?

Leider scheinen hierzu die Meinungen der einzelnen europäischen Länder auseinanderzugehen.

Denn in Anbetracht der Tatsache, dass sowohl der pro-kurdische Fernsehsender ROJ-TV in Belgien als auch die pro-kurdische Tageszeitung Yeni Özgür Politika in Deutschland mit Zensur zum Schweigen gebracht werden sollen, wird offensichtlich, dass die Existenz kurdischer Medien in Europa Panik und deutliche Verstimmung innerhalb der politischen Reihen in der Türkei auslöst.

Warum sonst sollte die türkische Regierung das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf Wahrheitsfindung und das Recht auf eine unzensierte Information und Berichterstattung in einem anderen Land unterbinden wollen?

Warum sonst sollte die türkische Regierung die Schließung der kurdischen Medien verhandeln und sie zum (Tot-)Schweigen bringen wollen?

Warum sonst werden kurz nach einzelnen Staatsbesuchen zwischen der Türkei und Ländern wie Deutschland, Dänemark, Frankreich und Belgien im Herzen der Demokratie die Wohnungen zahlreicher kurdischer Journalistinnen und Journalisten, kurdische Vereine und Einrichtungen, die pro-kurdische Özgür Politika in der Vergangenheit und erst kürzlich der kurdische Fernsehsender ROJ-TV polizeilich gestürmt?

Im Falle der Tageszeitung Yeni Özgür Politika befindet sich die kurdische Presse in Deutschland nun in einer Wartephase.

Die Entscheidung der deutschen Justiz in diesem Fall wird in den kommenden Tagen erwartet.

Dennoch bleibt die kurdische Presse nicht untätig und führt seit geraumer Zeit eine Unterschriftenkampagne gegen diesen Rechtsskandal und gegen eine Pressenzensur in Deutschland.

„Nein zur Pressezensur" heißt das Motto, unter dem sowohl online (http://www.stop-censorship.org) als auch auf dem Papier bereits Hunderte von Unterschriften von anderen Journalisten, von Schriftstellern, Künstlern, Musikern, Akademikern, Arbeitern, Studenten, Hausfrauen und auch Rentnern geleistet wurden und damit eine enorme Welle der Solidarität hervorgerufen wurde.

Diese Haltung stärkt wiederum uns Journalistinnen und Journalisten der Yeni Özgür Politika in unserer freien Pressearbeit, in unserer Arbeit, nach der Wahrheit zu suchen und der Weltöffentlichkeit eine ungebundene und damit freie Berichterstattung zu bieten. ♦

PS: Wir würden uns über Ihre Kommentare, Meinungen und Leserbriefe hierzu freuen:

Medya Presse und Werbeagentur GmbH
YENI ÖZGÜR POLITIKA
Hans-Böckler-Str. 16
D-63263 Neu-Isenburg
Tel: +49 (0)6102 367690
Fax: +49 (0)6102 367696
info@yeniozgurpolitika.org
www.yeniozgurpolitika.org



Westsahara – Afrikas letzte Kolonie

Sahara libre!

Roland Schmidt

Am 27. Februar jährt sich zum 35. Mal der Geburtstag der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS). Aber die DARS ist ein Staat im Exil, seine Bewohner leben unter der Besatzung Marokkos oder in Flüchtlingslagern in der algerischen Wüste, und die Ausübung ihres Selbstbestimmungsrechts wird ihnen wegen regionaler und globaler Macht- und Wirtschaftsinteressen vorenthalten.

Als die Anführer der *Frente Popular para la Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro* (Volksfront zur Befreiung von Saguia el Hamra und Río de Oro, kurz: Frente Polisario) vor 35 Jahren in Bir Lehlou im Nordosten der Westsahara die DARS ausriefen, dauerte ihr Kampf gegen die spanischen Kolonialherren, die die Westsahara und den nördlichen Teil Marokkos seit dem Ende des 19. Jahrhunderts kolonisiert hatten, schon fünf Jahre. Die Polisario – zunächst eine kleine Gruppe junger Männer, die mit erbeuteten Waffen kämpften – erhielt schon bald die Sympathie und Unterstützung der meisten der mehreren hunderttausend Sahrauis, Nomaden und Fischer, die auf dem 266 000 km² großen Territorium lebten.

Der internationale Druck auf Madrid, endlich seine letzte Kolonie in die Freiheit zu entlassen, wurde immer größer, als Diktator Francisco Franco Ende 1975 im Sterben lag. Marokkos diktatorischer König Hassan II. sah nun seine Chance, die Westsahara ans Königreich anzuschließen. Er schloss mit Spanien und dem mauretanischen Regime einen Geheimvertrag, nach dem Spanien den nördlichen Teil der Westsahara, Río de Oro, an Marokko abtritt und den südlichen, Saguía el Hamra, an Mauretanien. Zeitgleich überschritten Hassans Besatzungstruppen die marokkanische Grenze zur Westsahara und nahmen die Plätze der abziehenden Spanier ein. Wenige Tage später, am 6. November 1975, organisierte Hassan den legendären Grünen Marsch. Über 300 000 Marokkaner, überwiegend Zivilisten, überschritten teils unter Zwang, teils freiwillig, an anderem Ort und unter den Augen der einbestellten internationalen Presse die Grenze, um symbolisch und, wie Rabat es darstellte, friedlich die Westsahara nach Marokko zurückzuholen.

Rabat berief sich schon seit Langem auf historische Hierarchien zwischen den Sultanen Marokkos und denen der Westsahara zur Zeit vor der spanischen Kolonisierung und betrachtete die Westsahara als Teil des Königreiches. 1974 hatte Marokko den Internationalen Gerichtshof der UN in Den Haag angerufen, seinen Anspruch auf das umstrittene Territorium zu bestätigen. Im Oktober 1975 fällte Den Haag sein Verdikt, das aber nicht zugunsten Marokkos ausfiel: Im Wesentlichen, so die Richter, reichen die marokkanischen Argumente nicht aus, um daraus territoriale Ansprüche des Königreichs auf die Westsahara abzuleiten. Mit dem Geheimvertrag und dem Grünen Marsch holte sich Hassan also, was das Gericht ihm nicht zubilligen wollte, und Spanien machte mit.

Für die Polisario bedeutete dies, gegen einen neuen Gegner zu kämpfen, der wesentlich stärker und zahlreicher war als die abziehenden Spanier, die sich schon lange nicht mehr ernsthaft um die Verteidigung der Kolonie bemüht hatten. Die marokkanische Armee griff denn auch ohne Umschweife die mit der Polisario sympathisierende sahrauische Zivilbevölkerung an. Gruppen von Flüchtlingen wurden mit Napalm und Splitterbomben attackiert. Die Nachricht von hunderten von Toten machte schnell die Runde, und innerhalb von wenigen Wochen flohen zehntausende Sahrauis nach Tindouf über die nur 50 km lange gemeinsame Grenze mit Algerien.

Es war in dieser aufgeheizten Situation, geprägt vom Exodus der sahrauischen Familien aus ihrer Heimat, von Flüchtlingselend und Gewalt, von Marokkos diplomatischem und militärischem Doppelspiel, als die Kämpfer der Polisario die DARS aus der Taufe hoben. Sie wollten damit nicht nur militärisch, sondern auch diplomatisch Widerstand gegen die Angliederung an Marokko leisten.

Und das zunächst durchaus erfolgreich: Mauretanien, das den südlichen Teil der Westsahara nur unter Druck von Hassan II. übernommen hatte, zog sich 1979 militärisch geschlagen aus Saguía el Hamra zurück. Marokko beanspruchte daraufhin auch diesen südlichen Teil der Westsahara, zunächst jedoch, ohne ihn zu kontrollieren.

Die Polisario konnte schlagkräftige, gut ausgerüstete Guerillatruppen aufbauen, die dem marokkanischen Militär auf

sahrauischem Heimatboden oft überlegen waren. Die weit über 10 000 Polisario-Kämpfer kontrollierten vom algerischen Tindouf aus bald weite Teile der DARS. Diese wurde zeitweise von mehr als 80 Staaten anerkannt und drängte Rabat auch diplomatisch in die Defensive. Ein Höhepunkt für die DARS war 1984 die Anerkennung durch die Organisation für Afrikanische Einheit. Marokko verließ die OAU unter Protest und gehört auch ihrer Nachfolgeorganisation Afrikanische Union als einziges afrikanisches Land bis heute nicht an. Dafür hat Rabat die Arabische Liga klar auf seiner Seite, die die DARS nicht anerkennt.

In den Flüchtlingslagern in Tindouf lebten mehr als 150 000 Menschen, die der unwirtlichen Wüste dank viel Eigeninitiative und großer Anstrengungen von Algerien nicht nur ihr Überleben abtrotzten, sondern sogar ein Versorgungsniveau aufbauen konnten, das Marokko nicht einmal seiner Bevölkerung zuhause im Königreich bieten konnte. Auch die Bildungsanstrengungen der Sahrauis, mit algerischer und kubanischer Unterstützung, waren vorbildlich. Gesundheitsstationen, Krankenhäuser, Werkstätten und Schulen wurden gebaut.

Algerien überließ der Polisario de facto die Hoheit über die Camps. Entsprechend fungierte die Polisario als Armee (mit ihrem Arm *Sahrauische Volksbefreiungsarmee*), Polizei, Regierung, Einheitspartei und Verwaltungsbehörde. Alle Bewohner der Flüchtlingslager hatten die gleichen Rechte und Ansprüche und erhielten die gleiche Versorgung. Für Geld gab es nichts zu kaufen – arme und reiche Flüchtlinge waren gleichgestellt.

Mitte der 80er Jahre wendete sich das Blatt jedoch, zunächst militärisch. Marokko hatte, u. a. mit israelischer und südafrikanischer Militärunterstützung, eine neue Taktik entwickelt. Wann immer die königlichen Streitkräfte ein größeres zusammenhängendes Gebiet unter ihre Kontrolle gebracht hatten, schützten sie es vor den Gegenangriffen der Polisario, indem sie es mit einem Sandwall umgaben. Diesen Wall konnte die Armee leicht überwachen und gegen die Polisario verteidigen, die es mit ihrer Guerillataktik nicht mehr so häufig schaffte, den Gegner innerhalb dieser besetzten Räume anzugreifen. Marokko rüstete den Wall nach und nach mit Posten, Minengürteln, Abwehrgeschützen, Bunkern usw. auf, so dass er immer unüberwindbarer für die Polisario wurde. Die marokkanische Armee schwoll zahlenmäßig in etwa auf das Zehnfache der sahrauischen Kämpfer an, und Rabat gab täglich Millionen Dollar für den Krieg aus, der die marokkanische Volkswirtschaft erheblich belastete.

Ende der 80er Jahre hatte Marokko militärisch die Oberhand gewonnen. Das von der Polisario gehaltene Gebiet war auf einen schmalen Streifen entlang der algerischen und mauretanischen Grenze geschrumpft – jenseits des marokkanischen Hauptwalls, der von Norden nach Süden verlief. Das sahrauische Volk war geteilt in zwei etwa gleich große Teile, die entweder in den Flüchtlingslagern bei Tindouf lebten oder die unter marokkanischer Besatzung in den Orten und Städten der Westsahara wohnten.

Die Polisario zwang der Verlust an effektiver Kontrolle über die Westsahara, 1991 einem Waffenstillstandsabkommen zuzustimmen. Das von den Vereinten Nationen zwischen Marokko und der Polisario ausgehandelte Abkommen sollte von einer Blauhelmtruppe, der MINURSO (*Mission des Nations Unies pour l'Organisation d'un Référendum au Sahara Occidental*), überwacht werden.

Wie der Name der MINURSO schon sagt, sah das Waffenstillstandsabkommen vor, 1992 eine Volksbefragung unter den Sahrauis durchzuführen, die ihnen die Wahl zwischen Unabhängigkeit oder dem Anschluss der Westsahara an Marokko geben sollte. Die Sahrauis würden endlich von ihrem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch machen können.

Da auch für Rabat absehbar war, dass die große Mehrheit beiderseits des marokkanischen Walls für die Unabhängigkeit stimmen würde, begann Marokko jedoch sehr schnell, alles zu tun, um das Referendum zu verhindern. Dafür boten sich die unpräzisen Vereinbarungen über die Rechte an, am Referendum teilzunehmen. Basis für die Registrierung der Wähler war der letzte Zensus während der spanischen Kolonialzeit, der aber anerkannterweise unvollständig war. Um Sahrauis, die nicht im Zensus erfasst worden waren, die Möglichkeit zu geben, mitzuwählen, hatten die Vertragsparteien ausgemacht, auch individuelle Anträge zur Vervollständigung des Wählerregisters anzunehmen. So aber waren Tür und Tor geöffnet für Anträge von angeblichen Sahrauis, die vorgaben, nicht im spanischen Zensus erfasst worden zu sein. Schließlich war bald umstritten, wer überhaupt Sahraui war – von wem genau musste jemand abstammen oder wie lange musste die Person wo gelebt haben, um als Sahraui im Sinne des Wählerregisters zu gelten? Diese offenen Fragen erlaubten es Marokko, die MINURSO mit zehntausenden von Einzel- und Gruppenanträgen für Aufnahme oder Streichung von Namen im Wählerregister zu überschwemmen und das Referendum so zu sabotieren. Bald überschritt die Zahl der Fälle, über die zwischen den Parteien Uneinigkeit bestand, die Zahl der nicht umstrittenen Wähler. Die unterbesetzte MINURSO musste die Anträge einzeln prüfen, was oft langwierig war und die Abstimmung de facto auf unbestimmte Zeit hinauszögerte.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt war für die Polisario auch die Zeit der diplomatischen Siege vorbei. Zwar hatte die Befreiungsfront nach wie vor sehr großen Rückhalt unter allen Sahrauis in den besetzten Gebieten und den Camps, und auch Algerien und einige andere namhafte Blockfreie unterstützten die Sahrauis weiterhin, z. B. erkannte Südafrika unter Nelson Mandela 1994 die DARS an. Die breitere internationale Sympathie für die Sache der Sahrauis wich jedoch einem in der internationalen Gemeinschaft immer verbreiteteren Desinteresse an diesem als de facto unlösbar geltenden Konflikt. Einige zuvor neutrale Staaten gingen den einfachsten Weg und wurden zu verdeckten oder offenen Unterstützern Marokkos.

Außer Jugoslawien, das die DARS anerkannt hatte, hatten alle europäischen Staaten von Anfang an offiziell eine neutrale Position eingenommen. Vor allem Frankreich blieb seiner Ex-Kolonie Marokko, die nie einen Befreiungskampf gegen Paris geführt hatte, immer in Treue verbunden. Massive wirtschaft-

liche Verbindungen und politische Verstrickungen machten den repressiven Polizeistaat Hassans II. zu einer Art Hinterhof Frankreichs. Da die Maghrebpolitik der EG und ihrer Mitgliedsstaaten sich damals vor allem kritiklos an Paris orientierte, konnte Rabat sich sicher sein, dass von keinem europäischen Land eine Gefahr ausging. Die USA zogen das undemokratische, aber stabile Marokko dem sozialistischen, selbstbewussten Algerien vor. Der Ostblock war Anfang der 90er Jahre mit seinem eigenen Zerfall beschäftigt.

Der Polisario fehlte so die diplomatische Unterstützung, um der marokkanischen Blockadetaktik einen Riegel vorzuschieben. Die Zahl der Staaten, die die DARS anerkannten, nahm wieder ab – bis heute haben über 20 Länder ihre Anerkennung der DARS wieder zurückgezogen. Das Referendum wurde ein ums andere Mal verschoben.

Die Zeit arbeitete ganz klar für Marokko, und Rabat nutzte sie, um wirtschaftlich von den besetzten Gebieten zu profitieren. Es beutete die reichen Phosphatminen aus und stieg zeitweise zusammen mit seinen eigenen Vorkommen zum viertgrößten Phosphatexporteur der Welt auf. Es verkaufte die Fischereirechte in den reichen Fanggründen vor der Küste der Westsahara an europäische Staaten. Erkundungen ergaben möglicherweise interessante Vorkommen an Uran und Erdöl in den besetzten Gebieten.

Gleichzeitig siedelte Hassan immer mehr Marokkaner aus dem Königreich in den besetzten Gebieten an, die mit steuerlichen Vorteilen und Investitionserleichterungen geködert wurden. Hassans Ziel war es, vollendete Tatsachen zu schaffen und die Westsahara de facto zu marokkanisieren. Dieses Ziel hat Marokko wohl erreicht, denn heute ist die Mehrheit der Bewohner der besetzten Gebiete marokkanischer Herkunft, die Sahrauis bilden eine Minderheit in ihrem eigenen Land. Es wäre wohl schon deswegen heute unmöglich, noch einmal ein Wählerregister für ein Referendum zusammenzustellen, das von beiden Parteien akzeptiert werden könnte. Die Marokkaner, die inzwischen schon in zweiter Generation in der Westsahara leben, würden mit einem gewissen Recht die Teilnahme am Referendum einfordern.

In Marokko herrscht beim Thema Westsahara über alle politischen und gesellschaftlichen Grenzen hinweg immer noch quasi totale Übereinstimmung: Der historische marokkanische Anspruch auf die Westsahara wird als unstrittig betrachtet, die Sahrauis sind für die Marokkaner genauso Untertanen des Königs wie die Berber aus dem Rif oder die Araber aus Fes. Weder innerhalb der politischen Opposition – auch nicht der verbotenen – noch innerhalb derjenigen ethnischen Gruppen, die selbst vom Königshaus stärkere Autonomie fordern, gab oder gibt es nennenswerte Sympathien für das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis. Es galt lange als undenkbar, dass der König eine faktische Eigenständigkeit der DARS überhaupt überleben würde. Für das Militär, das Anfang der 70er zweimal erfolglos gegen den König geputscht hatte, grenzte Hassans Haltung ohnehin schon an Verrat. Seine Zustimmung zu einem Waffenstillstandsabkommen mit der Polisario und gar zu einem Referendum wurde ihm als gefährlich unpatriotisch ausgelegt. Die Stabilität Marokkos, mit der Frankreich und die USA so gern argumentieren, war und ist insofern noch, wenn auch heute weniger stark, an die Westsahara-Frage gekoppelt.



Bei einer Nomaden-Familie im befreiten Teil der Westsahara. Foto: Axel Goldau, Kritische Ökologie

Im Jahre 2000 nahmen die Vereinten Nationen einen erneuten Anlauf, den Konflikt endgültig zu beenden. Generalsekretär Kofi Annan schickte den ehemaligen US-amerikanischen Außenminister James Baker als Sonderbeauftragten nach Rabat, Tindouf und Algier und ließ ihn den Baker-Plan ausarbeiten. Der erste Baker-Plan von 2000, der eine autonome Westsahara in einem marokkanischen Staat vorsah, wurde von der Polisario und Algerien abgelehnt. Baker besserte nach und stellte 2003 seinen Baker-II-Plan vor, der ein Referendum nach Ablauf von fünf Jahren vorsah, während denen die Sahrauis selbst über die Westsahara bestimmen konnten. Am Referendum sollten alle in der Westsahara lebenden Personen beteiligt werden, also auch die neuen marokkanischen Siedler, während die Übergangsregie-

rung für fünf Jahre nur von den Sahrauis gewählt werden sollte, die im letzten spanischen Zensus aufgeführt waren. Während die Polisario und Algerien dem Plan als Grundlage für weitere Verhandlungen zustimmten, lehnte Marokko jeden Plan ab, der die Unabhängigkeit der Westsahara als eine Option beinhaltet, und zog sich von den Verhandlungen zurück. James Baker trat daraufhin wegen der unüberbrückbaren Positionen der gegnerischen Parteien von seinem Amt zurück.

Von Zeit zu Zeit finden zwar immer noch Verhandlungen statt – so begann Ende Januar diesen Jahres eine neue Runde in Manhasset bei New York –, aber es gibt seit Langem keinerlei konkrete Ergebnisse. Keine Seite will sich der Kritik aussetzen, als erste den Verhandlungstisch zu verlassen.

Hatte die Zeit so lange für Marokko gespielt, so ist dies heute weniger klar der Fall. Zwei neue Dynamiken im Maghreb lassen die Westsahara-Frage wieder ein klein wenig offener erscheinen als noch vor wenigen Jahren, wobei jedoch noch unklar ist, in welche Richtung sich die Situation bewegt.

In den vergangenen Jahren konnten sich die Sahrauis in den besetzten Gebieten wieder stärker vernetzen und neuen Widerstand gegen die marokkanische Besatzung leisten. 2005 gingen Sahrauis in den besetzten Gebieten und später auch in marokkanischen Städten auf die Straße, zunächst um gegen die Verlegung von sahrauischen Gefangenen nach Marokko zu protestieren. Die Protestierenden wandten sich bald generell gegen Menschenrechtsverletzungen durch die marokkanischen Besatzer und gegen die marokkanische Westsaharapolitik. Sie wurden von der marokkanischen Polizei brutal bekämpft. 14 Aktivisten wurden zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, 2006 jedoch von König Mohammed VI. begnadigt, der 1999 die Macht von seinem Vater Hassan II. übernommen hatte.

Unter ihnen war auch Aminatou Haidar, eine langjährige Aktivistin für die Unabhängigkeit. Sie wurde 2009 zur Symbolfigur einer erneuten Protestwelle, als sie bei der Rückkehr aus Spanien verhaftet wurde, weil sie nach Rabats Lesart durch ihr Eintreten für die Unabhängigkeit auf die marokkanische Staatsangehörigkeit verzichtet habe. Marokko schob Aminatou Haidar zusammen mit zwei spanischen Journalisten, die sie begleiteten, offenbar nach Abstimmung mit den spanischen Behörden auf die Kanaren ab. Nach ihrer Ankunft trat Aminatou Haidar in Lanzarote für ihr Recht auf Rückkehr in die besetzten Gebiete in den Hungerstreik, was ihr zunächst eine Geldstrafe wegen öffentlichen Störens einbrachte. Über Haidars Widerstand wurde bald weltweit in den Medien berichtet, und eine Reihe von Prominenten und Intellektuellen solidarisierten sich mit ihr. Nach 32 Tagen im Hungerstreik wurde Haidar von Rabat die Rückkehr in die besetzten Gebiete gestattet, wo sie unter Hausarrest gestellt wurde.

Der Widerstand ging jedoch weiter. 2010 bauten sahrauische Jugendliche ein Camp außerhalb von El Aiun auf, der größten Stadt in den besetzten Gebieten. Im Camp protestierten bald tausende von Sahrauis gegen ihre schlechten Lebensbedingungen unter der Besatzung, gegen Menschenrechtsverletzungen und gegen die marokkanische Politik. Als die Intifada auf über 20 000 Menschen angewachsen war, stürmten am 8. November marokkanische Polizisten und Soldaten das Camp und töteten wahrscheinlich ein Dutzend Demonstranten, die erbittert Widerstand leisteten. Auch ungefähr zehn Angreifer sollen getötet worden sein. Viele verhaftete Sahrauis sehen harten Urteilen entgegen. Trotz aller Versuche Marokkos, Journalisten an der Reise in die besetzten Gebiete und am Berichten zu hindern, rief die gewaltsame Unterdrückung der Proteste wieder ein internationales Medienecho hervor.

Mit den Protesten in anderen Ländern, z. B. in Tunesien und Ägypten in den letzten Wochen, weht ein anderer Wind durch den Maghreb. Viele Menschen in den Nachbarländern haben sich mit den Protesten in Tunesien und Ägypten solidarisiert und demonstrieren selbst gegen ihre Regierung. Wie ernst die Proteste genommen werden, zeigt sich schon daran, dass mehrere andere Maghreb-Regierungen bereits die Lebensmittelpreise gesenkt haben, um potenziellen Demonstranten in ihren Ländern schon mal den Wind aus den Segeln zu nehmen. Von einer neuen Welle des Protests im Maghreb, quer durch alle Bevölkerungsgruppen, könnten auch die Sahrauis profitieren und mehr Aufmerksamkeit für ihre Forderungen nach Unabhängigkeit bekommen.

Es gibt außerdem Hinweise darauf, dass viele europäische Regierungen nicht mehr automatisch die französischen Positionen im Maghreb übernehmen wollen. Von den Protesten gegen die tunesische Regierung – einem anderen engen Freund Frankreichs – überrascht, haben viele europäische Außenpolitiker gemerkt, wie Paris mit korrupten, menschenrechtsverletzenden und diktatorischen Regimes zusammenarbeitet, und distanzieren sich von der französischen außenpolitischen Führerschaft in der EU. Vielleicht wird es in der EU bald wieder mehr kritische Stimmen geben, die die von Frankreich gedeckte marokkanische Position nicht so einfach übernehmen.

Völlig offen sind jedoch die Folgen der neuen Strategie der islamistischen Gruppen im Sahel, die aus den algerischen islamistischen Gruppen der 90er hervorgegangen sind und seit 2007 unter dem Label *al-Qaida im islamischen Maghreb* firmieren. Sie richten sich seit einigen Monaten explizit gegen französische Interessen im ganzen Sahel- und Maghrebraum. Schon versucht die marokkanische Propaganda, aus dem Erstarken dieser islamistischen Gruppen Profit zu schlagen und die Polisario in ihre Nähe zu rücken. Unabhängig davon könnte eine militärische Reaktion Frankreichs auf die Provokationen der Islamisten eine neue Gewaltspirale in Gang setzen und im Fiasko enden. Die französische Position im Sahel und im Maghreb könnte tief erschüttert und einige Karten könnten neu gemischt werden. Was das für die Sahrauis bedeuten könnte, ist völlig offen.

Bis auf Weiteres bleibt ihr Land völkerrechtlich die letzte Kolonie Afrikas. ♦

Leseprobe aus:

Jenseits von Staat, Macht und Gewalt

von Abdullah Öcalan

Öcalans bisher umfangreichstes Buch behandelt ein breites Spektrum von historischen, philosophischen und politischen Themen. Leitmotiv sind kommunale Werte, die nichtstaatlichen und staatlichen Hierarchien entgegengestellt werden.



Öcalans Vision einer kommunalistisch organisierten demokratisch-ökologischen Gesellschaft gab der kurdischen Bewegung wichtige Impulse und ist aus der gegenwärtigen kurdischen Politik nicht mehr wegzudenken. Die Prinzipien des demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Autonomie wurden hier erstmals ausformuliert.

MESOPOTAMIEN VERLAG, Neuss
ISBN: 9783941012202
Paperback, Preis: 15,00 €

Das mittelöstliche Denken (Seiten 212–218)

Vor einer Analyse der Institutionen muss eine Analyse zentraler Begriffe stehen. Wenn es uns nicht gelingt, die Begriffe, mit denen wir tagtäglich umgehen, richtig zu definieren, werden unsere Hypothesen nicht viel zur Aufklärung beitragen können. Wenn wir zum Beispiel keine soziologische Analyse des Begriffs „Allah" durchführen, welchen geschichtlichen Zeitabschnitt könnten wir dann schon korrekt erfassen?

Die Europäer haben, als sie den Feudalismus des Mittelalters hinter sich ließen, nicht umsonst viel über Theologie diskutiert. Die intensiven Diskussionen über den „theos", also Gott, führten sie schließlich bis zur Philosophie und zur Naturwissenschaft. Sie glaubten intensiv an Gott, er war ihnen heilig. Dann beschlossen sie, die Bedeutung dieses Gottes, den sie verehrten, zu erforschen. Sie hatten den Mut, Meinungen zu diskutieren und neue zu formulieren, die geeignet waren, den Dogmatismus zu erschüttern. Die Diskussionen, die sie aus dem Mittelalter herausführten, drehten sich vor allem um die Theologie. Auch das wissenschaftliche und philosophische Denken hing zunächst eng mit der Theologie zusammen. Entscheidend wurde aber, dass einige Ergebnisse dieser Diskussionen später die Grundlage für eine rationale Philosophie und Wissenschaft darstellen sollten. Die islamischen Theologen hingegen profitierten nicht von derartigen Diskussionen, sondern priesen Dogmen und brachten so das Denken zum Erliegen. Der bedeutende islamische Gelehrte Imam Ghazali verurteilte schon zu Beginn des 12. Jahrhunderts die Philosophie, wodurch die Möglichkeit der theologischen Diskussion (Idschtihad), die bis dahin intensiv genutzt worden war, stark begrenzt wurde. So versank der Mittlere Osten im „finstersten Mittelalter". Selbst heute noch fehlen ihm der Mut und die Fähigkeit zu solcher Diskussion.

Dabei reicht die Tiefe des mittelöstlichen Denkens bis ins Zeitalter der Mythologie zurück. Die Gesellschaften verwendeten die Werke der sumerischen Priester und Literaten, dieser meisterhaften Schöpfer von Mythen, in abgeänderter Form in den drei monotheistischen Religionen weiter. Als Stammvater des Monotheismus gilt Abraham, dessen Bildersturm sich gegen die babylonische Vielgötterei richtet. Die Überlieferung berichtet, dass er im Königreich eines Nimrods, der einer babylonischen Dynastie entstammte, aufwuchs. In Urfa – wo sein Andenken bis heute lebendig ist – soll sein Vater Wächter im Pantheon gewesen sein, wo sich die Götterstatuen befanden. Hier durchlebte er eine ideologische Wandlung, die sich in einer Ablehnung der Vielgötterei äußerte. Wie können wir also erwarten, die Religion Abrahams zu verstehen, wenn wir den Pantheon des Nimrod nicht kennen?

Ohne eine soziologische Analyse der sumerischen Mythologie, der Grundlage für den Pantheon des Nimrod, können wir die religiöse Revolution Abrahams nicht erklären. Ohne diese zu definieren, können wir auch die religiösen Revolutionen von Moses, Jesus und Mohammed nicht nachvollziehen. Obwohl es im Mittleren Osten so viele Universitäten und theologische Fakultäten, Predigerschulen und Institute von Sekten und Ämtern für religiöse Angelegenheiten gibt, wird doch nirgendwo eine soziologische Theologie betrieben. Denn gäbe es sie, würde der religiöse Zauber zerstört werden. Die Blamage wäre perfekt. Es würde offenbar, dass der Gedanke des Monotheismus auf zwei Tatsachen beruht. Zum einen ist er der Ausdruck der Einheit der Naturkräfte, zum anderen repräsentiert er den in der hierarchischen Gesellschaft aufkommenden Stammeshäuptling und König. Die herrschende Auffassung von Gesellschaft und damit einhergehend von der Natur wurden immer weiter ausgebaut, bis man schließlich bei Allah mit seinen 99 Attributen angelangt war. All dies jedoch wird niemals diskutiert, und so geht der Betrug bis heute weiter bis hin zu Erscheinungen wie der Hisbollah („Partei Gottes"), die im Namen eines jenseitigen Wesens sich im Diesseits politisch und militärisch organisiert.

Auch das Prophetentum als Institution wird in der Theologie dogmatisch behandelt. Es gerät so zu einer abstrakten Erzählung, die scheinbar keinen Bezug zu gesellschaftlichen Vorgängen besitzt. Dabei weist das Prophetentum enge Beziehungen zu den Traditionen von Schamanen und Scheichs einerseits und der des Wesirs als oberste Exekutive des sich herausbildenden Königtums auf. Prophetentum entstand als Versuch, die Probleme bei der Herausbildung von Staat und Hierarchie zu lösen. Insofern hängt es eng mit der Politik zusammen. Es besaß eine Massenbasis und war von konkreten

Handlungen begleitet. Propheten nahmen so eine Zwischenposition ein zwischen Weisen und politischen Führern.

Auch religiöse Angelegenheiten müssen also stets im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Realität untersucht werden. Wenn dies geschähe, könnten die historischen Persönlichkeiten einiger Propheten verständlicher werden. Auf diese Weise ließe sich auch die Geschichte selbst besser erschließen. Ein dogmatischer Diskurs dagegen belässt beides im Dunkeln.

Auch andere theologische Begriffe dienen unter dem Deckmantel der Heiligkeit eigentlich der Verdunkelung. Besonders deutlich wird dies bei den Begriffen Hölle und Paradies. Ihre Wurzeln reichen bis in die sumerische Mythologie zurück. Sie hängen ganz offenbar mit dem Aufstieg der Klassengesellschaft zusammen. Hölle (djahannam) bedeutet wörtlich „Hinnomtal", ein schmutziger Ort der Verwesung[1]. Die Situation der arbeitenden Klassen ähnelte diesem Ort, während diejenigen, die sich räuberisch das Mehrprodukt aneigneten, wie im Paradies lebten[2]. Wir könnten noch weitere Beispiele anführen, doch hier soll nicht auf deren Vielzahl, sondern auf die Wichtigkeit einer sozialwissenschaftlichen Analyse verwiesen werden.

Im mittelöstlichen Denken wird noch nicht einmal über die Unterschiede zwischen Mythologie und Religion diskutiert. Die Mythologie wird nicht interpretiert, sondern als bloße Legende abgetan. Dabei beherrschte sie jahrtausendelang das Denken der Gesellschaften, in denen wir heute noch leben. Über Jahrtausende war sie die bedeutendste Denkweise. Als poetisch-symbolischer Ausdruck des materiellen Lebens wirkt sie auf alle ihr folgenden Religionen und Literaturformen nach. Es gibt keine Religion und keine Literatur, die nicht ihre Begriffe aus der Mythologie bezieht. Die Mythologie als erfundene Legenden abzutun bedeutet, sich selbst einer reichen kulturellen Quelle zu berauben. Ohne die Mythologie als Denkweise der Frühzeit der Menschheit angemessen zu würdigen, kann es keine vernünftige Analyse von Religion oder Literatur und Kunst geben. Wir sollten die Mythologie nicht verleugnen, sonder sie wieder zum Leben erwecken.

Eine eigene Diskussion verdient die Frage, wann und in welcher Form die Mythologie zur Quelle der Religion wurde. Eine Mythologie verwandelt sich in eine Religion, wenn sie sich in feste Glaubensregeln transformiert. Wenn eine Mythologie als unumstößliche Wahrheit akzeptiert wird, entsteht daraus also eine Religion. Dabei sind zwei Aspekte von Bedeutung. Auf der einen Seite entsteht in der Logik der Begriff der „sicheren Gewissheit". Auf diese Weise finden Gesetzmäßigkeiten ihren Eingang in das Denken. Zunächst ist dies das göttliche Gesetz, später wird es nach und nach durch Naturgesetze ergänzt. Auf der anderen Seite wird dem Gedanken einer dialektischen Dynamik in Natur und Gesellschaft ein Riegel vorgeschoben, noch bevor er überhaupt entstanden ist. Dieser Aspekt führt zum idealistischen Denken. Das Denken wird so gut es geht von der Realität gelöst und entwickelt sich dann ohne Bezug zu ihr und ohne ein Korrektiv weiter. Die endlose Odyssee des idealistischen Denkens beginnt, und so entfernt sich das gesellschaftliche Denken immer weiter von der Welt der Tatsachen. Im religiösen Denken bilden sich auf den Gebieten Recht, Politik, Wirtschaft, Moral und Kunst starre Dogmen heraus. Diese Dogmen erhalten Gesetzesrang. Dies wiederum erleichtert der aufstrebenden etatistischen Klasse das Regieren ungemein. Jede religiöse Regel in den Rang eines Gesetzes zu erheben löst auf einen Streich die beiden Probleme der Gesetzgebung und der Legitimität. Einer der Gründe für den hohen Stellenwert, den die Religion in der Antike und im Mittelalter besaß, ist die Tatsache, dass sie das Regieren enorm erleichterte.

Die Religion ist eine sorgfältig herausgearbeitete Ideologie des Leitens und Lenkens. Die herrschende Klasse war sich zu jeder Zeit des abstrakten Charakters der Religion bewusst. Die unteren Schichten der Gesellschaft dagegen glauben daran, als ob sie real wäre. Die hohen Investitionen in die Religion – man denke nur an Tempel und Gotteshäuser – und auch ihre Rituale hängen eng mit der Regierungsgewalt des Staates zusammen. Um dies zu verschleiern, wurde das Diskussionsverbot eingeführt. Denn eine Diskussion führte schon bald an zwei wichtige Punkte: Den Aufstieg des Königtums und die Naturgesetze. Es würde klar, worauf der Gottkönig bzw. der Sultan, genannt „Schatten Gottes", ihre Macht gründen, und die Gesellschaft würde von der Vorstellung eines Furcht erregenden, strafenden Gottes befreit werden. Außerdem würde die Tür zum wissenschaftlichen Denken aufgestoßen werden, um die Natur zu erklären. Letztlich führte dieses Denken dann bis hin zur Quantenphysik und zur Kosmologie, wobei die wissenschaftlichen Prinzipien entdeckt werden, die die Welt bestimmen. Dass Europa seit dem Ende des Mittelalters die Oberhand gewann, liegt daran, dass dort intensive theologische Diskussionen stattgefunden haben. Natürlich kann man geistige Entwicklung nicht allein an theologischen Diskussionen festmachen. Aber wenn es sie nicht gegeben hätte, wäre auch der Weg für das moderne Denken nicht frei gemacht worden. Die theologischen Diskussionen der Dominikaner und Franziskaner im 12. bis 14. Jahrhundert hatten wohl einen bedeutenden Anteil an der Entfaltung der Renaissance.

Im Mittleren Osten unterbanden die Religionsgelehrten in eben diesen Jahrhunderten jegliche Diskussion. Sie setzten einen starren Dogmatismus durch, indem sie andere des Abfalls vom Glauben bezichtigten. Dieses Mittel, zu dem Machthaber zu allen Zeiten griffen, führte letztlich dazu, dass die mittelöstliche Zivilisation zum ersten Mal in der Geschichte ihre Führungsrolle an den Westen verlor. Seit dem 15. Jahrhundert gehen beide getrennte Wege. Dass sich beide zusehends voneinander entfernen, beruht auf der grundsätzlich unterschiedlichen Auffassung von der Theologie. Eigentlich hatte die Philosophie in der islamischen Welt zwischen dem 9. und dem 12. Jahrhundert bedeutende Entwicklungen durchlebt. Der Westen übernahm diese lediglich, indem er sie übersetzte[3]. Ganz ohne Zweifel war zu jener Zeit das mittelöstliche Denken überlegen. Die theologische Schule der mutazila hatte dem Dogmatismus den Krieg erklärt. Ibn Rushd (Averroës)

war der größte Philosoph des 12. Jahrhunderts. Führende sufistische Denker wie Mansur al-Halladsch und Suhrawardi vertraten ihre Überzeugungen, auch wenn es sie das Leben kostete. Die steigende Repression ab Ende des 12. Jahrhunderts hingegen sollte den Charakter des Mittleren Ostens bis auf den heutigen Tag prägen.

Selbst die Frage nach der Literatur im Mittleren Osten stellt heute ein ernsthaftes Problem dar. Der religiöse Dogmatismus hat auch einen nicht zu unterschätzenden Anteil daran, dass sich die mittelöstliche Literatur nur schwach entwickeln konnte. Literatur kann sich dann gut entwickeln, wenn sie mit ihren mythologischen Quellen in Verbindung steht. Die Verbote ließen jedoch auch diesen Bereich verdorren. Verbote und das Abstempeln als „Sünde" haben die Menschen einer ihrer ergiebigsten Ressourcen beraubt. Europa dagegen brachte in jener Zeit seine ersten Klassiker hervor[4]. Im Osten wurde Literatur darauf reduziert, den Sultanen zu schmeicheln und ihre Lebensgeschichte pompös auszuschmücken. Am schmerzlichsten ist dabei, dass es heute der Westen ist, der das religiöse und mythologische Erbe des Mittleren Ostens literarisch verwertet.

Die Gesellschaft des Mittleren Osten ist immer noch weit davon entfernt, die geistigen Revolutionen und die Öffnung, die Europa mit Renaissance, Reformation und Aufklärung durchlebt hat, auch nur ansatzweise zu diskutieren. Das Vorhandensein eklektizistischer Übertragungen bedeutet noch nicht, dass Renaissance, Reformation und Aufklärung hier auch tatsächlich stattgefunden hätten. Im Gegenteil kann man sogar von einer Rückwärtsentwicklung sprechen. Der radikale Islam steht nicht für eine Erneuerung, sondern für ein konservatives Rollback. Der politische Islam ist nichts anderes als der traditionelle Missbrauch der Religion durch die Machthaber. Eine geistige Entwicklung des Mittleren Ostens kann nicht stattfinden, wenn man die geistigen Prozesse, die der Westen durchlebt hat, einfach überspringt. Eine Transformation des Denkens kann nicht durch ein sich Klammern an die Religion, noch nicht einmal durch reinen Szientizismus oder philosophischen Positivismus erreicht werden. Für die gegenwärtigen reaktionären politischen Strukturen in Russland und China beispielsweise ist der sektiererische Weg des Realsozialismus, der dort eingeschlagen wurde, ohne diese geistesgeschichtlichen Etappen des Westens durchlebt zu haben, entscheidend mitverantwortlich.

Um die in einer Sackgasse befindlichen Institutionen einer Gesellschaft zu überwinden, sind eine Neustrukturierung und eine geistige Revolution unabdingbar notwendig. Aber geistige Revolution bedeutet nicht allein, sich westliches Denken zu Eigen zu machen und zu übertragen. Die Versuche, dies zu tun, sind alle nicht weit gekommen und stellen nichts anderes dar als Flickwerk. Durch bloßes Auswendiglernen lässt sich westliches Denken nicht kreativ anwenden. Schlimmer noch: Mögliche geistige Revolutionen werden auf diese Weise sogar verhindert. Die Intellektuellen des Mittleren Ostens entsprechen meist diesem Typus des Auswendiglerners. Sozialwissenschaftler im wahren Sinne gibt es praktisch nicht. Die universitären Gelehrten sind nichts anderes als moderne Mullahs. Ihr Sophismus bleibt noch hinter dem Sophismus der klassischen Antike zurück. Intellektuelle, Philosophen und Wissenschaftler, die mit ganzem Herzen bei der Sache sind, sind schwerer zu finden als die Nadel im Heuhaufen. Man hält gar ihre Existenz für unnötig.

Das ideologische Material des Westens hingegen ist noch unzureichender transferiert worden. Ob Nationalismus, Liberalismus oder Sozialismus – die modernen ideologischen Formationen haben in der Mentalität der mittelöstlichen Intellektuellen nicht Fortschritt, sondern Rückschritt bewirkt. Die Realität des Mittleren Ostens kann mit derartigen ideologischen Schablonen nicht beschrieben werden, was man auch an ihren aktuellen Umsetzungen sieht, die in den trübsten Farben daherkommen.

Wenn wir die Formen der mentalen Revolutionen des Westens übernehmen, so müssen wir sie doch mit unseren eigenen Realitäten füllen. Ohne das gedankliche Grundgerüst aller wichtigen historischen und gesellschaftlichen Strukturen durch eine Art geistiges Flächenbombardement zum Einsturz zu bringen, kann kein sinnvolles und tragfähiges Fundament für eine neue Struktur gelegt werden. Sinnleere Strukturen haben keinen gesellschaftlichen Wert und gehören deswegen abgeschafft. Die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Institutionen zu analysieren fällt dann schwer, wenn man die eigene gesellschaftliche Realität und Phänomene wie Nation, Ethnie und Religion noch nicht ergründet hat. Es hat den Westen große Anstrengungen gekostet, in Bezug auf Religion, Nationalismus und Rassismus zu dem Punkt zu gelangen, an dem er sich heute befindet. Nur durch derartige große Anstrengungen kann ein neues Paradigma das alte in positiver Weise ablösen.

Die Politiker und Intellektuellen des Mittleren Ostens dagegen tun so, als sei für sie ein entsprechend großer Kampf nicht notwendig, als könne man durch bloßes schematisches Nachahmen und Technologietransfer an den gleichen Punkt gelangen. Im Ergebnis trauen sie sich nicht, eine geistige Revolution durchzuführen, bleiben geistig abhängig und stehen dem globalen Kapitalismus hilflos und ohnmächtig gegenüber. Doch der Mittlere Osten braucht eine eigene Renaissance, Reformation und Aufklärung. Sonst kann er weder in einer für die Völker positiven Weise aus dem Chaos herauskommen, noch sich vom Despotismus der Jahrtausende befreien, der in den letzten zweihundert Jahren lediglich mit etwas westlichem Makeup kaschiert worden ist. ♦

Fußnoten:
1- Im Tal Hinnom (Ge-Hinnom) südlich von Jerusalem wurde dem Moloch geopfert. Aus dem Namen entwickelte sich das arabische Wort für Hölle.
2- Vgl. Gilgameschs Erben, Bd. I, S. 52
3- Besonders ist dabei Albertus Magnus zu nennen, der viele Werke aus dem Arabischen übersetzte.
4- Genannt sei hier Dantes „Göttliche Komödie", die mythologische und religiöse Motive verarbeitet.

Orhan Kemal – Die 72. Zelle

Buchbesprechung von Susanne Roden

Wenn die politischen Gefangenen eine lange Tradition in der Türkei haben, dann müssen es die Gefängnisse auch haben. Das Sultan-Ahmed-Gefängnis (türk. Sultanahmet Cezaevi), im ehemaligen Istanbuler Stadtbezirk Eminönü in der ältesten Siedlung von Byzantion (im 7. Jahrhundert v. u. Z. gegründet) gelegen, wurde im Januar 1969 geschlossen. Gelegen im historischen Zentrum der Stadt, nahe der ehemaligen Kathedrale Hagia Sophia, dem ehemaligen Sultanspalast und vielen bedeutenden Moscheen sowie der ältesten Stadtmauer, ist das Sultan-Ahmed-Gefängnis auch ein historisches Baudenkmal.

Das Gefängnis wurde im türkisch-neoklassizistischen Stil erbaut und über dem Haupteingang steht „Strafanstalt für Verbrechen Istanbul 1337“ in arabischer Schrift. Es entstand im Rahmen der Bestimmung über die „interne Verwaltung von Besserungs- und Haftanstalten aus dem Jahr 1880“, und auch Frauen und Jugendliche wurden dort inhaftiert. Das Gebäude war zunehmend dem Verfall preisgegeben, bis 1992 ein Entschluss gefasst wurde, das Gefängnis zukünftig als Hotel zu nutzen.

Es finden sich zahlreiche Hinweise auf berühmte Insassen, wie Schriftsteller, Künstler und Journalisten, die sicherlich auch in dem Four Seasons Hotel mit nunmehr 65 Zimmern und Suiten ihre Erwähnung finden. Das Gefängnis hatte eine Kapazität von ca. 1 000 Insassen und so möge sich jeder zukünftige Gast einmal vor seinem geistigen Auge die Personenzahl vorstellen, die einmal in seiner „Zelle“ Aufnahme fand.

Welches Zimmer in dem Hotel nun auch die ehemalige „Zelle 72“ (72. Koğuş) sein mag, der Titel des in deutscher Sprache vorliegenden Buches von Orhan Kemal beschreibt wahrlich keinen Hotelaufenthalt, sondern den Haftalltag. Er selbst war vom 7. März bis zum 13. April 1966 Insasse im Sultan-Ahmed-Gefängnis. Nâzım Hikmet war 1938/39 sowie kurze Zeit in 1950 ebenfalls dort inhaftiert sowie auch Kemal Tahir, ein enger Freund und Weggefährte von Nâzım.

Kemal Tahir entstammte einer wohlhabenden Istanbuler Familie, hatte das Galatasaray Lisesi besucht und war bereits Anfang der 30er mit Nâzım bekannt. Beide gehörten den linken Diskussionskreisen um das Ehepaar Sertel an. Nâzım Hikmet und Kemal Tahir waren seit 1938 gemeinsam in Istanbul und Çankırı in Anatolien im Gefängnis.

Orhan Kemal, geboren am 15. September 1914 als Mehmet Raşit Öğütçü, lernte Nâzım Hikmet, der sich aus gesundheitlichen Gründen von Çankırı nach Bursa hatte verlegen lassen, dort im Gefängnis kennen und verbrachte seine Zeit mit ihm gemeinsam von Dezember 1940 bis zu seiner Entlassung im September 1943.

Das türkische Gefängnis der vierziger Jahre erscheint wie ein Mikrokosmos der türkischen Gesellschaft, wenn man den Ausführungen der ausgewerteten literarischen Zeugnisse im Sonderdruck zur Entstehung des türkischen Realismus der Kunst- und Islamwissenschaftlerin Erika Glassen folgt.

Politische Gefangene, darunter viele Intellektuelle aus Istanbul, wurden in anatolische Provinzgefängnisse verbannt. Dort stießen sie dann auf die Bevölkerungsstruktur der Umgebung.

Gerade für den überzeugten Kommunisten Nâzım Hikmet entstand durch diese Situation nun endlich die Möglichkeit, der anatolischen Bevölkerung näherzukommen.

Das türkische Gefängnis wurde dadurch zu einer Werkstatt für die Ausbildung einer realistischen türkischen Literatur. Unfassbar, aber die Freunde Kemal Tahir (1910–1973), Orhan Kemal (1914–1970) und Nâzım Hikmet (1902–1963) haben sich gegenseitig in dieser für uns furchtbaren Lage befruchtet.

Für die kommunistischen Intellektuellen um Nâzım gab es kein Volk (halk), sondern nur die werktätige Klasse (emekçi sınıfın) und für die Gesinnungsgenossen herrschte offenbar die Vorstellung vor, dass die Voraussetzung dafür, ein guter Sozialist zu sein, nur gegeben war, wenn man in ein Gefängnis kam.

Und dafür reichte in den dreißiger Jahren zu Zeiten der Kommunistenverfolgung schon ein geringer Anlass, wie im Fall von Orhan Kemal, der in seinen Texten den Namen Nâzım Hikmet, welcher mit seinen Schriften die unterdrückten Schichten aufrühren wollte, erwähnte und in der Bibliothek nach Werken von ihm fragte. Orhan Kemal wurde während seiner Militärzeit vom Armeegericht in Kayseri wegen „Propaganda eines ausländischen Regimes“ zu fünf Jahren Gefängnis in Bursa verurteilt.

Orhan Kemal war zum Zeitpunkt seiner Inhaftierung noch keine intellektuelle Persönlichkeit, er hatte weder eine gute Schulbildung genießen können, noch war er ein ebenbürtiger Gesprächspartner für Nâzım wie Kemal Tahir. Aber er war ein großer Bewunderer von Nâzım, war sehr lesehungrig und schrieb Gedichte und so zögerte Nâzım auch nicht, seinen jungen Bewunderer unter seine Fittiche zu nehmen und ihn zu fördern. Es galt, die Isolierung fernab vom tagespolitischen

Alltag und die Möglichkeit zur Konzentration zu nutzen, und so wurde ein Tagesprogramm inklusive Unterricht in Französisch für Orhan Kemal aufgestellt.

Orhan trägt seine Gedichte vor und wird wegen ihrer poetischen Pose von Nâzım stark kritisiert, da das ein Zeichen für schlechte Dichtung sei, aber schwer, sich davon zu befreien. Es soll von der gängigen Vorstellung, dass Dichterwort Lüge sei, darauf hingearbeitet werden, dass Dichterwort Wahrheit bedeutet. Die Grundeigenschaft eines Volkskünstlers muss Aufrichtigkeit sein, aber kindliche einfache Aufrichtigkeit ist eben noch keine Kunst, dazu bedarf es Meisterschaft.

Man setzte sich mit der neu eingeführten türkischen Volkssprache gründlich auseinander, hörte den Insassen bei ihren Ausführungen oft in groben Worten und den unterschiedlichen Bedeutungen einzelner Ausdrücke intensiv zu, diskutierte und analysierte, um authentische Romanentwürfe verfassen zu können. Und so ist in dem vorliegenden Buch auch jedem Insassen die Möglichkeit eingeräumt worden, für sich selbst zu sprechen. Die Dialoge wechseln in den einzelnen Szenen und erinnern an die Rollen für Drehbücher. Es gibt Rückblicke auf die Vergangenheit, das Leben vor der Inhaftierung, jeder bringt eine andere Vorgeschichte mit, jeder hat seine Geheimnisse, und wie auch im Leben draußen existieren Hierarchien, werden Hackordnungen neu ausgemacht.

Nâzım sorgte auch dafür, dass Orhan Kemal mit Kemal Tahir brieflich in Kontakt trat, um sich auszutauschen. Dieser Dreierkontakt war einmalig mit der Gefängnissituation verbunden und wäre vermutlich ansonsten nie zu Stande gekommen.

Es werden durch das Gefängnispersonal und auch Besucher Fäden nach draußen geknüpft und so beschreibt auch Orhan Kemal in seinem Buch, wie man für eine Suppe einkaufen kann und sich den Gefängnisalltag organisiert. Man pflegt die Kontakte zum Gefängnispersonal bis hin zum Direktor, die Intellektuellen werden zu Mittlern zwischen den Mithäftlingen, erleben aber hautnah die Berührung mit den Leidensgenossen.

Orhan Kemal wurde als Sohn von Abdülkadir Kemali Bey, Minister und Mitglied des ersten Parlaments der türkischen Republik in Kastamonu, und seiner Mutter Azime Hanım am 15. September 1914 in Ceyhan/Adana geboren.

Sein Vater war Anwalt und Mitgründer der „Ahali-Partei". Nach Auflösung der Partei aus politischen Gründen war er gezwungen, nach Syrien zu fliehen. An seiner Seite Orhan Kemal. Er blieb ein Jahr in Syrien und kehrte 1932 nach Adana zurück. Er arbeitete als Arbeiter, Weber und in der Baumwollspinnerei, und somit nimmt in seinen Schriften der Kampf um das tägliche Brot eine spürbar zentrale Rolle ein, spiegelt sie doch einen großen Teil seines eigenen Lebens wider.

Die fünfjährige Strafe während seines Militärdienstes und folgende Inhaftierung stellten einen Wendepunkt in seinem Leben und für seine schriftstellerische Arbeit dar. Das Zusammentreffen mit Nâzım Hikmet kann man als Glücksumstand der Geschichte sehen.

Nach der Haftentlassung 1943 ging er 1950 nach Istanbul und begann wieder als Arbeiter, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Er arbeitete als Gemüselieferant und als Angestellter einer Tuberkulosestiftung, ab 1951 war er ausschließlich als Schriftsteller tätig.

Das erste Gedicht wurde in Yedigün unter dem Namen „Raşit Kemal" (Duvarlar, 25.04.1939) veröffentlicht, weitere 1940 unter dem gleichen Pseudonym in Yedigün und Yeni Mecmua. Nachdem er im Gefängnis durch Nazım gefördert worden war und dieser für ihn Kontakte zur Veröffentlichung herstellt hatte, folgten die nächsten Texte unter dem Pseudonym „Orhan Raşit" (Yeni Edebiyat 1941). Orhan Kemal begann sich mehr auf das Schreiben von Prosa zu konzentrieren. Seine erste Veröffentlichung „Bir Yılbaşı Macerası" wurde im Jahr 1941 publiziert. Ab dem Jahr 1942 nutzte er den Namen Orhan Kemal.

1949 kam die erste Sammlung von Kurzgeschichten unter dem Namen „Ekmek Kavgası" heraus und im selben Jahr auch sein erster Roman „Baba Evi".

Seine frühen Arbeiten beschreiben die sozialen Strukturen und binden seine Erlebnisse als Flüchtling aus Adana mit ein, die Beziehungen von Angestellten und Arbeitern, den täglichen Kampf der armen Leute in der sich industrialisierenden Türkei. Sein Ziel war es, einen optimistischen Blick durch die Helden seiner Geschichten zu präsentieren. Ihm lag daran, das Leben der einfachen arbeitenden Menschen darzustellen, wie sie ihre Würde erhalten unter den Bedingungen der Armut und Entbehrungen. Er hat nie seinen einfachen Ausführungsstil verändert und wurde dennoch einer der kunstvollsten Autoren von Erzählungen und Novellen in der Türkei.

Es gab zu einigen Werken wie „72. Koğuş", „Murtaza", „Eskici Dükkanı", „Kardeş Payı" Bühnenbearbeitungen und auch Verfilmungen. Er selbst schrieb später auch Drehbücher und ein Theaterstück namens „İspinozlar".

Für sein Werk „Kardeş Payı" erhielt er 1957 und für „Önce Ekmak" 1969 jeweils den Sait-Faik-Literaturpreis.

Orhan Kemal starb am 2. Juni 1970 im bulgarischen Sofia und wurde in der Türkei auf dem Zincirlikuyu-Friedhof in Istanbul begraben.

In der Wohnung in der 30 Akarsu Caddesi im Stadtteil Cihangir in Istanbul hat sein Sohn Işık Öğütçü ein Museum zum Andenken an seinen Vater eingerichtet.

Die Bilder aus der Erzählung „72. Zelle" wirken mit einer Eindringlichkeit auf den Leser, die ihresgleichen sucht. Sie sind das literarische Ergebnis der Zeit von 1939 bis 1943 und ich wünsche mir eine große Leserschaft für dieses eindrucksvolle nun in deutscher Sprache vorliegende Buch. ♦

Orhan Kemal: Die 72. Zelle
Aus dem Türkischen übersetzt von Achim Martin Wensien und überarbeitet von Uli Rothfuss
Pop Verlag 2010;
ISBN 978-3-937139-54-8; Paperback ca. 154 S.;
15,50 Euro (D, A), 20,00 CHF UVP

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Deutschland:
Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

Deutschland:
ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-Mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-Mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Ungarn:
KURDISZTÁNI INFORMÁCIÓS ÉS KULTÚRÁLIS EGYESÜLET
Dózsa György út 58; 1076 Budapest
(36) 30 405 8790, (36) 30 873 7521
E-Mail: info@kurdistan.hu
www.kurdistan.hu

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU –
Informationsstelle
Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro
plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Lasst uns die Dunkelheit des 15. Februars mit den Feuern der Volksaufstände erleuchten
15.-Februar-Proteste zum 12. Jahrestag der Inhaftierung Abdullah Öcalans Foto: DIHA

Rückseite:
Bilder von politischen Gefangenen
Mahmut Ulusan
2 Nolu F-Tipi Kocaeli

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.



Mahmut Ulusan, 2 Nolu F-Tipi Kocaeli

ISSN 0935-5375